



Manfred Pointner:

Überparteiliche und gerechte Amtsführung

Sich selbst treu geblieben ist der Freisinger Landrat. Dies würdigte Stellvertreter Neumaier anlässlich des 60. Geburtstages des arrivierten Politikers. **Seite 12**



Dr. Siegfried Naser:

Den Wettbewerb erfolgreich bestehen

Der Sparkassenpräsident analysiert die Veränderungen in der deutschen Kreditwirtschaft und die Konsequenzen für Bayerns Kommunen. **Seite 3**



Albert Zankl:

Lug und Betrug statt solidarischer Hilfe!

Passaus Oberbürgermeister wehrt sich vehement gegen die teuren Folgen des „Flutopfersolidaritätsgesetzes“, die seine Stadt zusätzlich belasten. **Seite 14**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 13. Februar 2003

54. Jahrgang / Nummer 4

Kommunalpolitisches Spitzentreffen mit Edmund Stoiber:

Den Zeigefinger gegen Berlin erheben!

Finanzkrise: Rascher Bürokratieabbau verspricht Hilfe

In einem mehrstündigen Gedankenaustausch hat der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, zusammen mit Ministern des Bayerischen Kabinetts, führenden CSU-Politikern aus Bayerischem Landtag, Deutschem Bundestag und Europäischen Parlament sowie Landräten, Oberbürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden der CSU die prekäre Situation der Kommunen in Deutschland erörtert. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Themen Finanznot der Kommunen sowie Entbürokratisierung.

Laut Ministerpräsident Stoiber kann der Freistaat die rot-grünen Belastungen weder beseitigen noch kompensieren. Die Negativ-Bilanz der Regierung schlage voll auf Länder und Kommunen durch. Bayern sei von Steuereinkünften genauso betroffen wie die Kommunen. Rund ein Drittel aller Gemeinden in Bayern könne keine ordnungsgemäßen Haushalt mehr aufstellen, bundesweit seien es zwei Drittel. Der Freistaat unternehme aber alles, um seine Städte und Ge-

meinden zu stärken: Fast jeder fünfte Euro des Staatshaushalts fließe in die kommunalen Töpfe.

Sparen und umschichten

Trotz der diffizilen Lage setze Bayern weiter auf stabile Staatsfinanzen, fuhr Stoiber fort. Wo vertretbar, werde gespart, wo nötig, werde umgeschichtet, wo erforderlich, werde investiert.

Deshalb gehe der Doppelhaushalt 2003/04 einher mit einem weiteren Abbau der Neuverschuldung und einer Begrenzung der Ausgaben bei weiterhin hoher Investitionsquote. Stoiber: „Wir werden nicht die bequeme Flucht in die Neuverschuldung antreten, denn wir wollen nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben. Wir wollen nicht wie NRW fast 13 % der Steuereinnahmen für Zinszahlungen ausgeben, in Bayern sind es nur 4 %. Das schafft uns gegenüber anderen Ländern einen zusätzlichen Gestaltungsspielraum in Höhe von 2 Mrd. Euro, der auch den Kommunen zu Gute kommt.“

Wie Stoiber darlegte, will die Staatsregierung den angeschlagenen Kommunen mit einem raschen (Fortsetzung auf Seite 4)



Gemeinsame Suche nach Lösungen der kommunalen Finanzmisere (v.l.): KPV-Landesvorsitzender Landrat Luitpold Braun, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel, CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück, MdL, und am Rednerpult Staatsminister Erwin Huber

Bayerns Wirtschaftsbilanz 2002:

Bedrohliche Abwärtsspirale

0,5 Prozent Wachstum - Sorgenkind Binnenkonjunktur

Das Wirtschaftswachstum im Freistaat hat im vergangenen Jahr weiter an Fahrt verloren. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts sei 2002 preisbereinigt auf 0,5 zurückgegangen, erklärte Wirtschaftsminister Otto Wiesheu bei der Jahrespressekonferenz in München. Dies liege weit unter dem, wozu die bayerische Wirtschaft in der Lage sei.

nen und mittelständischen Betrieben den Boden entzogen und die Krise in der Bauwirtschaft verschärft. Dies schlage auch auf



Dr. Otto Wiesheu.

Trotzdem sei die Wirtschaft im Freistaat immer noch stärker gewachsen als die gesamte deutsche Wirtschaft mit 0,2 Prozent, bemerkte der Minister. Diese Entwicklung werde sich auch 2003 fortsetzen. „Die bayerische Wirtschaft dürfte auch in diesem Jahr wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichen.“

Höheres Niveau

Im Vergleich der Bundesländer lag Bayern mit seinem Wachstum von 0,5 Prozent 2002 hinter dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein auf Rang fünf. Dennoch steht der Freistaat Wiesheu

zufolge besser da als andere Bundesländer: „Der wirtschaftliche Zuwachs in Bayern ist immer noch höher als in den anderen Ländern. Denn wir gehen von einem höheren Niveau aus.“ Den Spitzenplatz beim Wirtschaftswachstum hatte Bayern bereits 2001 an Hamburg verloren. 2000 war die bayerische Wirtschaft nach Angaben des Statistischen Landesamtes noch um 5,6 Prozent gewachsen, ein Jahr später nur noch um 0,8 Prozent.

Wachstumsmotor Export

Auch 2002 war die Stütze der Wirtschaft in Bayern der Export. Der Außenhandel stieg laut Wiesheu um 2,3 Prozent und auch 2003 werde er der wichtigste Wachstumsmotor sein. Die Importe seien dagegen um fünf Prozent gesunken.

Als Ursache für das schwache Wachstum im vergangenen Jahr nannte der Minister „die wachstums- und beschäftigungsfeindliche Politik von Rot-Grün in den vergangenen vier Jahren“. Diese habe die Verbraucher tief verunsichert, die Investitionsbereitschaft in- und ausländischer Investoren abgewürgt, vielen klei-

die bayerische Wirtschaft durch.

Auch die im Januar in Bayern auf ein neues Fünfjahreshoch gestiegenen Arbeitslosenzahlen lastete Wiesheu der Berliner Regierung an. Im vergangenen Monat waren 502.400 Menschen ohne Beschäftigung, 72.700 mehr als im Dezember und 70.300 mehr als vor einem Jahr. Im Freistaat steige die Arbeitslosigkeit im Winter immer besonders stark. Mit der zweitniedrigsten Arbeitslosenquote von 6,0 Prozent seien die Arbeitsplätze in Bayern - neben Baden-Württemberg - aber nach wie vor sicherer als im übrigen Deutschland. Realistischerweise müsse Bayern davon ausgehen, dass (Fortsetzung auf Seite 1)

Großunternehmer Bahn sucht kommunale Partner

Sorgenvoll stimmten die Vertreter der bayerischen Kommunen Äußerungen des bayerische Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Hermann Graf von der Schulenburg. Der Bahn-Manager hatte vor der Presse die Erwartung geäußert, Bahn und Kommunen könnten für die Finanzierung bestimmter Projekte künftig gemeinsam Verantwortung tragen.

Dass sich daran skeptische Phantasie und Widerspruch einiger Vertreter der kommunalen Spitzenverbände entzündete, verwundert nicht, zumal aus Deutscher Bundesbahn und Deutscher Reichsbahn ein Wirtschaftsunternehmen wurde, das Gewinn erwirtschaften soll und am Markt bestehen muss. In Bayern ist die Bahn ist ein sehr großer Auftraggeber, ein sehr großer Arbeitgeber und ein sehr großer Ausbilder.

Über die Pläne der Bahn führte die GZ mit Graf von der Schulenburg ein ausführliches Gespräch, dessen Inhalt wir in unserer nächsten Ausgabe (Erscheinungstermin: 27. Februar) abdrucken.



Auf die herausragende Bedeutung von Investitionen in Wissenschaft und Forschung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat Bayerns Wissenschaftsminister Hans Zehetmair bei der Verleihung des Wissenschaftspreises der Bayerischen Landesbank hingewiesen. Wie Zehetmair betonte, haben sich die Investitionen in die bayerische Forschungslandschaft und die Förderung einer engen Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung für Bayern bezahlt gemacht - keine andere europäische Region beherbergt so viele Niederlassungen von High-Tech-Unternehmen. Unser Bild zeigt die Preisträger, eingerahmt von Minister Zehetmair (re.) und dem Initiator des Preises, Dr. Peter Kahn (li.), stellvertretender Sprecher des Vorstandes der Bank.

Neues von Sabina



Dass Fanny Bacher nichts von politischer Kärnerarbeit, aber viel von fluffiger Inszenierung hält, zeigt ihr neuester Stadtratsantrag. Obwohl es in die Zeit passen würde, handelt es sich hierbei wohlgerne um keinen Antrag für das „Faschingsplenum“ mit dem närrischen Rosenmontagsdatum 3. 3. 03. **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postretiretsstück - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Stoiber wirbt um das Vertrauen der Bürger	Seite 2
Das neue LEP - Für eine zukunftsfähige Entwicklung	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Änderungen im Gastschulbeitragsrecht - eine logische Konsequenz oder ein neuer Aderlaß	3
Wirtschaft gegen Stillstand	3
MU für mehr Privatisierung und Entbürokratisierung	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzien	5 - 8
Kommunaler Bau	9 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Regierungserklärung im Landtag:

Stoiber wirbt um das Vertrauen der Bürger

Der Ministerpräsident pocht auf Erfolge seiner Regierung
Kommunalpolitik bleibt Schwerpunkt neben Wachstum und Beschäftigung, Bildung und Familie, Umwelt und Landwirtschaft

Den Menschen das Vertrauen in den Staat und die für ihn handelnden Institutionen und Personen in Bayern zu erhalten und zurückzugeben, soweit es ihnen durch die konzeptionslose Politik der Bundesregierung abhandeln gekommen ist, das hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sich zur Aufgabe gestellt. Zunächst bis zur Landtagswahl am 21. September dieses Jahres. Für den Rest der Legislaturperiode - der Landtag will am 10. Juli seine Tagung beenden - hat der Ministerpräsident in einer Regierungserklärung die Handlungsschwerpunkte Bildung, Wachstum und Beschäftigung, Familie, Politik für die Kommunen, Umwelt und Landwirtschaft bestätigt.

Trotz aller Schwierigkeiten zähle Bayern zu den führenden Regionen in Europa und der Welt, erklärte Stoiber. Die Erfolge der Staatsregierung und der CSU würden durch ein Umfrageergebnis bestätigt, wonach Anfang dieses Jahres 68 Prozent der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zuversichtlich in die Zukunft blickten. Deutschland betreffend, seien demgegenüber 65 Prozent pessimistisch.

Vorwürfe gegen die Bundesregierung

Das legte der Ministerpräsident der Bundesregierung zur Last. Die Folgen ihrer Politik seien eine überbordende Staatsverschuldung, Steuererhöhungen, zu hohe Sozialversicherungsbeiträge, eine Staatsquote von 48 Prozent, drückende Bürokratie, Rekordarbeitslosigkeit in einem verkrusteten Arbeitsmarkt, Abwanderung von Eliten; Verlust des Innovationsvorsprungs und „bankrotte Kommunen“.

Dafür mit verantwortlich sei,

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister
Karl Andreas Schlier
97332 Volkach
am 7.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Alfred Hemrich
97237 Altheim
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Brunner
94239 Ruhmannsfelden
am 4.3.

Bürgermeister Josef Sterr
84405 Dorfen
am 5.3.

Bürgermeister Dagobert Knott
93128 Regensburg
am 24.2.

Landrat Günther Denzler
96052 Bamberg
am 26.2.

Bürgermeister
Michael Botzenhart
97781 Ungerhausen
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Herbert Bär
91189 Rohr
am 1.3.

Bürgermeister Josef Jahner
83349 Palling
am 26.2.

Bürgermeister Matthias Grundler
92723 Tannesberg
am 27.2.

Bürgermeisterin
Marlies Häfner
86748 Marktöffingen
am 28.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Schifferer
94152 Neuhaus am Inn
am 7.3.

Bürgermeister
Konrad Schickaneder
am 28.2.

terfraktionelle Beratungen im Landtag laufen - gewährleiste, dass Aufgabenübertragungen und -erweiterungen für die Kommunen mit eigenen Finanzierungsregelungen verbunden sind.

Konnexitätsprinzip muss auch für den Bund gelten

Ein Konsultationsverfahren werde sicherstellen, dass mit den Kommunen frühzeitig über diese Kosten gesprochen wird. Stoiber kündigte eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden an. Die Stabilität der Kommunalfinanzien im Sinne des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts soll in den bayerischen Kommunalgesetzen verankert werden. Den Bund mahnte der Ministerpräsident, sich auch an das Konnexitätsprinzip zu halten.

Keine Pauschalverurteilung

Die Opposition wies insbesondere die pauschale Kritik an der rotgrünen Bundesregierung zurück. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget räumte zwar Berliner Fehler ein, die massive Staatsverschuldung sei jedoch das Erbe der Unionsregierung Kohl/Waigel und die Staatsquote sei jetzt niedriger als am Ende ihrer Zeit. Bei der Finanznot der Städte und Gemeinden müsse die Staatsregierung „zu allererst einmal ihre Hausaufgaben machen“. Der Freistaat behandle seine Kommunen am schlechtesten. Ihr Anteil von 11,54 % an der Einkommens- und Körperschaftsteuer sei die niedrigste

Verbundquote im deutschen Vergleich. Bayern solle den Finanzausgleich aus seinen Mehreinnahmen nach Erhöhung der Gewerbesteuerumlage aufstocken. Maget erneuerte die Forderung, der Staat müsse die vollen Personalkosten für kommunale Schulen übernehmen. Hausaufgaben gebe es auch bei Schülerbeförderung, EDV-Ausstattung, Schulsozialarbeit und Ganztagsbetreuung. Zum Konnexitätsprinzip war Maget mit Stoiber einig, auch der Bund müsse sich strikt daran halten.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Christine Stahl erinnerte daran, dass ihre Fraktion zur Stärkung der Kommunen bereits in der vergangenen Legislaturperiode Verfassungsänderungen beantragt habe, von der CSU aber niedergestimmt worden sei. Deren Sinneswandel sei auf die jetzt angelauten Volksbegehren zurückzuführen.

Staatsvereinfachung

CSU-Fraktionsvorsitzender Alois Glück stellte die Politik, auch für die Kommunen, in den Rahmen der Staatsvereinfachung. Das große Thema heiße, „wie viel Staat und wie viel Eigenverantwortung“? Er forderte für das Jahr 2003 ein Moratorium für neue Gesetze, Verordnungen und Erlasse, die den Bürokratismus stärken würden. Einvernehmlich haben alle drei Fraktionen bereits einen vorläufigen Stopp für staatliches Handeln vereinbart, das nach der Verfassungsänderung dem Konnexitätsprinzip unterworfen sein wird.

Bis Juli werden von der Staatsregierung Vorschläge zur Entbürokratisierung erwartet. Gegenwärtig tagt in ihrem Auftrag eine unabhängige Kommission unter Vorsitz des Unternehmensberaters Herbert Henzler, früher im Büro McKinsey. Staatsminister Erwin Huber, Chefbeauftragter der Staatsregierung, meinte, etwa ein Drittel aller Regelungen könne eliminiert werden. **rm**



Als „Garant der kommunalen Selbstverwaltung“ würdigte Innenminister Dr. Günther Beckstein das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbands der bayerischen Bezirke, Dieter Drafi, bei der Übergabe des Bundesverdienstkreuzes. Mit Umsicht und Weitblick vertrete er die politischen Anliegen der Bezirke gegenüber Parlament und Regierung und habe damit kompetent zu ihrer Zukunftssicherung beigetragen, sagte der Minister. Im Rahmen des Bildungswerkes der bayerischen Bezirke setze er wichtige Akzente. Daneben habe er sich als Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen in verschiedensten Fachzeitschriften, als Autor mehrerer Fachbücher im Bereich der öffentlichen Verwaltung sowie der Kultur- und Brauchtumspflege einen Namen gemacht. Auch engagiere er sich seit vielen Jahren ehrenamtlich in kirchlichen Gremien. Seit 1978 arbeite er in der Hospizbewegung mit. Er ist Mitinitiator der Prof. Hans-Jürgen Kallmann-Stiftung und seit 1996 auch stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrates des Kallmann-Museums in Ismaning. **z**

tren (FOC) in Städten oder großen Gemeinden ist bereits vor knapp einem Jahr in Staatsregierung (auch da gab es Bedenken) und Parlament durch eine Vorweg-Teilfortschreibung des LEP zugunsten solcher Zentren in engen Grenzen entschieden worden.

Grenzübergreifende Abstimmungen

Der SPD-Umweltpolitiker Wolfgang Gartzke vermisste im neuen LEP unter anderem Aussagen zu den Ballungsräumen, die in der Globalisierung von Wirtschaft und Wettbewerb ebenso eine Rolle spielten wie etwa die Ausrichtung Ost- und Nordostbayerns auf die neuen deutschen Länder und die EU-Erweiterung oder die Abstimmung der Planung in Nordostunterfranken auf den Großraum Frankfurt und in Südbayern die grenzübergreifende Planung zum Raum Salzburg.

Schnappaufs Feststellung, im Freistaat gebe es überall annähernd gleiche Lebensbedingungen, spricht nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget „der Lebenswirklichkeit vieler Menschen Hohn“.

Klare Ziele angemahnt

Die Grüne Ruth Paulig, stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses, befand die Klimaschutzziele inkonsequent. Auch fehlten klare Ziele für die Nutzung umweltfreundlicher Energien und der Reduktion von CO₂-Emissionen. Der grüne Fraktionsvorsitzende Dr. Sepp Dürr, ein studierter Landwirt, vermisste Grundlagen für die Reform der bäuerlichen Landwirtschaft.

Bereit zu weiteren Diskussionen

Kaul bekannte sich zum neuen LEP und erachtete die meisten oppositionellen Einwände als nicht stichhaltig. Er bedauerte, dass sich manche Gemeinden mit ihren Wünschen und Anregungen zu spät an den Landtag gewandt hätten. Das Parlament sei im Rahmen des Programms aber zu weiteren Diskussionen bereit, soweit sie sich nicht in Einzelheiten verzetteln, die im Sinne des Abbaus von Vorschriften und Erweiterung der Eigenverantwortung vor Ort geregelt werden könnten und müssten. **rm**

Monika Hohlmeier:

Erklärung zur Bildungsoffensive

Kultusministerin Monika Hohlmeier kündigte im Kabinett an, dass sie die Eckpunkte der Bildungsoffensive aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoiber bis zum Sommer umsetzen werde. Im Juni wird die Kultusministerin deshalb eine Regierungserklärung zur Bildungsoffensive im Landtag abgeben. Bayern habe sich zum Ziel gesetzt, als erstes Land Konsequenzen aus der PISA-Studie in die Schulpraxis umzusetzen.

Dazu gehören Verbesserungen in der Notengebung, bei den Zeugnissen und eine stärkere Förderung der Kinder im Vorschulalter. Einige Maßnahmen wie zum Beispiel der Ausbau der Jahrgangsstufentests und der Start der Evaluationsteams sollen zum Schuljahr 2003/2004 beginnen. Zur Leistungsbewertung werde Bayern ein modernes Bewertungssystem für Grundschulen entwerfen, das pädagogische Diagnose, Förderung und Leistungsbeurteilung in einen besseren Einklang bringt. Die Noten sollen stärker aufgeschlüsselt werden, damit Schüler und Eltern über einzelne Stärken und Schwächen noch besser Bescheid wissen. Weil Teamfähigkeit und vernetztes Denken in Zukunft Schlüsselqualifikationen sind, brauchen Schüler und Eltern für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder eine Analyse der sozialen Kompetenz.

Frau Hohlmeier kündigte an, das Schulgesetz so zu ändern, dass die Schulpflicht für unverlässliche Randalierer vorzeitig beendet werden könne. Das betreffe in Bayern eine kleine Zahl extrem aggressiver Schüler, die für andere aufgrund ihrer Gewalttätigkeit eine Gefahr darstellen. Die Schule muss ein Schutzraum für die Kinder sein. Das Recht der Kinder, die in der Schule lernen wollen, hat Vorrang und muss vom Staat geschützt werden. Für unverlässliche Randalierer muss über Clearing-Stellen mit dem Jugendamt eine alternative Betreuung und Therapie geklärt werden.

Hohlmeier betonte, dass es eine Fülle von Hilfen gibt, um verhaltensauffällige Jugendliche zu unterstützen. Eine entscheidende Rolle spielt, so Hohlmeier, hierbei die Gewaltprävention. **z**

Für eine zukunftsfähige Entwicklung

Landtag verabschiedet das neue Landesentwicklungsprogramm - Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozial-Kulturellem - Bedeutung der Zentralen Orte steigt

Mit den Stimmen der CSU, punktuell auch der Opposition, hat der Landtag im Januar das grundlegend überarbeitete Landesentwicklungsprogramm (LEP) als zustimmungspflichtige Verordnung der Staatsregierung verabschiedet. Dieses „Grundgesetz“ aller Planung von Staat, Regionen und Kommunen soll für die nächsten etwa zehn Jahre Leitlinie für eine „moderne und zukunftsfähige Entwicklung“ sein, wie Landesentwicklungsminister Dr. Werner Schnappauf zusammenfasste.

Ungeachtet ihrer Zustimmung zu einzelnen Festlegungen begründete die Opposition ihr Nein in der abschließenden Lesung mit dem Fehlen wirklich wegweisender Konzepte sowohl im Sinne der Ökologie als auch der grenzüberschreitenden Ausrichtung.

Konzentrierte Arbeit

Die Staatsregierung hatte das 260 Druckseiten nebst Karten umfassende Werk als Fortschreibung der Fassung von 1994 nach Anhörung von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Verbänden im Juni dem Parlament zugeleitet, das in gestrafter herblicher Ausschussberatung nicht immer zur Freude selbst von CSU-Abgeordneten - überarbeitet wurde. Es lagen 84 Änderungsanträge vor, die meisten von der Opposition. Der Minister dankte den Abgeordneten für die konzentrierte Arbeit, insbesondere dem Ausschussvorsitzenden Henning Kaul (CSU). Selbst in Zeiten harter bundespolitischer Auseinandersetzungen

„waren gute und weitgehend konstruktive Debatten möglich“. Es sei indessen auch deutlich geworden, „wo sich die Geister scheiden“. Teile der Opposition hätten unter nachhaltiger Entwicklung - ein Grundgedanke des gegenüber früher um rund ein Drittel gekürzten Programms - den Vorrang der Ökologie verstanden. Die Staatsregierung berufe sich dagegen auf die Beschlüsse der Konferenz von Rio de Janeiro, wonach „ein grundsätzlicher Gleichklang der drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales-Kulturelles gelten muss“.

Sinnvoller Energiemix

In diesem Sinne halten Staatsregierung und CSU auch an einem „sinnvollen Energiemix“ einschließlich Kernenergie fest. Das Leitmotiv des neuen LEP sei die „langfristige Vorsorge für das Zukunftsland Bayern“ in Verantwortung für künftige Generationen. Stichwortartig nannte Schnappauf in seiner Schlussrede im Plenum die Ausweitung der Zone C des Alpenplans auf

43 % der bayerischen Alpenfläche, die Ausweisung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz, die Eindämmung des Flächenverbrauchs (mit rund 28 ha pro Tag der größte in Deutschland, sagt die Opposition), den Klimaschutz und das System der Zentralen Orte. Derzeit sind es rund 850 von 2056 Städten und Gemeinden. Sie gewinnen nach der Prognose nicht nur des Ministers angesichts des dramatischen Bevölkerungsrückgangs und des Umbruchs im Altersaufbau „neue, entscheidende Bedeutung“. An diesen „Pflöcken des Vorhalteprinzips“ müssten bestehende Versorgungseinrichtungen „festgebunden“ bleiben, auch wenn sie im Einzelfall nicht mehr komplett ausgelastet seien.

Steuerung der Freizügigkeit

Weitere Zielaussagen des LEP betreffen die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, die Steuerung der Freizügigkeit von Dienstleistungen und Arbeitskraft, die sachgerechte Eigenkapitalfinanzierung vor allem des Mittelstandes und die „Inwertsetzung“ neuer Technologien und Medien bis hin zur Gentechnik. Da blieben und bleiben Streitpunkte wie die Sendemasten für den Mobilfunk. Das gleichfalls kontrovers - örtlich auch in der SPD - diskutierte Problem der Fabrikverkaufszonen

Den Wettbewerb der Zukunft erfolgreich bestehen

Von Dr. Siegfried Naser
Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

Die Veränderungen innerhalb der Kreditwirtschaft haben im abgelaufenen Jahr säkularen Charakter angenommen. Nach der Verständigung mit der EU-Kommission über eine Modifizierung der Gewährträgerhaftung bei Sparkassen und Landesbanken und der entsprechenden Anpassung der einschlägigen gesetzlichen Grundlagen erleben wir jetzt verstärkt Forderungen nach „strukturellen Bereinigungen“ zur Lösung einer angeblichen Bankenkrise.

Neu ist dabei nicht die Zielrichtung, nämlich eine Aufweitung und letztlich Beseitigung der bewährten dreigliedrigen Struktur des deutschen Kreditwesens zu Gunsten einer angelsächsisch geprägten privaten Großbanken-Oligarchie. Neu sind lediglich die Begründungen. Nachdem es die private Konkurrenz weder über die Monopolkommission noch über Brüssel geschafft hat, die Sparkassen vom Markt zu drängen, wird nun die angeblich ungünstige Struktur der deutschen Kreditwirtschaft als Argument genommen, um bewährte und für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafte Bedingungen der finanzwirtschaftlichen Grundversorgung zu kippen. So bemüht die privat-

wirtschaftliche Konkurrenz die angeblich zu hohe Bankstellendichte in Deutschland, die es verhindere, im internationalen Vergleich konkurrenzfähige Bankgeschäfte betreiben zu können.

Absurde Logik

Genossenschaftsbanken und Sparkassen seien schuld daran, dass man bei uns im Bankgeschäft nicht so viel verdienen könne wie möglicherweise in anderen Ländern. Diese Logik ist absurd. Noch vor wenigen Monaten wur-

de durch die private Konkurrenz der Wettbewerbsgedanke bemüht, um gegen die Sparkassen vorzugehen. Nun soll genau die Umsetzung von vollen Wettbewerbsstrukturen - nichts anderes ist ja das Nebeneinander von privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten - wiederum schuld daran sein, dass man bei den Großbanken angeblich nicht genug verdient.



Dr. Siegfried Naser.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Wirtschaft gegen Stillstand

Großdemonstration von Bauern, Handwerkern und Unternehmern

„Jetzt reicht's!“ Unter diesem Motto haben in München rund 12.500 Landwirte, Unternehmer und Angehörige freier Berufe gegen den wirtschaftspolitischen Stillstand in Deutschland demonstriert. Zu der Protestaktion aufgerufen hatten der Bayerische Handwerkstag (BHT), die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Bayerische Bauernverband.

„In die deutsche Politik muss endlich Bewegung kommen. Die Steuern für den Mittelstand müssen runter, nicht rauf.“ Mit diesen Worten hat der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Heinrich Traublinger MdL, die Beweggründe für die Aktion der bayerischen Verbände beschrieben. Der Protest, so Traublinger, richte sich in erster Linie gegen die Politik der Bundesregierung. Traublinger machte gleichzeitig aber klar, dass von Seiten der Wirtschaft nicht nur Protest komme, sondern bereits auch konstruktive Vorschläge für marktwirtschaftliche Reformen unterbreitet worden seien.

Berechenbare Politik

Der Mittelstand habe das notwendige Vertrauen in eine stetige und berechenbare Steuerpolitik wegen der steuerlichen Mehrbelastungen des Mittelstandes und der Verschiebung der bereits zugesagten Entlastungen längst verloren. Zudem müsse die Belastung der Arbeit mit Lohnzusatzkosten deutlich gesenkt werden. Und vor allem wolle der Mittelstand wieder für seine Kunden arbeiten und nicht für die Bürokratie, so Traublinger. Er forderte mehr Freiraum für Investitionen und Unternehmer.

Traublinger: „Ohne stimulierende Impulse seitens der Bundespolitik, vor allem aber ohne eine grundlegende, auf den Mit-

telstand ausgerichtete Steuerpolitik wird es kaum gelingen, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen und die dramatische Talfahrt der Binnenkonjunktur zu stoppen.“

Alle sitzen in einem Boot

„Die Bauernfamilien, die mittelständischen Unternehmen des Handwerks und des Gewerbes sitzen in einem Boot“, betonte Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. „Daher demonstrieren wir gemeinsam. Jeder achte Arbeitsplatz in Bayern hängt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Über 700.000 Arbeitsplätze sind betroffen. Sinkende Einkommen gefährden Arbeitsplätze auf unseren bayerischen Bauernhöfen sowie in vor- und nachgelagerten Bereichen.“ so Sonnleitner. Ohne Investitionen in der Land- und Forstwirtschaft, im Handwerk und im Gewerbe würden Arbeitsplätze gefährdet und es gebe auch keine zusätzlichen Steuereinnahmen. „Die Politik muss endlich handeln! Die Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Solidarisch kämpfen wir für die Zukunft unserer Betriebe.“ so der Bauernpräsident.

„Die bayerische Wirtschaft ist bereit, bei einem schlüssigen Gesamtkonzept für langfristig wirkende Reformen mitzuziehen und mit anzupacken. Deshalb versteht die Vereinigung der

Dieses vordergründige Taktieren verschleierte die Tatsache, dass sich die Kreditwirtschaft insgesamt in einer Anpassungsphase befindet. Die Gründe für diese Entwicklung liegen keineswegs in zeitlich begrenzten, singulären Erscheinungen wie der momentanen Konjunkturflaute oder der nunmehr bereits seit drei Jahren anhaltenden Schwäche an den Aktienmärkten. Diese Phänomene decken lediglich schon länger schwelende, tiefer-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischen Wirtschaft (vbw) mit ihren 80 Mitgliedsverbänden diese Protestkundgebung als Aufbruch-Signal an die fortschrittlichen Kräfte in allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen“ sagte vbw-Präsident Rüdolf Rodenstock. „Statt Flickschusterei brauchen wir eine Strategie für das Unternehmen Deutschland mit einem ausgewogenen Konzept, das auf drei Säulen basiert: Weniger, aber gezielte Finanzhilfen für die Wirtschaft, weniger Steuern für alle und mehr Effizienz für Sozialsysteme und Arbeitsmarkt“, sagte Rodenstock.

Steuersenkungen

Die eingesparten Mittel müssten „uno actu“ in Steuersenkungen für Unternehmer und Arbeitnehmer gesteckt werden. Wer dadurch und durch eine Neukonstruktion von Sozialsystemen und Arbeitsmarkt mehr Netto vom Brutto übrig habe, könne auch mehr Selbstverantwortung und Eigenvorsorge für seine soziale Sicherheit aufbringen. Das helfe, die staatliche Fürsorge auf das Notwendige zu beschränken und mache Solidarität im Sinne von Subsidiarität effektiver und bezahlbarer. „Wir als Wirtschaft wollen nicht lamentieren und nur kritisieren, wir wollen konkret reformieren, damit Deutschland seine rote Laterne im europäischen Wachstumsgang wieder abgeben kann. Dafür muss aber die Politik ihren Worten endlich Taten folgen lassen. Und dazu fordern wir sie mit unserer Demonstration und Kundgebung nachdrücklich auf.“

GZ Kolumne Hanns Dorfner

Liebe Leser

Der Zeitungspreis wird wegen höherer Papierkosten „angepasst“, Gastronomiebetriebe geben die gestiegenen Personalkosten weiter und Fluggesellschaften begründen die Ticket-Erhöhung mit den gestiegenen Kerosinpreisen. Ist es da nicht logisch, dass auch die Gastschulbeiträge nach oben korrigiert werden?

Logisch ist es auf jeden Fall, dass man darüber sprechen muss, wenn immer stärker unsere Schülerinnen und Schüler aus den verschiedensten Gründen Schulen in den zentralen Orten besuchen (wollen) und die - vor allem großen - Städte entsprechende Vorhaltekosten treffen. Auf der anderen Seite können die Kommunen und Landkreise derzeit nichts weniger brauchen, als neue zusätzliche Belastungen in Form von erhöhten Gastschulbeiträgen.

Notwendig und wünschenswert ist in jedem Fall ein fairer Ausgleich der unterschiedlichen

Änderungen im Gastschulbeitragsrecht - eine logische Konsequenz oder ein neuer Aderlaß?

Interessenslagen. Dazu bedarf es rasch einer konzertierten Aktion zwischen den kommunalen Spitzenverbänden. Dabei muss auch die Forderung nach einer Verstaatlichung der kommunalen Schulen ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die bisher verlautbarten Ankündigungen der Stadt München zu geplanten Einsparungen im Bereich deren kommunaler Schulen machen deutlich, dass gerade im Bildungsbereich die Lösung des Problems nicht einfach in der Erschließung oder Stilllegung einzelner Angebote liegen kann. Ein weiterer Eckpunkt der notwendigen Diskussion wird die aus unserer Sicht notwendige Anhebung der Personalkostenzuschüsse von derzeit 60 % auf 90 % (wie bei den Privatschulen) sein.

Die ebenfalls ins Auge gefasste Einführung von Schulsprengeln auch für weiterführende Schulen ist möglicherweise eine Sackgasse: Zwar könnte damit auf den ersten Blick die Abwanderung von Schülern aus Landkreisen gerade im Umfeld großer Städte in die städtischen Schulen eingedämmt werden. Der Gastschülerzufluss wäre dann - auf der Grundlage der Regelungen für die allgemeinbildenden Schulen im BayEUG - auf die Fälle von „zwingenden persönlichen Gründen“ beschränkt und würde auch eine Einigung zwischen aufnehmendem und abgebendem Sachaufwandsträger voraussetzen. Eine nur schwer oder kaum zu knackende Nuss dürfte allerdings bleiben, dass letztendlich bei Sprengelüberlegungen nur vergleichbare Schulen mit identischem Profil herangezogen werden können. Vor diesem Hintergrund müsste aus meiner Sicht - auch wenn der Schritt zunächst revolutionär anmuten mag - über eine einfachere Lösung nachgedacht und die Schülerbeförderungsverordnung so geändert werden, dass die nächstgelegene Schule der entsprechenden Schulart (z.B. Realschule, Gymnasium) berücksichtigt wird. Dies würde bedeuten, dass die derzeit relevanten Ausnah-



metabestände (Wahlpflichtfächergruppe, fachliche Ausrichtung der Schule, Konfession, oder geschlechtsspezifische Aufnahmen) nicht mehr ausschlaggebend wären. Wir könnten damit in einem ersten Schritt eine aus meiner Sicht längst überfällige Steuerungsfunktion der Schülerströme erreichen und den derzeit ausufernden Schülertourismus zumindest eindämmen. Es kann jedenfalls unter den derzeit in finanzieller Hinsicht herrschenden Umständen

nicht einfach hingenommen werden, dass Schüler an einem nagelneuen Landkreisgymnasium „vorbeigefahren“ werden, um ins Gymnasium im Oberzentrum zu gelangen, aus welchen Gründen dies auch immer geschehen mag und der Landkreis dafür auch noch Gastschülerbeiträge und die erhöhten Schülerbeförderungskosten entrichtet. Vor diesem Hintergrund kann der geplanten Neufestlegung der Ausbildungsrichtungen an Gymnasien auch nur mit dem warnend erhobenen Finger begegnet werden (vgl. § 1, Nr. 5, Buchst. a zu Art. 9, Abs. 3 BayEUG): Die Auswirkungen wären sowohl unter dem Gesichtspunkt der Schülerbeförderung als auch der Gastschulbeiträge fatal, wenn nicht vorher ganz eindeutig festgezurrt wird, welche Unterschiede im Unterrichtsangebot über die Profilbildung hinaus bei der Bestimmung der „nächstgelegenen Schule“ maßgeblich sein sollen.

Nicht zu unterschätzen ist meines Erachtens auch der Verwaltungsaufwand, der mit einer Sprengelbildung (und in der Folge mit der Prüfung von Gastschulanträgen) einhergeht. In der Diskussion vermisste ich aber auch die Vorteile, die größere Städte haben, wenn sie entsprechende Schularten vorhalten, die dann auch von „auswärtigen“ Schülern besucht werden. Es mag von dort über eine „unzumutbare Belastung“ durch auswärtige Schüler geklagt werden. Dann muss aber auch akzeptiert werden, dass es in den meisten Fällen Schüler mit einem Lebensalter sind, die erfahrungsgemäß über eine nicht unbedeutende Kaufkraft verfügen und diese dann auch in der Schulstadt gelassen wird.

Den Einwand, dass bei einer Beschränkung der Schülerbeförderungskosten auf die in diesem Sinne „nächstgelegene“ Schule das Gesamt-Bildungsangebot einer Region nicht mehr zum Nulltarif zur Verfügung steht, sehe ich sehr wohl. Genauso ehrlich müssen wir aber für die Zukunft zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht mehr allen alles zum Nulltarif bieten können. Das grundsätzliche Angebot einer Ausbildung an weiterführenden Schulen würde auf hohem Niveau auch bei diesem Lösungsansatz zur Verfügung stehen.

Ich glaube, dass die vorliegenden Vorschläge von den Fachleuten, insbesondere auch in den kommunalen Spitzenverbänden, zu Ende gedacht und die jeweiligen Vor- und Nachteile gewichtet werden müssen.

Sicher wird uns am Ende dieser Diskussion eine Neuregelung ins Haus stehen, die allerdings nicht ausschließlich „pädagogisch wertvoll“ sein darf, sondern für die Landkreise und Kommunen auch finanzierbar bleiben muss.

Hanns Dorfner

Mittelständler gegen halbherzige Scheinprivatisierungen:

MU für mehr Privatisierung und Entbürokratisierung

„Der Aufgabenkatalog von Bund, Ländern und Gemeinden soll kritisch und gründlich durchforstet werden“, forderte der Vorsitzende der Mittelstands-Union, Hans Michelbach, MdB. Vom Betreuungsstaat, der sich dem Bürger in allen Lebenslagen als Ersatzfamilie anbiete, solle Abschied genommen werden.

Bei jeder staatlichen oder kommunalen Maßnahme müsse die Frage lauten: „Handelt es sich überhaupt um eine notwendigerweise öffentliche Aufgabe oder wird der Unternehmerzweck nicht ebenso gut oder wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt?“, so Michelbach.

Die viel diskutierte Privatisierung im öffentlichen Sektor sei bislang häufig nur halbherzig erfolgt. Da werde beispielsweise eine GmbH als Unternehmen in

privater Rechtsform gegründet, und dahinter verberge sich aber häufig als 100-prozentiger Gesellschafter die öffentliche Hand, kritisierte der CSU-Mittelstands-politiker.

Leistungsanreize schaffen

In den meisten Fällen gelte der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes damit auch für die Mitarbeiter dieser Gesellschaft. „Damit entfällt ein wichtiger Leistungsanreiz, den jedes priva-

te Unternehmen spürt.“ Die Mittelstands-Union spreche sich für eine echte Privatisierung dieser öffentlichen Betriebe aus. Für öffentliche Unternehmen müssten die gleichen Bedingungen wie für private Unternehmen und Mittelständler gelten.“

Negativ-Beispiele

Als Beispiel für diese „privatisierten“ freiberuflichen Dienstleistungen vor allem im kommunalen Bereich seien laut Michelbach unter anderem Krankenhaus-Apotheken, Immobilienverwaltung, Stadt- und Verkehrsplanung, Vermessung, Prüfung statischer Berechnungen, Planungsleistungen der Wasserver- und -entsorgung, Gesundheitszentren, Flurbereinigung, Therapieabteilungen in Krankenhäusern, Krankenhausambulanz, Gründungs- und Fördermittelberatung anzusehen.

Den Zeigefinger gegen Berlin ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schon Bürokratieabbau helfen. Die CSU-Kommunalpolitiker kritisierten, dass die Kommunen durch Doppelprüfungen bei Behörden, einem „zu intensiven und konsequenten Vollzug von Gesetzen“ sowie durch „zu viele Richtlinien“ belastet würden. Der CSU-Vorsitzende versprach, diese Punkte unverzüglich in die Entbürokratisierungs-Kommission unter Ex-McKinsey-Chef Henzler einzubringen. Im Rahmen der nächsten Mandatsträgerkonferenz der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) am 9. Mai in München werde er, Stoiber, einen umfassenden Bericht hierzu abgeben.

Schlichtweg verheerend

Als „schlichtweg verheerend“ bezeichnete KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun die finanzielle Lage der Kommunen. Zum einen brächen bei den Gemeinden die Einnahmen massiv weg; zum anderen stiegen bei den Umlageempfängern, den Landkreisen und Bezirken, die Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, exorbitant - und damit auch der Umlagebedarf.

Kostenexplosion durch Bundesgesetze

Ein besonders eklatantes Beispiel dafür ist Braun zufolge die Grundsicherung. Genau betrachtet sei sie eine Art Grundrente und damit keine originär kommunale Aufgabe. Wenn der Bund den Landkreisen die Grundsicherung schon als Aufgabe zuweise, dann hätte er auch für einen hundertprozentigen Kostenausgleich sorgen müssen, stellte Braun fest. Genau das aber habe der Bund nicht getan. Die vom Bund in Aussicht gestellte Kostenerstattung sei völlig ungenügend. Das Verhalten des Bundes bei der Grundsicherung sei im übrigen „kein einmaliger Ausrutscher“, sondern habe Methode. So habe der Bund, um ein weiteres Beispiel zu nennen, im Bereich der Jugendhilfe einen Förderanspruch bei seelischer Behinderung geschaffen, was zu einer Kostenexplosion bei den Landkreisen geführt habe. Während der Bund sich aber für seine soziale Gesinnung habe feiern lassen, müssten die Landkreise die Zeche zahlen.

In diesem Zusammenhang be-

grüßte Braun die erklärte Bereitschaft der Staatsregierung, das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung zu verankern, die Kommunen künftig vor der Übertragung neuer Aufgaben zu konsultieren und einen vollen Kostenausgleich zu garantieren. Diesem Beispiel des partnerschaftlichen Miteinanders müsse der Bund folgen, forderte der KPV-Vorsitzende.

Existenzgefährdung der Krankenhäuser

Auch die kommunalen Krankenhäuser werden nach Brauns Einschätzung schon sehr bald in eine äußerst prekäre Lage geraten. Um ihrem Auftrag zur Grundversorgung gerecht zu werden, hätten die Landkreise hier in den vergangenen Jahren bereits große Reformanstrengungen unternommen. So seien zahlreiche Krankenhäuser in private Rechtsformen überführt, Rationalisierungsvorhaben durchgesetzt und Personal abgebaut worden. Wenn nun die Nullrunde im Gesundheitswesen komme, könnten, wie Braun befürchtet, die Krankenhäuser der Grundversorgung endgültig in ihrer Existenz gefährdet werden.

Man könne bei einer Nullrunde die gleichwohl weiter steigenden Personal- und Sachkosten vielfach nicht mehr durch weitere Effizienzgewinne auffangen. Er sehe die ganz große Gefahr, dass als Folge der gesundheitspolitischen Entscheidungen in Berlin viele Krankenhäuser der Grundversorgung geschlossen werden müssten. Eine wohnortnahe Krankenhausbildung sei damit gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ernsthaft in Frage gestellt.

Tiefste Finanzkrise

Wie Innenminister Günther Beckstein bemerkte, sind die Kommunen in die tiefste Finanzkrise seit Kriegsende geraten. Mit dem ungebremsten Zuwachs an Ausgaben, der den Kommunen vom Bund zugemutet werde, müsse endlich Schluss sein. Dazu sei es auch notwendig, die hohen Standards, die den Kommunen vorgegeben würden, auf ihre Angemessenheit hin zu überprüfen. Im Übrigen solle sich auch der Bund an die strikte Konnexität halten. Schließlich sei es ein guter Grundsatz, dass wer bestelle, auch bezahle.

Bedrohliche Abwärtsspirale ...

(Fortsetzung von Seite 4)

der Beschäftigungsstand 2003 niedriger und die Zahl der Arbeitslosen höher sein werde als 2002.

Sorgenkind Binnenkonjunktur

Mit den alten Problemen gehe Deutschland nunmehr ins neue Jahr, sagte Wiesheu. Ein durchgreifender Aufschwung sei (noch) nicht in Sicht. Immerhin dürfte die bayerische Wirtschaft auch in diesem Jahr wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichen. Sorgenkind bleibe die Binnenkonjunktur. So seien vom Konsum nach der Kaufkraftabschöpfung durch die zum Teil bereits in Kraft getretenen, zum Teil geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen im Bund keine nennenswerten Impulse zu erwarten. Auch die Investitionsstätigkeit, die auf Bundesebene bereits seit acht Quartalen schrumpft, werde sich bei den gegenwärtigen bundespolitischen Vorgaben kaum beleben. Für die Bauwirtschaft bedeute das Steuervergünstigungsabbau-Gesetz ein „Weiter so“ auf dem Weg nach unten.

Deutschland komme aus der

wirtschaftlichen Krise nur heraus, „wenn sich die Stimmung im Land um 180 Grad dreht und bei Investoren wie Konsumenten wieder Vertrauen in die Zukunft entsteht“, erklärte der Minister.

Fünf-Punkte-Programm

Dafür müsse Reformrhetorik endlich von Reformhandeln abgelöst werden. „Unverzüglich“ seien fünf Punkte in Angriff zu nehmen:

1. Das Steuervergünstigungsabbau-Gesetz muss schnellstens vom Tisch. Stattdessen wird dringend ein Signal der Ermutigung an den Mittelstand durch gezielte steuerliche Investitions-Erleichterungen benötigt.
2. Vordringlich aufgrund der kritischen Beschäftigungslage ist die Erleichterung betrieblicher Beschäftigungsbündnisse.
3. Die rot-grünen Umfinanzierungsmaßnahmen in der Sozialversicherung sind gescheitert. An mehr Eigenbeteiligung führt kein Weg mehr vorbei.
4. Die Erkenntnis, dass die Bürokratie zurückgeschnitten werden muss, wird inzwischen parteiübergreifend geteilt. Der Masterplan von Wirtschaftsminister Clement darf

Durchgreifende Reformen

Vor allem aber müsse die Einnahmeseite der Kommunen wieder auf ein sicheres, berechenbares Fundament gestellt werden, betonte der Kommunalminister. Deshalb sei eine durchgreifende Reform der kommunalen Finanzen „dringend notwendig“. Die Bundesregierung sei, so Beckstein, nicht nur nach ihrer ersten Ankündigung einer Gemeindefinanzreform vier Jahre lang untätig geblieben, sondern auch jetzt noch äußerst säumig. Zwar gäbe es mittlerweile eine Reformkommission, aber kaum Termine für sie. Diese Passivität sei angesichts der Finanzprobleme der Kommunen nicht länger hinnehmbar. Die Kommunen müssten wenigstens bis zum Sommer dieses Jahres wissen, wie es mit ihren Finanzen weitergehen soll.

„Unmoralische“ Finanzierungsmodelle

Hinsichtlich alternativer Finanzierungsmodelle wie sie bundesweit bereits vereinzelt eingesetzt werden, betonte Beckstein, er habe Verständnis dafür, wenn sich Kommunen angesichts knapper Finanzen um innovative Finanzierungen bemühten. Jedoch könnten riskante Modelle

wie das Cross-Boarder-Leasing, das für die private Wirtschaft entwickelt worden sei, im Interesse der Bürger nicht hingenommen werden. Diese Geschäftspraxis sei aufgrund ihrer zahlreichen Unwägbarkeiten unmoralisch und riskant. Beim Cross-Boarder-Modell vermieten Kommunen öffentliche Einrichtungen an amerikanische Investoren, lassen diese billiger zurück und erzielen daraus Gewinne. Ende Januar hat das Kabinett einen Entwurf gebilligt, wonach dieses Leasing-Modell untersagt werden soll.

Beispiel Nürnberg

Die Stadt Nürnberg freilich hat sich bereits für dieses Finanzierungsmodell entschieden. Ihr 99 Jahre laufender Vertrag über die Kläranlage und die Kanalisation ist laut Beckstein in englischer Sprache abgefasst und entspricht dem englischen Gerichtsstand. Keiner der beteiligten Entscheidungsträger sei jedoch trotz zum Teil sehr guter Sprachkenntnisse in der Lage gewesen, den auf amerikanisches Steuerrecht abgestellten Vertrag vollständig zu lesen. Negativ sei, dass das amerikanische Steuerrecht nicht das strikte Rückwirkungsverbot beinhaltet, das es in Deutschland zwar gebe, dessen Umfang aber auch sehr kritisch zu betrachten sei. Auseinandersetzen müsse man sich überdies mit den Aus-

wirkungen eines möglichen Konkurses der Gesellschaft während der vertraglichen Laufzeit. „Was ist, wenn eine neue Gesellschaft neue zivilrechtliche Verträge über die Nutzung dieser Kanalisation durchführt?“ fragte Beckstein. Zwar räumte der Minister ein, dass es durchaus vernünftige Modelle wie das Gebäudeleasing gibt, doch berge allein die Frage Steuerspartricks im internationalen Bereich unübersehbare Risiken.

Warnung vor Vorsorge in Investorenhand

Ministerpräsident Stoiber hieb in dieselbe Kerbe: „Ich halte es für unverantwortlich, die Basel-II-Vorsorge in die Hände von Investoren zu legen, die niemand in der jeweiligen Stadt kennt.“ Stoiber bezeichnete es als falsch, alle Facetten des Steuerrechts auszunutzen. Auf dem privaten Sektor habe die Staatsregierung diese Handhabung in den vergangenen Jahren mehrfach hart kritisiert und versucht, legale Missbräuche von Steuerkonstruktionen im Baubereich zu reduzieren. Wenn nun die öffentliche Hand aus der Not heraus mit steuerrechtlichen Konstruktionen, die im Prinzip das Steuerrecht ausnutzen, operiere, stelle dies ein schlechtes Beispiel für den privaten Bereich dar.

Doris Kirchner

Den Wettbewerb der Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

liegende Strukturprobleme auf. Wir haben schlicht und ergreifend Überkapazitäten im deutschen Kreditgewerbe. Lange Zeit waren diese durch die Sonderkonjunktur der Wiedervereinigung in den 90er Jahren und den Börsenboom der letzten Jahre überdeckt. Umso schwerer wiegen die heutigen Ertragsprobleme im deutschen Kreditgewerbe. Denn sie treffen die Branche „nach guten Jahren“ weitgehend unvorbereitet.

Gerade eine schwarze Null

Nach Untersuchungen von ZEB/Rolfes.Schierenbeck.Associates kommen nur ungefähr die Hälfte der deutschen Kreditinstitute auf eine halbwegs angemessene Marge. Nach Abzug der hohen Personal- und Sachkosten bleibt für diese Institute gerade noch eine schwarze Null. Insgesamt beziffert diese Studie die Kreditausfallkosten mit rund 50 % der Betriebsergebnisse. Die Belastungen werden weiter steigen. Auch die soeben erschienene Studie von Merrill Lynch, German Banking Market, beklagt den gnadenlosen Preiswettbewerb innerhalb der deutschen Kreditwirtschaft. Daran sind aber nicht die öffentlichen Banken Schuld, sondern lediglich der Wettbewerb an sich.

Gründe für die Ertragsprobleme

Die europäische Deregulierung senkt die Markteintrittsbarrieren und trägt zur Wettbewerbsverschärfung bei. Veränderte Kundenbedürfnisse und ein gewandeltes Kundenverhalten führen zu einer spürbar sinkenden Bankenloyalität. Die zunehmende Durchdringung von Informations- und Kommunikationstechniken wie beispielsweise das Internet lässt traditionelle Wertschöpfungsketten aufbrechen und ermöglicht Produkt- und Prozessspezialisten die Teilnahme am Wettbewerb. Daraus folgt: Alle deutschen Kreditinstitute stehen vor neuen Herausforderungen, veränderten Spielregeln und Rahmenbedingungen. Kunden zeigen ein höheres Kostenbewusstsein und gesteigerte Preissensibilität. Sie sind besser informiert und erwarten Problemlösungen statt Einzelprodukte. Der Zugangsweg über die Filialen reicht bei weitem nicht mehr aus und das sogenannte „Smartshopping“ macht dem Hausbankenprinzip Konkurrenz. Ersatzprodukte wie electronic cash und Mehrwertdienste bedrohen die Standardgeschäfte in der Branche.

Anhaltender Wettbewerbsdruck

Mit steigendem Grad der Vernetzung und zunehmender Preis- und Kostensensibilität wächst zugleich die Bedeutung der Mengengerüste und der umfassenden Lösungskonzepte. Unter anhaltendem Wettbewerbsdruck wird sich in einem dynamisch wandelnden Wettbewerbsumfeld eine Konsolidierung der Bankenlandschaft in Deutschland, aber auch in ganz Europa, vollziehen. Auf

der Gewinnerseite wird man nicht unbedingt diejenigen Kreditinstitute mit der höchsten Bilanzsumme finden, sondern jene, die am schnellsten mit den passenden Strategien auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen reagieren werden.

Sparkassenerfolg ist weiterhin machbar

Der Markterfolg der Sparkassen definiert sich über die Verbindung von Größe und dezentraler Aufgabenorientierung - also einem hochmodernen Konzept eines flexiblen und dynamischen Wertschöpfungsnetzes. Die S-Finanzgruppe wird daher adäquate Antworten auf die Anforderungen der Zukunft finden. Die European Banking Study von EB/Rolfes.Schierenbeck.Associates stellt klar heraus: Regionale tätige Banken haben mit richtiger Strategie und guter Führung große Zukunftschancen. Unter breiter Beteiligung von 55 Sparkassenmitarbeitern und 100 Verbundexperten haben wir für die S-Finanzgruppe Bayern eine Gesamtstrategie mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Verbundpartner und Sparkassen erarbeitet. Die einzelnen strategischen Handlungsfelder beziehen sich dabei auf die Gesamtstrategie, die Kerngeschäftsstrategie und die Geschäftsunterstützungsstrategie. Im Rahmen der wertschöpfenden Kerngeschäfte werden im Geschäftsstellenbereich neue Filialkonzepte mit effizienten und aktiven Geschäftsstellen flächendeckend umgesetzt. Im Bereich der medialen Vertriebswege wurden das S-Direkt-Brokerage, das Internet-Portal und neue Wege des Zahlungsverkehrs umgesetzt.

Breites Angebot

Im Privatkundenbereich konzentrieren sich die Sparkassen zunehmend auf ein breites, weit ausdifferenziertes Angebot im Vermögensmanagement. Im Firmen- und Gewerbekundenbereich setzen wir mehr und mehr auf eigenständige Zentren, in denen Fragen wie Rating, Start-Up oder Unternehmensnachfolge als vollständige und umfassende Problemlösung

individuell bearbeitet werden.

Im Bereich der geschäftsunterstützenden Maßnahmen steht eine weitreichende Standardisierung und Bündelung unterschiedlichster Aktivitäten, so z. B. im IT-Bereich, an. Benchmarking und Prozesskostenrechnung dienen zur Verbesserung der Produktivitäts- und Kostensteuerung.

Bessere Ausnutzung unserer Wertschöpfungsnetze notwendig

Darüber hinaus bleibt aber festzuhalten, dass zahlreiche Fragestellungen wie Rating oder Basel II in einem voll funktionsfähigen Allfinanzverbund eigenständiger Unternehmen gemeinsam bearbeitet werden müssen, um kosteneffiziente Lösungen und damit Wettbewerbsvorteile zu erreichen. „Bankfabriken“ in Produktion und Abwicklung ermöglichen nicht nur eine Kostenreduzierung im Back-office-Bereich, sondern zugleich die Konzentration der Sparkassen auf ihre Kernkompetenzen - den Vertrieb und die Problemlösungspotenziale vor Ort. Die Kosteneinsparungen im marktfernen Bereich werden auf Dauer erst das dezentrale Unternehmertum der Sparkassen vor Ort ermöglichen.

Den Verbund noch intensiver leben

Der seit Jahrzehnten in der Sparkassenorganisation gelebte Verbund muss noch intensiver gelebt und genutzt werden. Wir haben in der S-Finanzgruppe Deutschland ein gewaltiges Potenzial der Ertragssteigerung und der Kosteneinsparung, wenn wir die Zusammenarbeit im Verbund auf allen Ebenen optimieren. Fusionen sind da und dort auf allen Ebenen sicherlich hilfreich und nützlich, doch ist ein pragmatisches Vorgehen bei den Zusammenschlüssen über regionale Teillösungen eher zu erwarten. Ein wesentlich größeres Potenzial liegt - bei bestehenden Strukturen - in der effizienten Ausgestaltung unseres Verbundwertschöpfungsnetzes. Die Sparkassenorganisation ist mit ihren zahlreichen Verbundunternehmen dafür gut aufgestellt und wird daher auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen. Damit besteht auch künftig in der Sozialen Marktwirtschaft Deutschlands ein Element der intensiven Mittelstandsförderung, der finanzwirtschaftlichen Unterstützung einzelner Regionen und ihrer Bürger.

Die Zukunft entscheiden wir

Die gesellschaftspolitische Stimmung ist gerade „nach Brüssel“ und vor der Umsetzung von Basel II (Stichpunkt: Mittelstand) „pro Sparkasse“. Einzelne abweichende Meinungen auch in unseren kommunalen Reihen stellen die absolute Minderheitenposition dar. Wenn es uns gelingt, und warum sollten gerade wir das nicht schaffen, weiterhin im Wettbewerb zu bestehen, auch mit unseren Landesbanken in schwierigerem Fahrwasser, wird das deutsche Erfolgsmodell des dreigliedrigen Bankwesens noch lange Bestand haben.

Andere sind keine Vorbilder

Für ein dezentral, kommunal und mittelständisch geprägtes Deutschland sind die Bankstrukturen anderer Länder eben kein erstrebenswertes Vorbild. Und alle drei Kreditinstitutsgruppen sind daher in Deutschland dabei, den in der Tat teilweise ruinösen Preiswettbewerb durch eine angemessene und risikoadäquatere Preisgestaltung abzulösen, was nur gut für alle Beteiligten sein kann. ☞

Finanznot der Kommunen:

Als Chance begreifen

Podiumsdiskussion des Vereins Münchner Forum

„Die Finanznot der Städte“ war jüngst Thema einer Podiumsdiskussion, zu der der Verein Münchner Forum eingeladen hatte. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gingen den Ursachen der kommunalen Finanzmisere auf den Grund und zeigten Wege aus der Krise auf. 300 Gäste im voll besetzten Saal des Münchner Hofbräuellers machten deutlich, dass die Kommunalhaushalte nicht länger als sprödes Thema für akribische Kämmerer und beamtete Buchhalter gelten. Die leeren Stadtkassen haben die Kommunalfinanzien in der Hitliste kommunalpolitischer Themen ganz nach oben katapultiert.

Die Finanzlage der Landeshauptstadt hat sich, wie Münchens Oberbürgermeister Christian Ude einleitend feststellte, in 2002 im Vergleich zu den vorangegangenen drei Jahren dramatisch verschlechtert. Vergleiche man die Situation Münchens hingegen mit jener anderer Städte, stehe die bayerische Landeshauptstadt immer noch gut da. So gelinge es der Stadt auch jetzt noch, im Interesse der örtlichen Wirtschaft und der Arbeitsplätze für über eine Milliarde Euro zu investieren. Umgekehrt muss München, wie Ude anfügte, in diesem Jahr eine Neuverschuldung von über 900 Mio. € hinnehmen. Für alle Ressorts der Stadt gelte deshalb strikter Sparzwang im Verwaltungshaushalt. Das bedeute beispielsweise weniger Eingangsklassen bei den weiterführenden städtischen Schulen, höhere Eintrittspreise und Gebühren bei städtischen Einrichtungen, die Schließung zweier Stadteibibliotheken und Kürzungen bei der Jugendarbeit.

Rückgang der öffentlichen Einnahmen

Ude warnte vor dem Irrglauben, bei einem Anspringen der Konjunktur könne man wieder zum alten Ausgabeverhalten zurückkehren. Das Niveau früherer Jahre werde man nicht wieder erreichen. Denn wenn es gelänge, die Steuerquote dauerhaft zu senken, bedeute dies umgekehrt auch einen Rückgang der staatlichen und kommunalen Einnahmen. Dies sei aber durchaus auch als Chance zu sehen, den Aufgabenbestand der Kommunen zu durchforsten. In diesem Zusammenhang sprach Ude auch die hohe Personalkostenlast für die städtischen Schulen an, die nach seiner Ansicht vom Freistaat nur ungenügend ausgeglichen werde.

Bundesregierung schuld an der Wachstumsschwäche

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser fest, nicht nur die Finanzlage der Kommunen habe sich verschlechtert, auch die Länder und der Bund seien mit dramatisch gesunkenen Einnahmen konfrontiert. Hauptverantwortlich für die jetzige tiefe Krise ist, so der Finanzminister, die Bundesregierung. Sie trage die volle Verantwortung für die ausgeprägte Wachstumsschwäche; zudem habe sie es in den vergangenen vier Jahren versäumt, die angekündigte Kommunalfinanzreform tatsächlich anzugehen. Die von der Bundesregierung unterlassenen Strukturformen rächten sich jetzt massiv. Die Kommunen haben nach Einschätzung des Finanzministers insbesondere mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Die Gewerbesteuer heutigen Zuschnitts müsse geändert werden. Es könne auf Dauer nicht angehen, dass nur ein geringer Teil der Betriebe für diese wichtige gemeindliche Einnahmequelle aufzukommen

habe und die Gemeinden damit vom Wohlergehen einiger weniger Betriebe abhängig seien.

Streitpunkt kommunale Schulen

Die Klage des Münchner Oberbürgermeisters, der Freistaat übernehme nur rund 50 Prozent der Personalkosten für die kommunalen Schulen, wies Faltlhauser zurück. Städte wie München, Nürnberg und Würzburg seien früher „ganz wild darauf“ gewesen, ihre eigenen Schulen zu haben; in der Vergangenheit hätten sie deshalb eine Verstaatlichung dieser Schulen immer vehement abgelehnt. Absurd sei im Übrigen Udes Vorwurf, kein anderes Land behandle kommunale Schulen beim Personalkostenzuschuss so schlecht wie Bayern, da es in den anderen Ländern gar keine kommunalen Schulen gäbe. Er könne sich durchaus vorstellen, erklärte Faltlhauser, dass das Land die städtischen Schulen und damit die Personalkosten auf Antrag eines Tages übernehmen werde. Allerdings, fügte er hinzu, könne dies selbstverständlich nicht von heute auf morgen geschehen.

Kein goldenes Zeitalter für die Kommunen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Schild, der in Berlin die Arbeitsgruppe „Finanzpolitische Fragen der Gemeindefinanzreform“ leitet, warnte vor zu großen Erwartungen. Auch nach dieser Reform würde für die Kommunen kein goldenes Zeitalter anbrechen, würden doch die vorgesehene Senkungen der Einnahmen der öffentlichen Haushalte auf Dauer bescheiden. Nach Auffassung Schilds müsse es vor allem darum gehen, für eine weniger konjunkturabhängige Einnahmensituation bei den Kommunen zu sorgen; Eine Senkung der Gewerbesteuerumlage als rasche Hilfe für die Kommunen lehnte Schild ab. Eine solche Maßnahme käme nur einigen Gemeinden zugute.

Auch Großunternehmen zahlen (Gewerbe-)Steuern

Michael Mendel, Firmenkundenvorstand der Hypo Vereinsbank, wehrte sich gegen den verbreiteten Eindruck, Großunternehmen würden die Gewerbesteuer zahlen. Richtig sei vielmehr, dass die 300 größten Unternehmen Münchens über 80 Prozent des Gewerbesteueraufkommens erbringen. Im Übrigen sei es nicht gerechtfertigt, den Wert eines Unternehmens für die Standortkommune nur an den Gewerbesteuerzahlungen festzumachen. Man müsse auch berücksichtigen, dass selbst Unternehmen, die keine oder wenig Gewerbesteuer zahlen, Arbeitsplätze schaffen. Dies führe für die Kommune wiederum zu Einnahmen aus der Einkommensteuer. Hinzu kämen beachtliche sonstige Leistungen von Unternehmen. Beispielhaft

verwies Mendel etwa auf die Attraktivität der Hypo Kulturhalle und der von seiner Bank geschaffenen „Fünf Höfe“ für die Landeshauptstadt.

Mittelstand beweist Standorttreue

Der Präsident des Bundes der Selbstständigen, Prof. Fritz Wickenhäuser, hob hervor, dass gerade der Mittelstand und die alteingesessenen Familienbetriebe aus Überzeugung große Standorttreue bewiesen. Dies sollte von der Politik stärker honoriert und bei allen Lösungsansätzen daran gedacht werden, die Existenz mittelständischer Unter-

nehmen an ihrem jeweiligen Standort zu fördern.

Problem Gewerbesteuer

Auf die Frage von Moderator Nikolaus Pieper, wer denn Schuld an der Finanznot der Städte habe, erklärte der Finanzwissenschaftler und Rektor der LMU München, Prof. Bernd Huber, das Hauptproblem liege bei der Gewerbesteuer; sie sei heute keine zuverlässige Einnahmequelle mehr. Die Gewerbesteuer habe sich sehr ungünstig und unausgewogen entwickelt. Mittlerweile zahlten rund zwei Prozent der Unternehmen 80 Prozent des Gesamtaufkommens. Diese Steuer sei zudem sehr konjunkturabhängig. Der starke Konjunkturreinbruch habe die Kommunen daher massiv getroffen. Eine Reform sei dringend notwendig. Dabei kämen sowohl eine Revitalisierung der Gewerbesteuer mit einer

Verbreiterung ihrer Basis als auch kommunale Zuschläge zur Einkommensteuer in Betracht.

Finanzreform angemahnt

Die abschließenden Resümees von Ude, Faltlhauser und Schild machten eine Übereinstimmung der drei Politiker in wesentlichen Punkten deutlich: Eine zeitnahe Gemeindefinanzreform ist dringend notwendig. Dabei wird es vor allem darum gehen, den Gemeinden eine sichere, möglichst wenig konjunkturabhängige eigene Einnahmequelle zu erschließen. Der Gewerbesteuer dürfte aber wohl kaum das letzte Stündchen schlagen. Im Gegenteil. Ihre Revitalisierung, die sie weniger anfällig für das Auf und Ab des Konjunkturverlaufs macht und ihre Basis verbreitert, könnte ein wichtiges Ergebnis der Gemeindefinanzreform werden. **DK**

Mit einer solchen fairen und stetigen Steuerquelle würden die Kommunen in die Lage versetzt, wieder investieren zu können. Gegenwärtig erreichen die Städte nur das Investitionsniveau von 1992. Darunter leiden vor allen Dingen die örtlichen kleinen und mittleren Betriebe, die auf die öffentlichen Aufträge mit angewiesen sind.

Vorteil der kommunalen Betriebssteuer wäre auch, dass nach wie vor das Band zwischen Kommunen und Wirtschaft erhalten bleibt. Dieses Band halte ich für dringend notwendig, weil sonst das Interesse der Städte an Betriebsansiedlungen zurückgeht.

BDI-Modell wird abgelehnt

Die Zeichen für die Betriebssteuer stehen nicht schlecht. Allerdings sind noch massive Widerstände bei der Industrie vorhanden. Die Großindustrie möchte am liebsten überhaupt keine Steuer mehr bezahlen, sondern die Steuerlast voll auf die Arbeitnehmer abwälzen. Nach dem Steuermodell des BDI würden per Hebesatz mit noch die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen herangezogen, während die Betriebe frei ausgehen.

Das kann nicht die Lösung unserer Probleme sein. Im übrigen würden die erfolgreichen Freiberufler mit dem BDI-Modell schlechter fahren als mit der kommunalen Betriebssteuer, weil sie die Betriebssteuer absetzen können, während sie den Einkommensteuerzuschlag zusätzlich zahlen müssten.

Wenig Sinn macht es in meinen Augen, in Anbetracht der desolaten Finanzlage der Städte und Gemeinden nach den sog. kleinen Gemeindesteuern zu schießen. Mit diesen Abgaben können wir unsere Haushaltsprobleme nicht lösen. Eine ernsthafte Diskussion um die Wiederzulassung der Vergnügungssteuer, Getränkesteuer oder Schankerlaubnissteuer könnte die Initiativen für eine ertragreiche und verlässliche kommunale Betriebssteuer gefährden.

Das Herz der Republik

Ich appelliere an Bund und Land, aber auch an alle anderen politischen Organisationen in diesem Land, sich für eine ausreichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden einzusetzen. Es muss allen bewusst sein, dass die Städte das Herz dieser Republik sind. Wenn dieses Herz einen finanziellen Infarkt erleidet, trifft das die gesamte Republik, den Wirtschaftsstandort Deutschland und auch jeden einzelnen, der hier lebt. **☞**

Die Städte brauchen eine verlässliche Steuer

Von Oberbürgermeister Josef Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Hiobsbotschaften den Bayerischen Städtetag erreichen. Immer mehr Mitgliedsstädte und -gemeinden stehen vor der Situation, dass sie ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen können. Die Gründe dafür sind nicht hausgemacht, wie manche gerne kolportieren.

Die Ursachen für den rasanten Abstieg der kommunalen Haushalte sind vielmehr fremdbestimmt. Die Gewerbesteuer-einnahmen der Städte und Gemeinden sind massiv weggebrochen. Ausgelöst wurde diese Entwicklung u.a. durch eine Steuergesetzgebung, die es vor allem den großen Konzernen gestattet, sich total aus der Steuerpflicht herauszurechnen. Das führt zu einer Steuerungerechtigkeit nie gekanntem Ausmaßes. Wenn jetzt wenigstens in Ansätzen versucht wird, diese Schieflage zu beseitigen, dann halte ich es für unverändert, diese Gesetzesänderungen öffentlich als Steuererhöhungen abzuqualifizieren.

Falsche Prognose

Schuld an der ruinösen Finanzlage der Kommunen ist auch, dass der Bundesfinanzminister die Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Punkte erhöht hat. Die Prognose Eichels, die Kommunen würden sonst überproportional an der Steuer-

form profitieren, war von Anfang an falsch, weil er nicht den Mut hatte, die Abschreibungen so zu verändern, dass mehr Gewerbesteuer fällig geworden wäre.

Konjunkturelle Entwicklung

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Gewerbesteuer liegt in der konjunkturellen Entwicklung. Die Folgen müssen wir alle tragen. Ich halte es aber für unverantwortlich, wenn in dieser Zeit, in der die öffentlichen Kassen an Schwindsucht leiden, den Städten und Gemeinden von Bund und Land zusätzliche Aufgaben in die Schuhe geschoben werden. Stichworte dazu sind die Grundsicherung und die Beteiligung der Kommunen an den Kindergeldzahlungen. Dagegen sind die vom Freistaat ausgelösten Zusatzkosten für die Kommunen im Schulbereich, also Nachmittagsbetreuung, Schul-Sozialpädagogik und Lehrpersonalkosten absolut gesehen eher gering. Sie belasten aber die städtischen Haushalte

Baulandentwicklung im eigenen Risiko

Kreative Lösungen, um Kommunen wirtschaftlich und verwaltungsmäßig zu entlasten

Die Probleme vieler Kommunen sind bekannt: Ausgelastete Verwaltungen, finanzielle Engpässe durch überlastete Haushalte, geringe Möglichkeiten zur Übernahme wirtschaftlicher Risiken und Rechtsunsicherheit bei Verbescheidung von Erschließungsbeiträgen lassen die Kommunalpolitiker nach kreativen Lösungen bei der Baulandentwicklung Ausschau halten. Die BLE - Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH hat speziell hierfür Lösungsmodelle entwickelt.

Im eigenen wirtschaftlichen Risiko erwirbt die BLE Rohbauland und wird Bauherrin der Erschließung gem. § 124.1 BauGB. Auf Wunsch der Kommune wirkt das Unternehmen bei der Bauleitplanung mit. Die Parzellen veräußert BLE anschließend an bauwillige Interessenten. Der Käufer begleitet

die Erschließungskosten im Rahmen des zivilrechtlichen Kaufvertrages

Vorteile für Kommunen

Die Kommunen ziehen aus diesem Procedere eine Reihe von Vorteilen: Am augenscheinlichsten ist die Verwaltungsentlastung. In der heutigen Zeit spielt natürlich die Abwälzung des wirtschaftlichen Risikos eine wichtige Rolle. Beitragsbescheide werden vermieden. Die Abbedingung des 10 % Anteils gem. BauGB ist Usus. Etwaige Kostenübernahmen durch BLE im Rahmen städtebaulicher Verträge sind geregelt. Einheimischen-Modelle können unkonventionell eingebunden werden. Planungshoheit und Einflussnahme der Kommune bleiben erhalten. Insgesamt: Ein schlüssiges Konzept! **☞**

im Einzelfall doch sehr massiv. Ein Großteil der bayerischen Städte und Gemeinden müsste, wenn die Bestimmungen des Privatrechts auf sie angewendet würden, Insolvenz anmelden.

Keine Steuererhöhung angepeilt

Es ist deshalb höchste Zeit, dass die kommunalen Finanzen wieder eine verlässliche und gerechte Steuerbasis erhalten. Wir im Städtetag haben dazu einen mit wissenschaftlicher Begleitung durch Prof. Lorenz Jarass ausgearbeiteten Vorschlag einer kommunalen Betriebssteuer als Weiterentwicklung der bisherigen Gewerbesteuer eingebracht. Diese Betriebssteuer sieht im Prinzip vor, dass die Wertschöpfung vor Ort Maßstab für die Steuerschuld ist. Darüber hinaus soll die Steuer neben den bisherigen Gewerbesteuerzahlern auch die Freiberufler und Selbstständigen erfassen. Damit würde die Basis verbreitert mit der Folge, dass der Steuersatz von gegenwärtig 16 Prozent bei der Gewerbesteuer unter 10 Prozent sinken würde. Um eines klarzustellen: Die Städte und Gemeinden wollen mit der kommunalen Betriebssteuer keine Steuererhöhung. Sie wollen ein Steueraufkommen, das sich am Jahr 2000, also am Aufkommen vor dem dramatischen Einbruch der Gewerbesteuer, orientiert.

BLE

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH
Peschelanger 3, 81735 München
Telefon 089/674037, Telefax 089/6792236
Internet: www.ble-bayern.de
eMail: info@ble-bayern.de

HAUSHALTSPROBLEME ?!

Maßgeschneiderte Lösung für Ihre kommunalen Investitionen bietet Ihnen die BLE, ein erfahrener seit 1974 tätiger Partner der Städte und Gemeinden. FRAGEN SIE UNS NACH EINZELHEITEN
Ansprechpartner: Gerd Schrenker
Tel.: 089 / 67 40 37

BLE

im genossenschaftlichen FinanzVerbund

- ☞ Privatfinanzierung öffentlicher Aufgaben (kommunales Haushaltsmodell)
- ☞ Übernahme von Erschließungsträgerschaften
- ☞ Baulandentwicklungsmodelle

Hohe Erwartungen an die Ressourcen im Liegenschaftsmanagement

Von Dr.-Ing. Lars Bernhard Schöne, Direktor REAL I.S. AG Gesellschaft für Immobilien Assetmanagement

Sinkende Steuereinnahmen, wachsende Schulden und der folglich immer enger werdende finanzielle Spielraum von Bund, Ländern und Kommunen zwingen die öffentlichen Verwaltungen Kosten zu senken. In erster Linie dort, wo noch große Potenziale und eine kurzfristige Realisierung vermutet werden - beim Liegenschaftsmanagement.

MÜNCHEN. Bei der Nutzung von öffentlichen Liegenschaften und Gebäuden bilden die Kapital- und Betriebskosten neben den Personalkosten die wesentlichen Kostenfaktoren. Diese Erkenntnis führt, verursacht durch die immer weiter steigenden Haushaltsdefizite bei Bund, Ländern und Kommunen zu einem höheren Kostenbewusstsein und der Einsicht, dass für das Management öffentlicher Liegenschaften ganzheitliche Strategien für Erwerb, Entwicklung, Bau, Bewirtschaftung und Verwertung, d.h. den gesamten Immobilien-Lebenszyklus, entwickelt werden müssen.

Im Gegensatz zur öffentlichen Verwaltung haben Unternehmen der Privatwirtschaft diesen Prozess der Strategieentwicklung und -umsetzung mit den Zielen der Optimierung der Planungs- und Bauphase, des Erkennens und Ausschöpfens von Nutzungspotenzialen, des Freisetzens entbehrlicher Nutzflächen und des Optimierens der Betriebskosten

bereits hinter sich oder arbeiten mit Hochdruck an entsprechenden Lösungen.

Die Ineffizienz im öffentlichen

Bereich zeigt sich insbesondere durch die Anzahl der Zuständigkeiten. Sie ist ungleich größer und die Komplexität der Richtlinien deutlich höher als bei Unternehmen. Beispielsweise werden die Belange eines Instandhaltungsmanagements in der Regel vom Baubereich behandelt, die Raumnutzung in der Hauptverwaltung geregelt, Versicherungsfragen im Rechtsamt oder der Finanzverwaltung bearbeitet.

Viel zu lange Entwicklungs- und Realisierungsphasen

Wird für die öffentliche Verwaltung eine Immobilie neu erstellt, multiplizieren sich die Abstimmungen der daran beteiligten Entscheidungsträger gegenüber der Wirtschaft um ein Vielfaches. Die Folge ist u.a. eine unnötig lange Entwicklungs- und Realisierungsphase mit zu geringen Bauraten. Die Investitionsanalyse weist ein denkbar schlechtes Verhältnis zwischen Erstellungs- und Nutzungsdauer aus. Dies kann auch durch eine noch so gute Optimierung in der Betriebsphase der Immobilie nicht mehr ausgeglichen werden. (vgl. Abbildung rechts)

Sind die Immobilien erst ein-

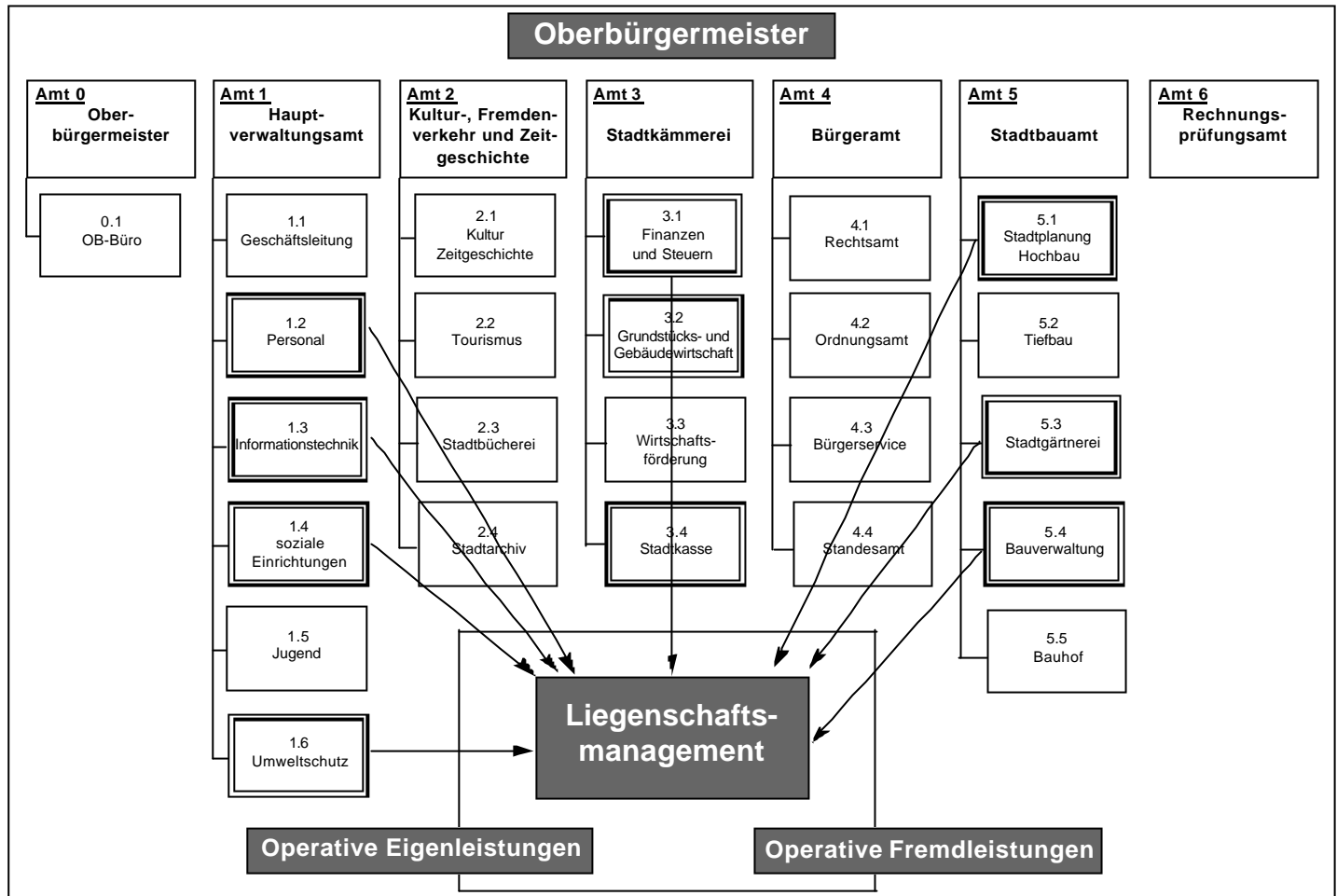
mal ihrer Bestimmung übergeben, können durch die kameralistische Buchführung die für ein

rungsinformationen meist nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft u.a. Informationen

Effektivität und Effizienz zu unterziehen. Alle Aufgaben müssen auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geprüft werden. Insbesondere dort, wo Ressourcen nicht ausgelastet sind, können Kooperationen mit anderen öffentlichen Einrichtungen angestrebt werden. Überschneidungen der Zuständigkeiten, wie beispielsweise die Doppel-, Dreifach- und

angesetzt. Sie sind teilweise das Ergebnis von Kompromissen, die aus politischen Gesichtspunkten getroffen werden, ergo nicht das maximale Potenzial zulassen.

Die teilweise überzogenen Erwartungen hinsichtlich der Einsparungspotenziale durch die Optimierung des öffentlichen Liegenschaftsmanagements und ihrer kurzfristigen Realisierung



Kompetenzen und Zuständigkeiten zentral bündeln.

an der Wirtschaftlichkeit orientiertes Public Real Estate Management notwendigen Steuer-

über die aufgeschlüsselten tatsächlichen Kosten bzw. Erlöse pro Quadratmeter Nutzfläche. Ein professionelles Controlling- und Informationssystem ist somit im öffentlichen Bereich bisher eher die Ausnahme.

Durchgängiger Informationsfluss

Selbst die wesentlichen Grundgrößen des Liegenschaftsmanagements, die Flächenangaben nach DIN 277 oder alternative Richtlinien wie die der gif Gesellschaft für immobilienwirtschaftliche Forschung oftmals den Sprung von der Planungs- zur Nutzungsphase nur unter erheblichem Aufwand. So sind beispielsweise DV-basierte Verfahren für den durchgängigen Informationsfluss im Gebäudelebenszyklus immer noch nicht „state of the art“. Die Daten werden teilweise erst im laufenden Betrieb bei Nutzungsänderungen oder Umwidmungen unter hohem Zeit- sowie Kostenaufwand aufgearbeitet und verlieren im Anschluss wieder ihre Aktualität bzw. Praxistauglichkeit.

Bewährte Lösungen

Die Strategien im Public Real Estate Management sind daher verstärkt auf bewährte Lösungen zu konzentrieren:

- Durchgängige, strukturierte Übernahme von Planungsdaten in die Bestandsdokumentation;
 - Zeitnahe Dokumentation von Veränderungen und Einhaltung der Strukturierung;
 - Vermeiden von Redundanzen;
 - Übersichtliche Darstellung komplexer Informationen durch Kombination von CAD und datenbank-gestütztem Raumbuch;
 - Abbildung verschiedener Flächentypen nach DIN oder gif;
 - Erzeugen von leistungsgerechten Daten nach Industriestandards im Hinblick auf Kennwertvergleiche.
- Weiterhin ist die Aufbau- und Ablauforganisation der mit der Immobilienbewirtschaftung betrauten Abteilungen einer kritischen Prüfung im Hinblick auf

sogar vereinzelt Vierfachzuständigkeiten in den Verwaltungen zeigen, sind zu minimieren.

Effizienz-Effekte

Eine wesentliche Grundlage für die angestrebten Effizienz-Effekte ist im Rahmen der Organisationsuntersuchung die Dezentralisierung der Ressourcen- und Erfolgsverantwortung auf die Ebene der Dienststellenleiter. Sie erhalten zukünftig die Möglichkeit über Globalbudgets Anreize zur wirtschaftlichen Verwendung der Finanzmittel zu schaffen und die eigenständige Aufdeckung von Einsparungspotenzialen zu forcieren. In privaten Unternehmen ist dies schon vielfach realisiert. Die nutzenden Geschäftsbereiche werden mittels Umlageschlüsseln nach Flächen- und Energieverbrauch mit Kosten belegt. Dieses Verfahren ist im öffentlichen Bereich noch weitestgehend unbekannt. Anreize für die Dienststellen, Flächen oder Energie einzusparen, sind in den gewachsenen Strukturen gering bzw. nicht gegeben.

Umstrukturierungen

Der Bund, einige Länder sowie Kommunen unternehmen die ersten konkreten Schritte zur Umsetzung eines Public Real Estate Managements. Das Spektrum der Umstrukturierungen in der öffentlichen Verwaltung reicht von der internen Reorganisation durch die Schaffung einer optimierten Verwaltungslösung (Profit-/Cost-Center) über die begrenzte wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit innerhalb der Verwaltung (Eigenbetriebe) bis hin zum Verzicht und zur Abgabe von Teilleistungen an private Unternehmen (Outsourcing/Privatisierungen). Der Nutzwert der beispielweise eingeführten Mieter-Vermieter-Modelle ist jedoch noch deutlich zu steigern, da marktgerechte Modelle in den meisten Fällen noch nicht erreicht werden. Oftmals werden für Flächen unterschiedlicher Nutzung oder auch Standorte dieselben Mieten

werden nicht zuletzt durch unerhöhte Versprechen von Potenzialen im Bereich der 30%-Marke geschürt. Dies ist in Einzelfällen richtig, kann vielleicht sogar übertroffen werden. Doch als Rechtfertigung für beispielsweise den Personalabbau oder die Privatisierung mittels Personalstellen dürfen diese Pauschalen nicht herhalten. Darüber hinaus ist die Qualität der Leistung nicht zu vernachlässigen, die den Haushalt vielleicht kurzfristig entlastet und doch mit einer notwendig werdenden Schadensbegrenzung den Steuerzahler umso teurer kommt.

Optimierung der Abläufe

Der Aufbau eines Public Real Estate Managements erfordert einen teilweise erheblichen Zeit- und Kostenaufwand. Letzterer entsteht durch u.a. die Hinzuziehung externer, unabhängiger Fachkräfte für Optimierung der gesamten liegenschaftsbezogenen Abläufe. Insbesondere bei der Ermittlung der wirtschaftlichsten Lösung im Management der Immobilien der öffentlichen Hand sowie die weitere Verbesserung des Angebots an Analysen, Untersuchungen, gültigen Daten und deren konsequente Umsetzung in der Praxis sind diese temporär notwendig. Der Investitionsprozess ist transparent, effizient und effektiv zu gestalten und darf unter keinen Umständen - auch nicht teilweise - zu einer geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheit gemacht werden.

Nutzwertanalyse

Im Fokus der für das Projekt erstellten Nutzwertanalyse ist ein striktes Investitionscontrolling und Risikomanagement anstatt der intuitiven Wahrnehmung von Risiken notwendig. In der Betrachtung der ersten erfolgreichen Projekte von Gebietskörperschaften zeigt sich, dass unter Einhaltung der vorgeannten Rahmenbedingungen sich die eingesetzten Mittel zugunsten der realisierten Potenziale amortisieren.

Die Entgeltforfaitierung als Alternative zum Kommunalkredit

Dienstleistungsübertragungen z.B. auf Eigengesellschaften bieten Chancen zur haushaltentlastenden Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur
von Dipl.-Kfm. Stefan H. Wedel¹

Bundesweit suchen Gebietskörperschaften und kommunale Institutionen nach Auswegen aus der häufig angespannten Finanzierungssituation - allen voran die Kommunen. Enormer Handlungsdruck aufgrund unausweichlicher Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen, häufig zudem auch begleitet von Haushaltssperren und restriktiven Kommunalaufsichten, machen weitere Kommunalkreditaufnahmen unmöglich. Oft schiebt die EU-Notifizierungspflicht auch den Kommunalbürgschaften zugunsten der Refinanzierungen über Eigengesellschaften einen Riegel vor. Das Finanzierungsmodell „Kommunale Entgeltforfaitierung“ kann unter einfachen Prämissen oft eine erfolgreiche Alternative sein.

Grundvoraussetzungen

Bei der Finanzierung über die Forfaitierung (auch als Forderungsankauf bezeichnet) werden zukünftige Entgelte, die jemand aus einer Dienstleistungserbringung auftrags der Kommune erwartet, an den Bankpartner verkauft. Basis dieses Modells ist somit ein vorhandener Leistungsvertrag zwischen Kommune und einem Forderungsverkäufer. Der Forderungsverkäufer ist hierbei üblicherweise ein privatwirtschaftliches Unternehmen, oft eine kommunale Eigengesellschaft oder ein Kooperationsunternehmen in der Rechtsform einer GmbH. Folgende Grundvoraussetzungen müssen vorliegen, um diese Finanzierungsalternative in Betracht ziehen zu können:

Es existiert ein langfristiger Leistungsvertrag zwischen dem Forderungsverkäufer und dem kommunalen Auftraggeber.
Im Leistungsvertrag müssen langfristige, fixe Mindestentgel-

te definiert sein. Das Mindestentgelt (z.B. eine Jahrespauschale) muss so hoch sein, dass es dem Jahresschuldendienst für ein entsprechendes Finanzierungsvolumen entspricht.

Der Forderungskaufvertrag muss mit den Sicherungsabreden (Einwendungs- und Einredeverzicht) und dem Leistungsvertrag rechtsaufsichtlich genehmigt werden (nach manchen Gemeindeordnungen reicht auch die Anzeige an die Kommunalaufsicht aus).

Ausschluss des Betreiberrisikos führt zu kommunalnahen Konditionen

Bei der kommunalen Entgeltforfaitierung werden auf der Grundlage eines Leistungsvertrags mit einem kommunalen Partner die zukünftigen Forderungen im Rahmen der Vertragslaufzeit an die Bank verkauft. Der Forderungsankauf erfolgt regresslos, d. h. ohne Rückhaftung des Forderungskäufers für

die Bonität des Forderungsschuldners. Der Kaufpreis entspricht dem abdiskontierten Barwert der Forderungen im Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Durch diesen Kaufpreis deckt der Forderungsverkäufer seinen Finanzierungsbedarf für anstehende Investitionstätigkeiten.

Kommunalnahe Konditionen können bei einer Forfaitierung aber nur dann angewandt werden, wenn entsprechend der „Grundsatz-I-Vorgabe“ des BaFin der Kredit nicht mit Eigenkapital der Bank zu unterlegen ist. Der Forderungsverkäufer haftet für die Entstehung der verkauften Forderung („Veritätshaftung“). Erst durch Absicherung der Bank gegenüber diesem Betreiberisiko erreicht man daher eine Sachlage, die es der Bank ermöglicht, eine solche Finanzierung zu den günstigen Kommunalkreditbedingungen herauszu-reichen.

Ergänzungsvereinbarung

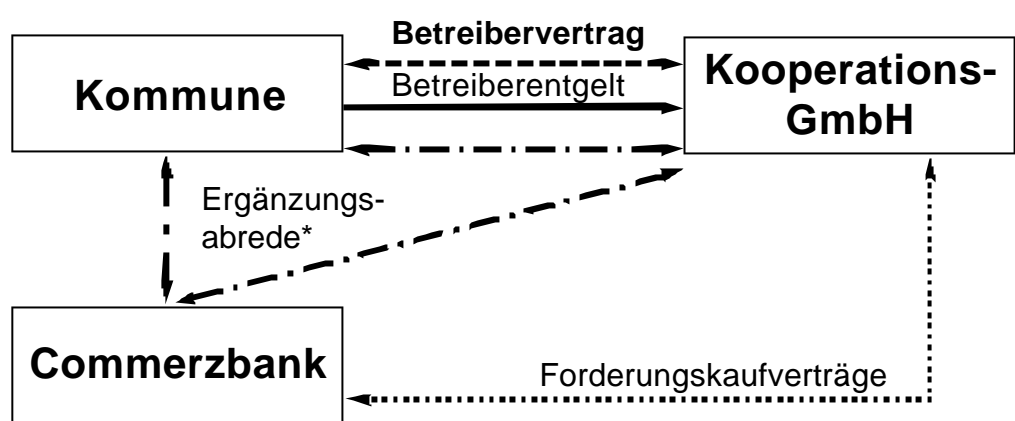
In der Regel erfolgt die Absicherung gegen das Betreiberisiko über eine Ergänzungsvereinbarung. Dort wird definiert, dass die verkauften Entgelte während der Vertragslaufzeit durch die Gebietskörperschaft einwendungs- und einredetfrei gezahlt werden. Für jeden Fall der Vertragsbeendigung übernimmt die Gebietskörperschaft die Pflichten des Betreibers aus dem Forderungskaufvertrag. Regelungen für den Fall der ordentlichen/

außerordentlichen Leistungsvertragsbeendigung sind in der Regel so gestaltet, dass der kommunale Partner bei Vertragsbeendigung das Betriebsvermögen für die weitere Erfüllung der Aufgabe übernimmt. Die dann dem privaten Betreiber zu zahlende Entschädigung wird mindestens dessen Finanzierungsrestverbindlichkeiten decken.

Vorteile der Konzeption

Ein Implementieren der Forfaitierung ist durch Ausnutzen vorhandener Vertragsbeziehungen einfach. Durch kommunale Konditionierung kann das eingebundene Unternehmen erhebliche Zinskosten sparen, die sich wiederum in ernässigten Entgeltansprüchen an den kommunalen Partner widerspiegeln. Die Kommune wiederum kann diesen Kostenvorteil durch Gebührenentlastungen an die Bürger bzw. Nutzer weiterreichen. Zusätzlich lässt sich das Modell

Struktur der Entgeltforfaitierung



* Inhalt der Ergänzungsabrede: Das angekaufte Entgelt wird während der Vertragslaufzeit von der Kommune einwendungs- und einredetfrei gezahlt; bei jedem Fall der Vertragsbeendigung übernimmt die Kommune die Pflichten des Betreibers aus dem Forderungskaufvertrag.

mit den bekannten Sonderfinanzierungsmitteln wie z.B. KfW oder EIB kombinieren. Zugunsten der größtmöglichen Planungs- und Kalkulationssicherheit bietet ggf. auch ein Derivateeinbau zur Zinssicherung und Liquiditätssteuerung zusätzliche Finanzierungsvorteile. Last but not least kann der Forderungsverkäufer eine Gewerbesteuerentlastung durch das Vermeiden von Dauerschuldzinsen im Rahmen einer solchen Finanzierung erreichen.

Kommunalkonditionen

Der bankseitige Ankauf von Leistungsentgelten kann auch Investitionen außerhalb der betroffenen Dienstleistungsbereiche unterstützen. Plant z.B. eine Stadt aus touristischen Gründen den Neubau eines Freizeitbades und wünscht eine Finanzierung durch die eigene Stadtwerke GmbH, könnte dieses Modell zu Kommunalkonditionen der Fi-

nanzierung führen. Da die Stadtwerke häufig kommunale Infrastrukturleistungen erbringen (Strom-, Gas-, Wasserversorgung, Strassenbeleuchtung usw.) könnte man den hieraus fließenden Dienstleistungsentgeltstrom für ein Forfaitierungsmodell einsetzen. Ggf. sind die Versorgungsgrundverträge um eine fixe Mindestentgeltgröße zu ergänzen. Der Verkauf dieser Mindestentgelte generiert sodann über den Kaufpreis die notwendige Liquidität, die dann zu Investitionszwecken eingesetzt werden kann.

¹Der Autor ist Abteilungsleiter bei der Commerzbank AG Frankfurt im Zentralen Geschäftsfeld Corporate Banking, Zielkundenvertrieb Öffentlicher Sektor (s.wedel@commerzbank.com).

Wachstumsbremse öffentliche Sektor

In ihrer Reihe 'Aktuelle Themen' hat die Deutsche Bank zum Thema „Wachstumsbremse öffentlicher Sektor“ einen Beitrag im Internet veröffentlicht.

In den vergangenen Jahren hat Deutschland als Wachstumsschluslicht der EWU einen zweifelhaften Ruhm erlangt. Insbesondere die hohen staatlichen Ausgaben bremsen das Wachstum. Überhöhter Staatskonsum und leistungshemmende Transfers an falscher Stelle führen stetig weiter in die Misere. Um Wachstum zu fördern, müssen Subventionen, Sozialtransfers und Personalausgaben kräftig zurückgeführt werden. Zudem muss die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürgerinnen und Bürger gesenkt werden. <http://www.dbresearch.de>

Kanzlei Rödl & Partner:

Bröckelndes Image

Der Nürnberger Wirtschaftsprüfer Bernd Rödl galt lange Zeit als Saubermann in der Branche. Seine Forderungen zur Verbesserung der Kontrollen gingen deutlich weiter als die von Kollegen. Doch jetzt gerät die nach eigenen Angaben weltweit zweitgrößte Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Rödl & Partner selbst unter Beschuss, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet. Die Vorwürfe stammen unter anderem von Bruno Kübler, dem Insolvenzverwalter der in Oberfranken sitzenden SMP („Sparen mit Plan“).

Die beiden Gesellschafter der SMP-Gruppe, einem Konglomerat verschiedener Firmen, sitzen derzeit in Untersuchungshaft; die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betrugs und Untreue. Mit dubiosen Finanzgeschäften soll die SMP rund 15.000 Kleinanleger vornehmlich im nordbayerischen Raum um insgesamt mehr als 120 Millionen Euro gebracht haben. Wirtschaftsprüfer war über Jahre die in Plauen sitzende Zweigniederlassung von Rödl & Partner.

Sowohl die SMP AG als auch die SMP GmbH mussten im September vergangenen Jahres Insolvenzantrag stellen. Der in der Unternehmenszeitschrift veröffentlichte Depotwert sei seit Juni 2000 „signifikant“ vom tatsächlichen Depotwert abgewichen, schreibt Kübler in seinem gerade fertiggestellten Gutachten. Im vergangenen Jahr nun wurde Rödl & Partner von der SMP beauftragt, die Vorgänge aufzuarbeiten, die zur Schiefelage des Unternehmens geführt hatten. Wie aus einem Schreiben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, die der SZ vorliegt, hervorgeht, könne der vorliegende Bericht nicht als berufsüblich bezeichnet werden. Es solle Schreiben geben, aus denen hervorgeht, dass die Plauener Niederlassung von Rödl sowohl mit der Erstellung als auch mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2000 beauftragt war. Laut Handelsgesetzbuch ist dies jedoch verboten, weil die Kanzlei in diesem Fall ihre eigene Arbeit prüft.

Die Beziehungen zur SMP-Gruppe scheinen ohnehin noch weit vielfältiger zu sein. So beschuldigt Insolvenzverwalter Kübler Rödl & Partner, dass Kanzlei-Mitarbeiter auch in die Struktur der SMP-Gruppe eingebunden waren. Zudem hätten einzelne Berater von Rödl & Partner zeitweise Anteile an einer der SMP-Gesellschaften besessen. Für Matthias Struwe, Leiter der Unternehmenskommunikation bei Rödl & Partner, sind diese Vorwürfe freilich haltlos. Mit der Kündigung des Beratungsverhältnisses im Juli 2002 habe die Gesellschaft weiteren Schaden von bestehenden und künftigen Anlegern abgewendet. Zu keinem Zeitpunkt sei die Kanzlei in ihrer Unabhängigkeit als Abschlussprüfer der SMP GmbH beeinträchtigt gewesen.

Unterdessen hat der Tübinger Rechtsanwalt Heinz Steinhübel angekündigt, die Ansprüche mehrerer Anleger zu bündeln und in einer Art Sammelklage von Rödl & Partner Schadensersatz zu verlangen. Bei Rödl sieht man der Klage nach eigenen Angaben „gelassen entgegen“.

DK

Beckstein und Faltlhauser fordern bundesweite Gemeindefinanzreform:

Finanzmisere der Städte und Gemeinden beheben

Staatsregierung will Kommunen „vor Risiken schützen“

Der Ministerrat beschloss auf Vorschlag von Innenminister Günther Beckstein eine Änderung des kommunalen Haushaltsrechts. Mit dem Gesetzentwurf will die Staatsregierung „die Kommunen vor Risiken mit problematischen Finanzierungsmodellen wie Cross-Border-Transaktionen oder Sale-and-Lease-back-Geschäften bewahren“.

Für entscheidend hält Beckstein aber, dass den Kommunen endlich über eine solide Gemeinde-Finanzreform auf Bundesebene wieder eine tragfähige finanzielle Grundlage verschafft wird. Der Innenminister äußerte Verständnis dafür, dass sich die Kommunen wegen ihrer knappen Finanzmittel um innovative Finanzierungsinstrumente bemühen. Modelle, die vor allem von der privaten Wirtschaft zur Realisierung von Steuervorteilen entwickelt wurden, eignen sich nach seinen Worten aber nicht für Kommunen, wenn sie zu unkalkulierbaren Risiken führen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht hingenommen werden dürfen.

Finanzminister Kurt Faltlhauser kündigte Initiativen Bayerns für eine bundesweite Gemeindefinanzreform und für ein bundesweites Verbot von riskanten Steuerkonstruktionen bei den Gemeinden an. Der Bundesfinanzminister müsse endlich die ständig auf die lange Bank geschobene Gemeindefinanzreform anpacken.

Der Ministerrat beschloss weiter einen Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des kommunalen Unternehmensrechts. Bisher können Kommunalunternehmen, von denen es in Bayern mittlerweile rund 50 gibt, nur einen Träger haben; die Zusam-

stimmung soll nicht nur für Neugründungen zur Verfügung stehen, vielmehr bietet das Gesetz auch die Möglichkeit, bestehende Kommunalunternehmen zusammenzuschließen oder Zweckverbände mit Kommunalunternehmen oder auch kommunale Gesellschaften in die neue Rechtsform umzuwandeln. Insgesamt soll das gemeinsame Kommunalunternehmen ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung und Kosteneinsparung sein. Das Innenministerium plant eine Verbandsanhörung.

Stiftung soll Theater an der Rott sichern

Der Spielbetrieb des Theaters an der Rott soll durch die Einrichtung einer Stiftung dauerhaft sichergestellt werden. Der Landkreis Rottal-Inn beauftragte die RegionalKonzept GmbH aus Nürnberg mit der Entwicklung eines Stiftungsmodells, das die Kommune finanziell entlasten soll.

Grundlage dieses Modells bildet die von RegionalKonzept ins Leben gerufene Idee einer Publikumsstiftung. Ziel ist, das Theater an der Rott mit seiner in Deutschland einzigartigen Stellung als landkreiseigenes Theater in seinem Bestand dauerhaft zu erhalten. Gleichzeitig soll das Theater als wichtige Kultureinrichtung des Landkreises in der Bevölkerung verankert werden.

Künstlerische Aktivitäten fördern

Zweck des „KulturStiftungsfonds Rottal-Inn“ ist die Förderung kultureller und künstlerischer Aktivitäten im Landkreis Rottal-Inn. Die Sicherung des Spielbetriebs des Theaters an der Rott stellt jetzt das erste Projekt des KulturStiftungsfonds Rottal-Inn dar.

Mit Hilfe der von RegionalKonzept entwickelten Publikumsstiftung ist es möglich, privates Vermögen für gemeinnüt-

zige Zwecke zu mobilisieren. Gerade in einer von Krisen geprägten Zeit versucht RegionalKonzept, potentiellen Stiftern einen Weg zu zeigen, wie sie ihrer Region dort helfen können, wo die öffentliche Hand ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann.

Die von RegionalKonzept entwickelten Modelle funktionieren, weil nicht nur gemeinnützige Investitionen, wie z.B. das Theater an der Rott, unterstützt werden können, sondern der Stifter auch eine attraktive Versorgung erhält.

Der Clou der Stiftung

Der Clou der Publikumsstiftung ist erst durch das reformierte Stiftungsrecht interessant geworden: Ein privater Stifter zahlt sein Geld in eine Stiftung ein. Diese Einlage ist zu 100 Prozent steuerlich abzugsfähig. Sie wird von der DT Deutsche Stiftungstreuhand AG konservativ angelegt und erzielt steu-

erfreie Erträge. Während ein Drittel der Erträge zum Stifter zurückfließt, erhöht ein Drittel das Stiftungsvermögen. Mit dem restlichen Drittel der Erträge werden gemeinnützige Projekte von öffentlichem Interesse unterstützt.

RegionalKonzept GmbH

Die RegionalKonzept GmbH wurde 2001 von Dieter Weisner und Dieter Christoph, zwei Ex-

perten auf dem Gebiet der Stiftungen, gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Beratung und Betreuung, insbesondere der öffentlichen Hand, gemeinnütziger Organisationen und Einrichtungen.

Profilierter Ideenentwickler

Als Ideenentwickler für Finanzierungskonzepte gemeinnütziger Vorhaben hat sich die RegionalKonzept GmbH in Franken schon einen Namen gemacht. Die Volkshochschule in Fürth war das erste erprobte und bundesweit einzigartige Modell einer Bürgerbeteiligung. <

Bayerischer Gemeindetag:

Was muss noch geschehen, damit der Bund handelt?

Dr. Brandl: Beispiel der Gemeinde Fürstenstein zeigt, wie verzweifelt einzelne Gemeinden schon sind

„Die Gemeinden befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Aufgrund wachsender Einnahmen und steigender Ausgaben werden immer mehr Kommunen handlungsunfähig. An allen Ecken und Enden fehlt das Geld. Schulen verrotten, Büchereien werden geschlossen, Straßen und Wege können nicht mehr repariert werden. Die kommunalen Investitionen stürzen weiter ab. Es ist bereits fünf nach zwölf“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, auf der Präsidiumssitzung des Verbands in München.

„Das Beispiel der Gemeinde Fürstenstein zeigt, wie verzweifelt einzelne Gemeinden sind. Ich habe große Sympathie dafür, dass mit spektakulären Aktionen Zeichen gesetzt werden sollen. Der Bund muss endlich handeln.“ Brandl forderte die Bundesregierung auf,

- < ein kommunales Investitionsprogramm von mindestens 10 Milliarden Euro aufzulegen,
- < die Gewerbesteuerumlage sofort auf das ursprüngliche Niveau zu senken, am besten aber gleich abzuschaffen,
- < mit den Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen den Fonds Deutsche Einheit zu tilgen und
- < die Umlagenbelastung der Kommunen zu senken (z.B. Solidarumlage).

Die Gemeinde Fürstenstein im Landkreis Passau hat angekündigt, Widerspruch gegen die Solidar- und Kreisumlage sowie gegen die Bescheide über die Schlüsselzuweisung und die Einkommensteuer einzulegen. Bürgermeister Stefan Gawlik will ein Zeichen setzen. Seine Kommune kann sich nur noch über Kredite finanzieren. Ein Privatunternehmen hätte in dieser Situation Insolvenz anmelden müssen. <

Bayerische Versorgungskammer:

Vorstandsvorsitzender Luther verabschiedet

„Die Bayerische Versorgungskammer kann sich heute zu Recht als Kompetenzzentrum der berufsständischen und kommunalen Altersversorgung verstehen“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Verabschiedung des Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Versorgungskammer, Gerhard Luther (64), und der Amtseinführung des bisherigen Mitglieds des Vorstandes der Bayerischen Versorgungskammer, Lothar Panzer (55), als neuem Vorstandsvorsitzenden in München.

Laut Beckstein gehört die bayerische Versorgungskammer zu den größten institutionellen Kapitalanlegern. Im Verbund aller Versorgungseinrichtungen zählt sie zu den Top 10 der Lebensversicherungsunternehmen in der Bundesrepublik.

Gerhard Luther trat im November 1967 in den öffentlichen Dienst ein. Nach Stationen bei der Regierung von Oberbayern, der Obersten Baubehörde und dem Landratsamt München war er seit 1976 als Leiter des zuständigen Sachgebiets im Innenministerium, seit 1986 dann als Vizepräsident der Bayerischen Versicherungskammer mit Fragen der Versorgung befasst. Als einer der „Gründerväter“ wurde er Vorstandsvorsitzender der 1995 neugebildeten Versorgungskammer. „In diesen Funktionen hatte er herausragenden Anteil an der erfolgreichen Neugliederung der ehemaligen Bayerischen Versicherungskammer in die Versicherungskammer Bayern und die Bayerische Versorgungskammer. An dem sich daran anschließenden Aufbau und der Neu-

organisation der Bayerischen Versorgungskammer hat er entscheidend mitgewirkt“, so Beckstein. Für seine Verdienste handigte der Minister Gerhard Luther auch das auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber von Bundespräsident Johannes Rau verliehene Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus.

Luthers Nachfolger Lothar Panzer begann seine Tätigkeit bei der Bayerischen Versorgungskammer am 1. November 1997. Wenig später übernahm er die Leitung des Bereichs Apotheker-, Architekten-, Ingenieur- und Rechtsanwaltsversorgung. Seit 1. Januar 2000 ist Panzer Vorstandsmitglied der Versorgungskammer und damit zusätzlich auch für die Bühnen-, Orchester- und Schornsteinfegerversorgung zuständig. Als neues Vorstandsmitglied folgt Panzer der bisherige Bereichsleiter für den Bereich Bühnen-, Orchester- und Schornsteinfegerversorgung, Gerhard Rautkuttis (52) nach. <

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Belastung durch Wechsel des Beitragsmaßstabs für Grundstücksentwässerung

Die meisten Gemeinden haben bereits vor Jahrzehnten in einer Satzung festgelegt, wie der Beitrag für die Grundstücksentwässerung ermittelt werden soll. Mit dem Beitrag wird der Vorteil abgegolten, der den betroffenen Grundstückseigentümern durch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der gemeindlichen Entwässerungsanlage zukommt.

Bei dieser Ausgangslage hat sich der Bayerische Verfassungsgerichtshof in der Entscheidung vom 8.1.2002 - Vf 6 - VII - 00 - mit der Frage befasst, ob eine Gemeinde den Beitragsmaßstab auch für bereits an die Kanalisation angeschlossene Grundstücke ändern darf.

In dem konkreten Fall sollte nicht mehr die vorhandene Geschoßfläche maßgebend sein. Daraus ergaben sich Nachteile für Grundstücke, wo bei der durchgeführten Bebauung nicht die zulässige Geschoßfläche in Anspruch genommen worden war, so dass die vorhandene Geschoßfläche weniger ausmachte. Darauf musste aber bei der Neuregelung des Beitragsmaßstabes nicht Rücksicht genommen werden.

Gestaltungsfreiheit

Ohne weiteres konnte der Eigentümer, dessen tatsächliche Geschoßfläche weit unter der zulässigen Bebauung lag und der nur geringfügig baute, also einem Eigentümer gleichgestellt werden, der die maximale Bebauung ausnutzte. Darin lag aber keine Verletzung des Gleichheitssatzes. Im Bereich des Abgabenrechts gilt ebene weitgehende Gestaltungsfreiheit. Der Ortsgesetzgeber kann entscheiden, welchen Sachverhalt er zum Anknüpfungspunkt einer Regelung macht. Da durch den Beitrag der besondere Vorteil abgegolten werden soll, der mit der gemeindlichen Einrichtung verbunden ist, kann auf die mögliche Inanspruchnahme abgestellt werden.

Beitragsmaßstab ist nicht willkürlich

Der Beitragsmaßstab der zulässigen Geschoßfläche knüpft an eine sachlich einleuchtende Größe an und ist damit nicht willkürlich. Vor allem kann auf der Grundlage der zulässigen Geschoßflächen

die insgesamt mögliche Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung berücksichtigt und die notwendigen Einrichtungsstücke (z.B. Kläranlage und Sammelkanäle) von vornherein ausreichend dimensioniert werden.

Gleiche Behandlung

Wenn sich die Gemeinde im Rahmen ihrer Gestaltungsfreiheit bei einer Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung für den Beitragsmaßstab der zulässigen Geschoßfläche entscheidet und damit an das Maß der zulässigen baulichen Nutzung anknüpft, so werden alle Grundstückseigentümer anhand eines für alle betroffenen gleichen, auf die abstrakte Möglichkeit der Inanspruchnahme der Einrichtung abstellenden Maßstabs gleich behandelt - unabhängig davon, ob das Grundstück bereits bebaut ist oder nicht, oder in welchem Umfang es bebaut ist.

Gleichwertiger Vorteil

Da es sich insoweit, unabhängig von der tatsächlichen Bebauung, um einen gleichwertigen Vorteil handelt, werden diejenigen, die die zulässige Bebauung noch nicht ausschöpfen, nicht ohne sachlich einleuchtenden Grund einbezogen. Diesen Grundstückseigentümern verbleibt nämlich die Möglichkeit, einer späteren weitergehenden Ausschöpfung des Baurechts, ohne dass dann erneut eine Beitragspflicht entsteht.

Aber auch der Wechsel des Beitragsmaßstabes von der tatsächlichen zur zulässigen Geschoßfläche führt nicht zu einer Ungleichbehandlung derjenigen Grundstückseigentümer, für die bereits zuvor eine Beitragspflicht begründet worden war.

Insbesondere gilt dies, wenn die Nacherhebung nur durchgeführt wird, sobald die zulässige Geschoßfläche ausgenutzt wird. Dr. tt

Verunstaltung des Landschaftsbildes durch Windenergieanlage

Als ein Landwirt auf seiner im Außenbereich gelegenen Hofstelle eine Windenergieanlage errichten wollte, stellte er einen entsprechenden Bauantrag. Jedoch ist nach § 35 Abs. 3 Baugesetzbuch ein Außenbereichsvorhaben unzulässig, wenn das Vorhaben das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet.

Vorhaben im Sinne dieser Vorschrift ist die bauliche Anlage in ihrer durch die Nutzung bestimmten Funktion. Insoweit bilden der Baukörper und der Nutzungszweck eine Einheit. Sie verleiht dem Vorhaben seine prägende Gestalt. Gegenstand der Beurteilung und Genehmigung ist deshalb die Bau-substanz und ihre vorgesehene Nutzung.

Ästhetischer Eindruck

Diese umfassende rechtliche Betrachtungsweise ist auch dann geboten, wenn es zu klären gilt, ob eine Windkraftanlage dem Orts- und Landschaftsbild in ästhetischer Hinsicht grob unangemessen ist

und auch von einem für ästhetische Eindrücke offenen Betrachter als belastend empfunden wird. So konnte bei der wertenden Einschätzung die anlagentypischen Drehbewegungen der Rotorblätter als Blickfang nicht außer Betracht bleiben.

Genehmigung versagt

Nach dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. X. 2001 - 4 B 69/01 - steht die Zulässigkeit von Windkraftanlagen im Außenbereich unter dem Vorbehalt, dass die Anlage das Orts- und Landschaftsbild im Einzelfall nicht verunstaltet. Dies war aber der Fall, so dass die Baugenehmigung versagt werden konnte. Dr. O.

Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgaben:

Neuer Difu-Beiträgeband

Mit den Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen in der Politik der EU und des Bundes werden Aufgaben, die traditionell in der Verantwortung der öffentlichen Hand lagen, zusehends dem Wettbewerb geöffnet. Ein wesentlicher Schlüssel hierzu ist das europäische Vergaberecht.

Es verpflichtet die öffentlichen Auftraggeber bei bestimmten Aufträgen zu europaweiten Ausschreibungen. Jedoch verändern nicht nur die europäischen Rahmenseitungen dauerhaft die Bedingungen bisher öffentlicher Leistungserbringung. Auch die angespannte Haushaltslage der Kommunen stellt die Art und Weise der öffentlichen Aufgabenerfüllung mehr und mehr zur Disposition. In der Folge gehen Kommunen zunehmend dazu über, Anteile kommunaler Betriebe an Private zu veräußern.

Ökonomische Rationalität

Sowohl die Bestrebungen der allgemeinen Marktöffnung als auch die Debatte um die Zukunft der Kommunalwirtschaft folgen einer überwiegend ökonomisch begründeten Rationalität. Soziale und umweltpolitische Belange werden regelmäßig ausgeblendet - in der politischen Debatte wie im wissenschaftlichen Diskurs.

In dem neuen Beiträge-Band des Deutschen Instituts für Urbanistik wird die Diskussion um Befunde und Thesen zu den so-

zialen und ökologischen Auswirkungen erweitert: zum einen sektorbezogen (etwa Wasserversorgung, ÖPNV), zum anderen sektorübergreifend unter wirtschafts-, finanz- und politikwissenschaftlichen Blickwinkeln.

Zentrale Fragen

Im Mittelpunkt stehen die Fragen: Wie lassen sich unter dem veränderten institutionellen Arrangement von Kommunen, Privatwirtschaft und Bürgerschaft Gemeinwohlbelange wie der Umweltschutz durchsetzen? Welche Steuerungsinstrumente und -potenziale sollten dem Staat und gerade der kommunalen Ebene verbleiben?

Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung Soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs Hrsg. von Jens Libbe, Stephan Tomerius und Jan Hendrik Trapp 2002, 260 S., 5 Abb., 7 Tab., 6 Übers. Euro 28,- Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 37 ISBN 3-88118-333-7. <

Sparkassen und LBS verändern ihre Anteile

Die bayerischen Sparkassen und die LBS Bayerische Landesbausparkasse haben zum 1. Januar 2003 ihre Zusammenarbeit im Immobiliengeschäft neu geordnet. Die Gesellschafteranteile in der gemeinsamen Tochter Bayerische Landes-Immobilien-Vermittlungs-GmbH & Co. KG wurden den realen Anteilen am Umsatz der „Landesimmo“ angepasst.

Die Sparkassen liegen hier bei 80 Prozent, der LBS-Ausendienst bei zehn Prozent. Auf der Basis dieser Vermittlungsstruktur hat der Sparkassenverband Bayern, der die Anteile der bayerischen Sparkassen treuhänderisch verwaltet, nun 85 Prozent der Gesellschaft übernommen, der LBS verbleiben 15 Prozent.

Bisher hielt die LBS mit 51

Prozent die Mehrheit, die Sparkassen besaßen 49 Prozent der Anteile.

Mit der veränderten Gesellschafterstruktur hat das Unternehmen, das in Bayern Marktführer in der Vermittlung von Immobilien ist, auch seinen Namen gewechselt. Es firmiert künftig unter Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH & Co. KG. <

Die BAU gewinnt international weiter an Bedeutung

Über neun Prozent Zuwachs bei ausländischen Besuchern
Lob für Internationalität und Qualität der Fachbesucher

Die BAU hat international weiter an Bedeutung gewonnen. Während der sechs Messtage vom 13. bis 18. Januar kamen über 30.000 ausländische Besucher aus mehr als 100 Ländern (2001: 90 Länder) nach München, um sich über die neuesten Trends und Innovationen der europäischen Bauwirtschaft zu informieren. Die Zahl der ausländischen Besucher ist damit nochmals um mehr als neun Prozent angestiegen. Deutlich erhöht hat sich insbesondere die Zahl der außereuropäischen Besucher.

Erhebliche Zuwächse gab es unter anderem aus China, Japan, den USA, Israel, der Türkei und Russland. Die Türkei kletterte im Ranking der Top-Besucherkategorien bis auf Rang vier. Weniger Besucher kamen dagegen aus Österreich, Italien und der Schweiz - in diesen Ländern befindet sich die Bauwirtschaft, ähnlich wie in Deutschland, in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage.

Rund 180.000 Fachbesucher

Bedingt durch die bereits seit Jahren anhaltende schwache Baukonjunktur in Deutschland ist die Zahl der deutschen Fachbesucher zurückgegangen, allerdings weniger stark als befürchtet werden musste. Die Qualität der Fachbesucher und insbesondere der Entscheider ist jedoch gestiegen und die Anzahl der besuchenden Unternehmen aus Deutschland nur geringfügig gesunken. Mit insgesamt rund 180.000 Fachbesuchern (-8% zur BAU 2001) ist daher der Besuch in der gegenwärtigen Lage erfreulicherweise als relativ stabil zu bewerten.

Gute Stimmung

Die Stimmung in den Messhallen war durchweg gut, obwohl viele Aussteller angesichts der schwierigen Lage auf dem deutschen Markt mit eher gedämpften Erwartungen zur BAU gekommen waren. Für die gute Stimmung sorgten insbesondere die vielen ausländischen Gäste sowie die durchweg hohe Qualität der Fachbesucher, die ganz gezielt das Gespräch mit den Ausstellern

suchten. So konnten einige Unternehmen sogar mehr Geschäftskontakte verbuchen als noch vor zwei Jahren. Die hohe Zahl der ausländischen Besucher weckte positive Erwartungen in das Auslandsgeschäft, während die Binnennachfrage von den Ausstellern weiter pessimistisch beurteilt wurde.

Besucherbefragung

Dass Internationalität und Qualität der Fachbesucher positiv vermerkt wurden, kommt auch in der von NFO Infratest durchgeführten Aussteller- und Besucherbefragung zum Ausdruck. 67% der Aussteller, 8% mehr als vor zwei Jahren, beurteilten die Internationalität der Besucher mit „ausgezeichnet bis gut“. Die Besucherbefragung ergab außerdem, dass der Anteil der Entscheider noch einmal deutlich von 85 auf 91 Prozent angestiegen ist - auch das spricht für die Qualität der Besucher. Fast alle Besucher (98%) waren Fachbesucher, die gezielt Gespräche und Kontakte suchten.

Aussteller zufrieden mit Messeverlauf

Die Vielzahl der Kontaktgespräche mit qualifizierten Fachbesuchern sowie die guten Kontakte zu ausländischen Besuchern führten dazu, dass sich die überwiegende Mehrheit der Aussteller trotz der schwachen Binnenkonjunktur zufrieden mit dem Messeverlauf zeigte. Mehr als 70% der Aussteller erklärten, neue Geschäftsbeziehungen geknüpft und Folgegeschäfte vorbereitet zu haben. 84% nutz-

ten die Messe, um bestehende Geschäftsbeziehungen zu pflegen. 79% der Aussteller, etwa eben so viele wie vor zwei Jahren, bestätigten den Führungs-

anspruch der BAU als Leitmesse der internationalen Baustoffbranche. Neben der Internationalität und der Qualität der Besucher wurde dabei besonders die Qualität des Ausstellerservi-

Neuer Bundesverband BSBD:

Gegen unlauteren Wettbewerb der öffentlichen Hand

Angesichts leerer Kassen betätigt sich die öffentliche Hand zunehmend wirtschaftlich auf Gebieten, die bereits von privaten Unternehmen hinreichend besetzt sind. Hauptsächlich sind dies Dienstleistungen wie Immobilienhandel, Unternehmensberatung, Seminarveranstaltungen, Subventionsberatung und alle Formen der Wirtschaftsförderung. Aber auch 'handfeste' handwerkliche Tätigkeiten wie Grünflächenbearbeitung, Reparaturservices aller Art oder Elektroarbeiten - von den „Klassikern“ wie Abfallbeseitigung, Abwasser- und Energieversorgung ganz zu schweigen - werden von öffentlichen Betrieben angeboten.

Unter dem Deckmantel angeblicher „Daseinsvorsorge“ drängen sie bestehende Privatunternehmen ins Abseits und betreiben damit einen ruinösen, unlauteren Wettbewerb.

Deckmantel „Wirtschaftsinitiative“

Selbst die „Hüter von Sitte und Anstand im Wirtschaftsleben“, die IHK'n und HWK'n, als Körperschaften öffentlichen Rechtes, mischen hier kräftig mit. Von Flensburg bis Rosenheim sind sie unter dem Deckmantel „Wirtschaftsinitiative“ an allen möglichen Strukturen direkt oder indirekt beteiligt. Obwohl Dienstleistungen wie die Förderung einer Wirtschaftsregion zum alleinigen gesetzlichen Auftrag von Wirtschaftskammern gehören, werden sie zusätzlich noch - mit dem Segen der Wirtschaftskammern - von x-beliebigen Wirtschaftsförderungsinstitutionen angeboten. Es gibt Regionen, wo mehr Wirtschaftsförderer als Existenzgründer oder Jungunternehmer existieren.

Leistungsangebote in dieser Form rechtlich nicht haltbar

Derartige öffentliche Leistungsangebote in mehrfacher Form und in der angebotenen Tiefe sind rechtlich nicht haltbar. Zudem werden Steuergelder in Milliardenhöhe - z.T. auch in Form von Subventionen - verschwendet. Die privaten Anbieter solcher Leistun-

ces und das erheblich erweiterte Rahmenprogramm hervorgehoben. Unter den einzelnen Ausstellungsbereichen schätzten die Aussteller das Angebot in den Bereichen Ziegel/Dachziegel, Steine/Erden, Glas/Glasbaustoffe sowie Bauchemie/Putze/Farben als besonders gut ein.

Sonderschauen und Innovation-Points als Informationsplattformen

Mit zahlreichen Sonderschauen sowie mit den erstmals eingerichteten Innovation-Points stärkte die BAU ihr Profil als Informations- und Kommunikationsplattform. Auf der Sonderschau CERAMICA in Halle A5 gab es ein täglich wechselndes Programm aus Produkt-Präsentationen und Vorträgen der italienischen, spanischen und deutschen Fliesenhersteller. Die erstmals veranstaltete Sonderschau zum Thema „Intelligente Gebäudehüllen“ zog insbesondere Architekten an.

Als Besuchermagneten erwiesen sich erneut die GlasKon, auf der die neuesten Produkte rund um das innovative Bauen mit Glas präsentiert wurden sowie die Sonderschau „Computer am BAU“. Der parallel zur Sonderschau stattfindende GlasKon-Kongress war ebenfalls gut besucht. Gut angenommen wurden auch die neuen Innovation-Points, an denen sich die Besucher einen ersten Überblick über die Innovationen der Aussteller verschaffen konnten.

gen, die mengenmäßig und qualitativ hinreichend zur Verfügung stehen, werden im Wettbewerb benachteiligt oder sogar ruiniert. Gleichzeitig wundert man sich dann über die zunehmend hohe Arbeitslosigkeit.

Warnungen vor Misswirtschaft

Seit Jahren gibt es sowohl seitens aller politischen Parteien als auch von Verbänden (z.B. Bund der Steuerzahler) Hinweise und Warnungen vor einer solchen Misswirtschaft. Bis auf das Anprangern solcher Missstände („BdSt-Schwarzbuch“), geschieht jedoch nichts.

Die Sünder aufspüren

Mit der Gründung des „BSBD Bundesverband Selbstständige Berater und Dienstleister e.V.“ am 30. Januar dieses Jahres in Moers bei Duisburg soll sich das jetzt ändern. Über eine intensive Regionalisierung über Landes- und Kreisgeschäftsführer sollen Wettbewerbs- und Steuergeldsünder der öffentlichen Hand systematisch aufgespürt, abgemahnt und bei Erfolglosigkeit dieser Maßnahmen letzten Endes verklagt werden. Dafür sucht der BSBD in ganz Deutschland noch weitere Landes- und Kreisgeschäftsführer.

Neben dieser juristischen „Marktbereinigungskomponente“ bietet der BSBD noch ein umfangreiches Servicepaket für seine Mitglieder an.

Preise für herausragende bayerische Holzbauten

München - Bauen mit Holz liegt in Bayern voll im Trend. Fünf besonders gelungene Objekte hat Forstminister Josef Miller auf der Messe Bau 2003 in München mit dem Holzbaupreis ausgezeichnet: zwei Einfamilienhäuser in Gleißenberg (Lkr. Cham) und Fürth, eine Reihenhausanlage in Ingolstadt, einen Musiksaal in Thannhausen (Lkr. Günzburg) und die Kantine eines Ausbildungszentrums in Starnberg. Der Preis ist mit jeweils 1.000 Euro dotiert. Elf weitere der 109 eingereichten Objekte erhielten eine Anerkennung.

Die Beispiele zeigen nach den Worten des Ministers eindrucksvoll, welche gestalterische Vielfalt beim Bauen mit Holz möglich ist. Holz sei wegen seiner hervorragenden technischen Eigenschaften und unschlagbaren Ökobilanz der Universalbaustoff schlechthin. Ein Kubikmeter Holz entzieht beim Wachsen der Atmosphäre eine Tonne des Treibhausgases Kohlendioxid. „Wer ein Holz-Haus baut, leistet einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz“, sagte Miller. Holz stehe in ausreichender Menge zur Verfügung. So wachse in den bayerischen Wäldern deutlich mehr nach, als genutzt wird. Darüber hinaus helfe die Verwendung von Holz den 500.000 Waldbesitzern in Bayern. „Sie sind auf ausreichende Einnahmen aus dem Holzverkauf angewiesen, um die Pflege ihrer Wälder finanzieren zu können“, so Miller.

„Buchbinder Wanninger lebt“

Deutsche Bahn AG in der Kritik

Mindelheim (dok): Deutliche Worte fanden der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Hans Spitzner, und Bürgermeister Dr. Stephan Winter hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG. Der Kommunalpolitiker nutzte einen Besuch des Staatssekretärs, um diesem die Planungen für den Um- bzw. Ausbau des Mindelheimer Bahnhofs vorzustellen.

Wie viele andere Bahnhöfe in der Region entspricht auch der Mindelheimer Bahnhof nicht mehr dem neuesten Standard. Vor allem die Tatsache, dass die Reisenden immer noch über die Gleise zu den Zügen laufen müssen, birgt ein sehr hohes Gefahrenpotenzial. Aus diesem Grund hat die Stadt schon länger konkrete Pläne für die Neugestaltung des gesamten Bahnhofareals gemacht und die dazu erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet. Es ist nun Sache der Bahn, die Projekte schnellstmöglich zu realisieren.

Wo der Hund begraben liegt

Doch genau daran hakt die Angelegenheit. Wie Bürgermeister Winter beklagt, sei es fast unmöglich, einen verantwortlichen Ansprechpartner bei der Bahn zu erreichen, niemand sei zuständig, und wenn man endlich einen gefunden habe, sei dieser beim nächsten Gespräch schon nicht mehr mit der Sache befasst und nicht mehr zu sprechen. Dem stimmte der Staatssekretär zu, er selbst habe die Erfahrung gemacht, dass es bei der Bahn zugehe wie beim legendären „Buchbinder Wanninger“. „Ich verklage jeden, der sagt, der Wanninger sei tot - er lebt bei der Deutschen Bahn“, so Spitzner. Dabei sollte es doch gerade im Interesse der Bahn liegen, diese so attraktiv

wie möglich zu gestalten, um den Verkehr vermehrt auf die Schiene zu bringen. Er versprach, sich für die Wünsche Mindelheims bei der Bahn einzusetzen und die Vorhaben zu unterstützen.

Bezirkstag Mittelfranken:

Prüfung neuer Finanzierungsmodelle

Der Bezirk Mittelfranken prüft auf Antrag der CSU neue Finanzierungsmodelle für die Sanierung von Schulgebäuden. Die CSU-Bezirkstagsfraktion hatte einen entsprechenden Vorschlag des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Franz J. Schmidhammer aufgegriffen und im Bezirkstag eine Mehrheit für diesen Antrag gefunden. Angesichts der prekären Haushaltssituation in den öffentlichen Kassen und den absehbaren Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den Bezirksschulen soll geprüft werden, ob mit einem „Betreibermodell“ oder anderen Finanzierungsmöglichkeiten diese Umbaumaßnahmen günstiger für die öffentlichen Haushalte finanziert werden können. Dabei dürfen aber keine staatlichen Zuschüsse verloren gehen und die Rechtsaufsicht muss mit diesen Maßnahmen einverstanden sein.

Keine Abstriche bei der Dorferneuerung

Landwirtschaftsminister Miller sichert
Gemeindetag Unterstützung zu

Bei Dorferneuerung und Flurneueordnung werden die Gemeinden weiter auf hohem Niveau unterstützt. Das versicherte Landwirtschaftsminister Josef Miller dem neuen Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, bei ihrem ersten Arbeitstreffen in München.

Trotz der unumgänglichen Einsparungen im Staatshaushalt sei Bayern - im Gegensatz zu anderen Ländern - in der Lage, die notwendige Kofinanzierung zu leisten, um Mittel des Bundes und vor allem der EU für den ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Gerade bei der Dorferneuerung ist es laut Miller möglich, die Förderung in finanzschwachen Gemeinden wieder etwas anzuheben. Investitionen der Kommunen können mit bis zu 60 Prozent, in Ausnahmefällen sogar mit bis zu 65 Prozent gefördert werden. Unter Einbeziehung der viel niedriger geförderten privaten Maßnahmen darf allerdings insgesamt ein Höchstfördersatz von 50 Prozent nicht überschritten werden.

Einig waren sich Miller und Brandl auch in der Beurteilung der Entschädigungen für Landwirte in Wasserschutzgebieten. Ausgleichszahlungen nach dem Kulturlandschaftsprogramm

können dann gewährt werden, wenn sich die Auflagen des Wasserschutzgebietes nicht mit denen des Kulturlandschaftsprogramms überschneiden. Miller: „Doppelförderungen für den gleichen Zweck darf und wird es nicht geben.“

Förderung der Biomasse

Die Nutzung von Biomasse als Energieträger wollen sowohl Landwirtschaftsminister als auch Gemeindetag weiter kräftig unterstützen. Als ideale Projekte sehen Brandl und Miller vor allem kommunale Gebäude wie Schulen, Hallenbäder, Seniorenheime oder Bauhöfe an. Mit dem speziell für Kommunen geschaffenen Förderprogramm für Biomassefeuerungen bis 500 Kilowatt Wärmeleistung (BioKomm) trägt das Landwirtschaftsministerium der Nachfrage nach umweltfreundlicher Wärmeversorgung Rechnung.

Städtebauförderung in Schwaben:

Vorbildliche Immenstädter Stadtsanierung

In den zurückliegenden 25 Jahren konnten in Immenstadt i. Allgäu bedeutende städtebauliche und funktionale Verbesserungen vorgenommen werden. Einem Anliegen der für die Städtebauförderung zuständigen Regierung von Schwaben entsprechend hat die Stadt jetzt die Ergebnisse der Immenstädter Stadtsanierung in einer Foto-Dokumentation zusammenfassen lassen.

„Immenstadt ist noch schöner und liebenswerter geworden“, betont 1. Bürgermeister Gerd Bischoff in einem Vorwort. Dies sei nicht zuletzt mit darauf zurückzuführen, dass bei der Stadtsanierung behutsam vorgegangen wurde. So wurden die Eingriffe in die vorhandene Bausubstanz auf wenige unvermeidliche Einzelfälle beschränkt. Dadurch blieb das lebenswerte Erscheinungsbild der alten Residenzstadt gewahrt.

Leitgedanke Nachhaltigkeit

Laut Regierungspräsident Ludwig Schmid stehen die einzelnen Projekte unter dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit und der Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie. Nicht zuletzt konnten in Immenstadt staatliche Fördergelder des Landes, des Bundes und der Europäischen Union einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen leisten.

Erreichte Sanierungsziele

Wesentliche Sanierungsziele sind im Zeitraum zwischen 1978 und heute erreicht worden: Die historischen Stadtplätze sind heute Mittelpunkt einer der größten Fußgängerzonen des Allgäus. Um sie gruppieren sich weitere, dem Fußgänger und Spaziergänger vorbehaltene Bereiche wie das Umfeld der renovierten Stadtpfarrkirche St. Nikolaus, die ehemaligen Schulhöfe an der Jahnstraße und das Umfeld des früheren Heimatmuseums. Die gesamte Fußgängerzone ist neu gestaltet und dabei zum Teil auch begrünt worden. Neu geschaffene Brunnen erinnern daran, dass erst im 19. Jahrhundert die zentrale Wasserversorgung zwölf

Bamberg:

Kongresszentrum wird komplettiert

Aufschwung für den Tagungsstandort Bamberg: Nach jahrelangen Bemühungen um den Neubau eines Kongresshotels neben der Konzert- und Kongresshalle und den denkmalgeschützten Ziegelbau an der Mußstraße hat die Stadt Bamberg sowohl einen Investor für den Hotelkomplex als auch einen Betreiber für Hotel und Ziegelbau gefunden und am 21. Januar sämtliche Verträge abgeschlossen.

Der Bau des Kongresshotels erfolgt durch die Kommunalprojekt Leipzig GmbH als Investor, der Ziegelbau wird durch die Stadt Bamberg als Tagungsstätte fertiggestellt. Das Kongresshotel, mit dessen Bau im März 2003 begonnen wird, und der Ziegelbau werden dann aus einer Hand von der zur Warsteiner-Gruppe gehörenden Welcome Hotels GmbH betrieben.

Mit Hotel und Ziegelbau wird das von der Stadt angestrebte Kongresszentrum an der Regnitz komplettiert: Es besteht dann aus der 1993 eröffneten Konzert- und Kongresshalle, der durch die Stadtwerke errichteten Tiefgarage (2001) sowie dem neuen Kongresshotel und dem Ziegelbau. In Verbindung mit dem einzigartigen Ambiente des Weltkulturerbes Bamberg soll das Kongresszentrum wesentlich dazu beitragen, den Tagungs- und Kongresstourismus weiter auszubauen. DK

Wasserentnahmestellen abgelöst hat.

Zentrale Plätze verkehrsfrei

Der früher hermetisch abgeschlossene, nur dem Kapuzinerkonvent zugängliche Klostergarten, ist von der Stadt erworben und in einen jedermann zugänglichen Bürgergarten umgestaltet worden. Im Schulhof der ehemaligen sog. „Unteren Schule“ hat ein großer, stark begrünter Kinderspielplatz öde Kiesflächen verdrängt. Zudem wurde der St.-Nikolaus-Platz optisch ansprechend gestaltet. Der Bau der 200 Stellplätze zählenden Tiefgarage „Klostergarten“ war Voraussetzung dafür, dass die zentralen Plätze verkehrsfrei gemacht werden konnten. Die weitere, 1995 fertig gestellte „Bahnhof-Tiefgarage“ im Bräuhausviertel sorgt dafür, dass auch im dortigen Bereich genügend Freiräume zum Verweilen vorhanden sind.

Verbrauchte Bausubstanz

Verbrauchte Bausubstanz zwischen Färber- und Kolpingstraße und im sogenannten Fehrhof wurde durch kleinteilig konzipierte Wohn- und Geschäftshäuser ersetzt.

Nicht mehr genutzte, verbrauchte Bausubstanz im Bräuhaus- und Bahnhofsviertel wurde ebenfalls weggenommen. Sie wurde bzw. wird ersetzt durch neue Wohn- und Geschäftshäuser. Zahlreiche überalterte, aber erhaltenswerte Häuser sind saniert worden. Dabei ist es gelungen, nicht nur die alte Bausubstanz zu erhalten, sondern auch alle Gebäude einer neuen Nutzung zuzuführen.

Nicht wenige Bürger haben ihre Häuser ebenfalls vorbild-

lich saniert. Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen und jahrelangen Beratungen hat der Stadtrat 1986 entschieden, dass im Norden der Stadt eine Umgehungsstraße zu bauen ist, die den mitten durch das Stadtzentrum fließenden Durchgangsverkehr aufnehmen soll.

Stadtspange

Der in der Stadt zwangsläufig verbleibende Ziel- und Quellverkehr wurde aus den im Mittelalter entstandenen engen Straßen und Gassen herausgenommen und auf eine mit den Gleisanlagen der Bahn gebündelte Stadtspange konzentriert. Mit dem Bau dieser Straße wurde im August 1984 begonnen; die Maßnahme wurde im Herbst 2000 mit der Fertigstellung einer Fußgänger-/Radwegeunterführung unter den Gleisanlagen in der Sonthofener Straße voll-

endet. Zudem wurde der Neubau eines Busbahnhofs realisiert.

Darüber hinaus entstanden und entstehen in Bühl mit dem Bau eines kleinen Hafens und eines Erlebnissteiges, dem Ausbau der Uferpromenade sowie der geplanten Errichtung einer Seebühne als Ersatz für den bisherigen, zu klein gewordenen Pavillon - im reizvollen Kontrast zum übrigen, teils unberührten Seeufer - neue touristische Attraktionen, die schon heute von Besuchern wie von Einheimischen gerne in Anspruch genommen werden.

Identität bewahrt

Fazit: Im verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 25 Jahren sind die wichtigsten Sanierungsziele erreicht worden: Immenstadt verfügt heute über eine geschlossene, in weiten Teilen neu geordnete Innenstadt. Diese hat ihre Identität bewahren können. Darauf wohl ist ihre hohe Anziehungskraft zurückzuführen, die sowohl Bürger der Stadt und ihres Umlandes als auch die vielen Gäste erfasst, die jedes Jahr die alte Residenzstadt besuchen. DK

Peter Schmid und Markus Sackmann:

Mehr Geld für Sportstättenbau

Deutliches Signal für Ehrenamt, Kommunen und Baubranche

58 Millionen Euro für den Sportstättenbau sind ein gutes Signal für Investitionen in der Baubranche, Unterstützung der Kommunen in Bayern und für die Förderung des Ehrenamtes. Diese Auffassung vertreten Peter Schmid, der sportpolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und sein Kollege Markus Sackmann, der im Haushaltsarbeitskreis seiner Fraktion für die Sportförderung zuständig ist.

Herausragende Kraftanstrengung

Die CSU-Politiker begrüßten das einmalige Darlehensprogramm als herausragende Kraftanstrengung des Freistaats Bayern. „Dass wir ein solches Programm finanzieren können, obwohl uns die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung so zu schaffen macht, ist alles andere als selbstverständlich“, sagte Sackmann.

Als „deutlich sichtbaren politischen Schwerpunkt für das Ehrenamt und die Förderung des Breitensports“ bezeichnete Schmid das jetzt von Finanzminister Kurt Falthausen vorgestellte Darlehensprogramm. „Gerade denen, die sich freiwillig und mit hohem Zeiteinsatz für die Gemeinschaft engagieren und mit dem Breitensport auch noch eine gesunde Sache fördern, wollen wir unsere Unterstützung geben“, so Schmid.

Attraktive Konditionen

20 Millionen Euro setzt der Freistaat Bayern ein, um damit die Kreditkosten für 58 Millionen Euro Darlehen zu fördern. Die Konditionen sind äußerst attraktiv. So ist das Darlehen zu einem Zinssatz von 1,25 Prozent für 22 Jahre zinsverbilligt zu haben. „Gegenüber der ‚regulären Sportstättenförderung‘ hat der Freistaat hier den Fördersatz sogar von 30 auf 45 Prozent angehoben“, sagte Sackmann. Mit der Belebung der Baukonjunktur werden viele Arbeitsplätze in der schwierigen Baubranche gesichert.

Geplanter Turnhallen-Neubau für Realschule Zirndorf bleibt

Nach eingehenden Beratungen und Gesprächen mit den einzelnen Fraktionen des Kreistags hält der Landkreis - trotz seiner tiefgreifenden finanziellen Probleme - am geplanten Neubau der Turnhalle für die Realschule Zirndorf fest. Dies konnte Landrätin Dr. Gabriele Pauli der Schulleitung der Realschule zusagen.

Somit soll der Bau der Turnhalle im Jahr der staatlichen Zuschussauszahlung beginnen. Konkret bedeutet dies, dass der Landkreis seine Planungen, Genehmigungsverfahren sowie die Vorbereitung der Ausschreibung wie vorgesehen durchführt.

Baubeginn Anfang 2004

Nachdem mit der ersten Rate des staatlichen Zuschusses

im Jahr 2004 gerechnet werden kann, erfolgen Auftragsvergabe und Baubeginn Anfang 2004, so dass die Turnhalle zum Schuljahresbeginn 2005 fertiggestellt sein wird.

„Dies ist eine erfreuliche Nachricht“, äußerte sich Landrätin Gabi Pauli hierzu. „Angesichts unserer Haushaltslage hätte das rund 4,8 Mio Euro teure Projekt auch ganz dem Rotstift zum Opfer fallen können.“

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Streupflicht: Gerichte oft gnadenlos

Schnee und Eis - was von den meisten Kindern heiß ersehnt wird, bedeutet für Erwachsene oft ein Ärgernis. Insbesondere um die Streupflicht wird immer wieder gestritten. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage, wann eigentlich wer zur Räumung von Schnee und Eis verpflichtet ist.

Grundsätzlich gehört es zu den Pflichten des Vermieters, die Wege rund um das Haus von Eis und Schnee zu befreien bzw. abzustreuen. Selbst wenn sich der Mieter durch eine Regelung im Mietvertrag zum Winterdienst verpflichtet hat, trifft den Vermieter noch eine Überwachungs-

Viele Mieter sind der irrigen Auffassung, dass lediglich die Mieter der Erdgeschosswohnungen zur Schneeräumung verpflichtet sind. Ein solches Wohnrechtsrecht besteht nicht. Zur Vermeidung von Haftungsproblemen sollte daher jeder Mieter in seinem Mietvertrag nachlesen, ob gegebenenfalls auch er zur Räumung verpflichtet ist.

Nichts für Langschläfer

Die meisten örtlichen Strassenreinigungssatzungen sind grausam. Auch bei klirrenden Temperaturen muss man schon früh das Bett verlassen. Zwischen sieben (in manchen Orten gar schon ab sechs) und zwanzig Uhr müssen die Gehwege gefahrlos begehbar sein.

Kommt jemand auf einem unzureichend geräumten Gehweg zu Fall, kann er Ansprüche gegenüber dem Hauseigentümer geltend machen. Hat ein streupflichtiger Mieter seine Verpflichtungen vernachlässigt, kann auch er in Anspruch genommen werden.

Für den Hausbesitzer springt gegebenenfalls seine Haus- und Grundstückshaftpflichtversicherung ein. Bei einem selbstbewohnten Einfamilienhaus besteht über die Privathaftpflichtversicherung Versicherungsschutz. Besitzer einer Eigentumswohnung sollten darauf achten, dass der Verwalter für eine Haus- und Grundstückshaftpflichtversicherung des gesamten Objektes gesorgt hat. Versicherungsschutz über die Privathaftpflichtversicherung besteht nämlich in der Regel nicht.

Auch wenn bei dem Winterdienst größtmögliche Sorgfalt

verlangt wird, muss nicht jeder Quadratzentimeter von Schnee und Eis befreit werden.

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 19.01.99 (Aktenzeichen VI ZR 75/98) bedeutet Streupflicht lediglich, dass Wege so weit zu räumen bzw. zu streuen sind, dass sie bei entsprechender Aufmerksamkeit gefahrlos passiert werden können.

Sonderfall Blitzeis

Auch bei Eisregen lassen manche Gerichte Milde walten. Nach einem Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 28.09.99 (Aktenzeichen 2 U 11/99) muss bei anhaltendem Eisregen dann nicht gestreut werden, wenn streuen oder räumen nur zu einer unwesentlichen und vorübergehenden Minderung der Rutschgefahr führt.

Zu einer anderen Auffassung gelangte das Oberlandesgericht Saarbrücken am 14.04.99 (Aktenzeichen 1 U 630/98). Das Gericht bejahte eine Streupflicht bei Sprühregen leichter bis mäßiger Intensität und Minusgraden. Ähnlich urteilte auch das Oberlandesgericht Celle in einem Urteil vom 06.08.97 (Aktenzeichen 9 U 15/97), das im Falle leichten Regens eine Streupflicht bejahte.

Arme Radfahrer

Besonders aufpassen müssen im übrigen Radfahrer. Die Gerichte stellen an die gemeindliche Streu- und Räumpflicht auf Radwegen häufig keine sonderlich großen Anforderungen. Autofahrer werden eindeutig bevorzugt. So verlangte das Oberlandesgericht Celle in einer Entscheidung vom 22.11.2000 (Aktenzeichen 9 U 104/00), dass Radfahrer bei gefährlichen und glatten Stellen vom Rad steigen und zu Fuß gehen müssen. Gnädiger Weise erlaubt das Gericht Radfahrern allerdings, unbefahrte Radwege zu verlassen und auf die geräumte beziehungsweise gestreute Fahrbahn auszuweichen.

Hofer Fassadenwettbewerb eine Erfolgsgeschichte

1973 wurde in Hof der Fassadenwettbewerb unter dem Motto „Eine Stadt bekennt Farbe“ erstmals durchgeführt. Seither hat er sich hervorragend entwickelt und wichtige Impulse für die freundliche Gestaltung der Häuserfassaden gegeben. Die Zahlen belegen es: 332 Auszeichnungen wurden im Laufe der Jahre vergeben, die aus insgesamt 2113 Einreichungen ausgewählt wurden. Insgesamt konnten Preisgelder in einer Gesamthöhe von umgerechnet 60.665 Euro ausgeschüttet werden.

Stand man bei der Einführung des Wettbewerbs noch unter dem Eindruck der Verschmutzungen aus den Fabrikschornsteinen und den Rauchscloten der damals noch eingesetzten Dampflokomotiven, so hat diese Belastung mit den Jahren erheblich abgenommen. Das hat die Bereitschaft bei den Hausbesitzern gesteigert, in schöne Fassaden zu investieren, weil die Investitionen dauerhafter wurden.

Sehr schnell wurde auch ein zusätzlicher „Preis des Bürgers“ geschaffen, der von der Dresdner Bank gestiftet wird. Zunächst war hierüber nach einer Nominierungsrunde und der Präsentation in der Tageszeitung von den Bürgern durch Einsendung von Stimmzetteln entschieden worden. Heute wird auch dieser Preis wie der des Fassadenwettbewerbs insgesamt durch eine

fachkundige Jury vergeben.

Mit 80 Meldungen ist der Wettbewerb zur Vergabe im Jahr 2003 wieder hervorragend besetzt. OB Dieter Döhla wertet das auch als Bekenntnis der Bürger zu ihrer Stadt. „Die Hausbesitzer haben einen großen Einfluss auf das Erscheinungsbild der Kommune. Hier wurde in den drei Jahrzehnten Hervorragendes geleistet.“ Bemerkenswert sei ein besonderer Anstieg an Fassadenrenovierungen im Vorfeld der Bayerischen Landesgartenschau 1994 gewesen. Von Anfang hat man in Hof als wichtiges Element des Fassadenwettbewerbs auch die Aufforderung verstanden, sich kompetent beraten zu lassen. Nicht nur die einschlägigen Handwerksbetriebe, sondern auch die Fachleute im Baumstand und stehen den Hausbesitzern mit Rat und Tat zur Seite.

Bayerisches Baurecht soll drastisch vereinfacht werden

Beckstein: Weg der Deregulierung wird konsequent fortgesetzt

Auf Vorschlag von Innenminister Dr. Günther Beckstein hat der Ministerrat dem Vorhaben der weiteren Deregulierung des Bauordnungsrechts zugestimmt. Danach sollen die Baugenehmigungsverfahren weiter gestrafft und vereinfacht werden. Außerdem wird die Möglichkeit erweitert, unter bestimmten Voraussetzungen ganz ohne Baugenehmigung ein Projekt starten zu können. Dann sind auch kleine und mittlere Gewerbeobjekte in qualifiziert beplanten Gebieten genehmigungsfrei. Von dieser Genehmigungsfreistellung bleiben nur noch Sonderbauten, wie etwa Hochhäuser, größere Gaststätten, Kaufhäuser, Krankenhäuser und Schulen ausgenommen. Beckstein: „Der mit der Bauordnungsnovelle von 1994 eingeschlagene und 1998 bereits einmal fortgeschriebene Weg Bayerns hat sich bewährt. Wir setzen ihn jetzt konsequent fort.“

Der Gesetzentwurf sieht auch Erleichterungen und Vereinfachungen im Bauordnungsrecht vor. Das Abstandsflächenrecht wird erheblich verschlankt und auf seine bausicherheitsrechtlichen Zielsetzungen zurückgeführt. Dies verbessert die Anwohnerfreundlichkeit und Rechtssicherheit sowie die bauordnungsrechtlichen Voraussetzungen für flächensparendes Bauen.

Brandschutzkonzept

Mit dem neuen Brandschutzkonzept sind für kleine Gebäude und für bestimmte Gebäude mit Zellenbauweise erleichterte Anforderungen an die Feuerwiderstandsfähigkeit der Bauteile vorgesehen; die konstruktive Holzbauweise wird für Gebäude mit bis zu fünf Geschossen ermöglicht. Die Anforderungen an Aufenthaltsräume und Woh-

nungen werden entschlackt und teilweise nicht mehr auf Ein- und Zweifamilienhäuser angewandt. Für die Festlegung der erforderlichen Zahl der Stellplätze für Kraftfahrzeuge und die Regelung der Stellplatzablösung sollen künftig die Gemeinden zuständig sein.

Konzentration auf Kernbereich

Ziel ist es, dass künftig nur noch der eigentliche Kernbereich von Anforderungen an Bauvorhaben geprüft wird. Die Baugenehmigungsbehörden werden also bald - neben baurechtlichen Anforderungen - nur noch diejenigen Anforderungen zu prüfen haben, für die das Fachrecht eine solche Prüfung ausdrücklich vorschreibt. Der Ministerrat hat dazu die Staatsministerien beauftragt, bis Ende

April 2003 Regelungen zur Anpassung des Fachrechts zu erarbeiten. Im Anschluss an die

dann erforderliche erneute Behandlung des Gesetzentwurfes im Ministerrat soll die

„Bau in Not - Bürger in Not!“ Großdemonstration der Bauwirtschaft in Nürnberg

Unter dem Motto „Bau in Not - Bürger in Not!“ sind in Nürnberg rund 5.000 Menschen auf die Straße gegangen, um gegen bürokratische Gängelung, Überregulierung, steigende Abgaben und für den Erhalt einer leistungsfähigen Bauwirtschaft zu demonstrieren. Zeitgleich mit der Kundgebung in der Frankenmetropole gab es auch in Frankfurt/Main, Düsseldorf und Hannover Bauarbeiter-Demonstrationen. An der Aktion in Nürnberg beteiligten sich auch der Erlanger Oberbürgermeister Siegfried Balleis.

Der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Professor Thomas Bauer, sprach auf der zentralen Kundgebung am Kornmarkt davon, dass man „aus schierer Verzweiflung“ über den Stillstand bei den Bauaufträgen hier sei. Angesichts einer gigantischen Pleitewelle und des Verlusts von 600.000 Bau-Arbeitsplätzen seit 1994 warnte er vor der Zerstörung einer wichtigen Basis für die Zukunft Deutschlands. Man lebe heute von dem, was früher gebaut wurde. Neues komme viel zu wenig hinzu.

Bauer forderte, eine Mindestinvestitionsquote von 15 % in allen öffentlichen Haushalten gesetzlich sicher zu stellen. Wir müssen „einen Damm gegen das Ausbluten“ errichten. Heute erreiche kein Bundesland und bei weitem auch nicht der Bund diese absolut notwendige Mindestquote. Berlin und die gesamte Politik stünden auf dem falschen Pedal. Mit dem Bau werde ein zentraler Arbeitsmarkt für praktisch veranlagte Menschen weggespart. „Bauarbeiter werden keine Banker. Hier wird in einem völlig falschen Verständnis von Marktwirtschaft die Struktur unseres Landes zerstört“, sagte der Präsident. Dies sei um so schlimmer, als der tatsächliche Baubedarf in Deutschland immer größer werde. Autobahnen würden des Verkehrs längst nicht mehr Herr, Schulen verfielen, Kanäle bekämen Lecks, Krankenhäuser erinnerten an das 19. Jahrhundert, so Bauer.

Pure Lippenbekenntnisse

Nach den Worten des Vizepräsidenten der Bayerischen Baugewerbeverbände, Max Hechinger, waren die Versprechen der Bundesregierung, dem Mittelstand zu helfen, sämtlich Lippenbekenntnisse. Hechinger wörtlich: „Wer dem Häuslebauer die Eigenheimzulage beschneidet, wer dem Investor alle steuerlichen Anreize nimmt, wer die Kommunen finanziell ausblutet und durch Übertragung von Staatsaufgaben ohne finanziellen Ausgleich handlungsunfähig macht, wer uns mit Verwaltungskram überschüttet, der wird schuldig am Untergang der deutschen Bauwirtschaft und einer Vielzahl davon abhängiger Branchen.“ Was man jetzt brauche, so Hechinger,

Verbandenanhörung erfolgen.

Nach Aussage Becksteins sind seit Inkrafttreten der ersten Bauordnungsnovelle von 1994 bis November 2002 in Bayern über 97.000 und damit fast ein Drittel aller seitdem errichteten Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden. Das herkömmliche Genehmigungsverfahren durchliefen nur noch 6 Prozent, das vereinfachte Verfahren dagegen 79 Prozent aller Bauvorhaben mit einer durchschnittlichen Dauer von elf beziehungsweise fünf Wochen. Durch Genehmigungsfreistellung und vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren haben sich die Bauherren seit dem ersten Reformschritt Gebühren von über 120 Millionen Euro erspart. Das bayerische Modell zur Bauordnungsreform hat auch andere Länder beeinflusst. Das neue Gesetz setzt in wesentlichen Teilen die auf bayerische Initiative überarbeitete Musterbauordnung in Landesrecht um, die die Baumministerkonferenz am 08.11.2002 in Frankfurt a. M. einstimmig beschlossen hat.

Bauunternehmer bricht Lanze für Mittelstand

Staatssekretär Spitzner besucht Firma Riebel

Mindelheim (dok). Zu einem „Vieraugen-Gespräch“ war der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Hans Spitzner, zum Mindelheimer Bauunternehmen Riebel gekommen. Zentrales Thema zwischen dem Politiker und Firmenchef Friedrich Riebel war die Krise in der Bauwirtschaft sowie mögliche Hilfestellungen für den Mittelstand.

Im Rahmen einer Pressekonferenz betonte Spitzner die Führungsposition der Firma, die dank innovativer Ideen von der gegenwärtigen Krise im Baugewerbe nicht allzu sehr gebeutelt sei.

Hohe Identifikation mit der Firma

Dies sei sicherlich nicht auch zuletzt der hohen Identifikation der Mitarbeiter mit „ihrer“ Firma zu verdanken. In diesem Zusammenhang zitierte der Staatssekretär Friedrich Riebel, der immer wieder betone, dass Humankapital sein wichtigstes Kapital sei. Riebel seinerseits lobte den guten und konstruktiven Gedankenaustausch sowie die entspannte Gesprächsatmosphäre. Im Bereich des Bürokratieabbaus konnten einige konkrete Vorschläge erarbeitet werden, die der Vereinfachung und Verschlankeung verschiedener Verfahren dienen sollen. So schlug Riebel unter anderem vor, das Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und bestimmte Steuerverfahren zu vereinfachen. „Außerdem soll sich die Politik auf das Wesentliche beschränken und dem Mittelstand nicht soviel hineinreden“, so der Unternehmer. „Der kleine Mann muss wieder mehr geachtet und geschützt werden, man darf ihm nicht den letzten Groschen aus der Tasche ziehen!“

Leistung muss sich wieder lohnen

In den Schulen müsse wieder mehr Wert auf Selbstdisziplin, Gemeinschaftsgeist und Eigenverantwortung gelegt werden - „Eigenschaften, die Deutschland in der Vergangenheit stark gemacht haben“. Spitzner teilte diese Ansicht; es dürfe außerdem nicht angehen, dass in der heutigen Gesellschaft der Fleißige und Arbeitswillige das Gefühl habe, er sei der Dumme. Einigkeit bestand zwischen beiden auch dahingehend, dass die Leistung bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer stärker belohnt werden müsse - es dürfe keine Strafe sein, zu arbeiten. Bei der sich anschließenden Besichtigung des firmeneigenen Bauhofs überzeugte sich Spitzner von dem hohen Niveau der Lehrlingsausbildung und nutzte die Gelegenheit zu kurzen Gesprächen mit den Auszubildenden.

Karin Steger

Erfolgreiche Siedlungsmodelle

„Trotz des seit Jahren anhaltenden Rückgangs im Wohnungsbau, der natürlich auch die Umsetzung der 12 Bayerischen Siedlungsmodelle deutlich beeinträchtigt hat, gibt es Anfang 2003 beachtliche Ergebnisse. So zeigen die inzwischen fertig gestellten Abschnitte, dass durch intelligente Planung und koordinierte Baudurchführung ein ökologisch und sozial orientierter Städte- und Wohnungsbau kostengünstig verwirklicht ist. Im Rahmen der 12 Siedlungsmodelle sind aktuell bereits 1957 Wohnungen fertig gestellt oder in Bau, für weitere 706 Wohnungen sind die Baugrundstücke vermarktet und laufen die Hochbauplanungen. Das aktuelle Programm ist damit zu über der Hälfte umgesetzt“, sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des nunmehr vorliegenden Beteiligungsberichtes des Freistaates Bayern 2002.

Laut Beckstein träte der Wohnungsbau ohne staatliche Initiativen ganz auf der Stelle. Deshalb und um neue Erkenntnisse für einen zukunftsweisenden Wohnungs- und Städtebau zu gewinnen, wurde Mitte der 90er Jahre das Programm „Siedlungsmodelle“ aufgelegt. Dafür setzt der Freistaat Bayern insgesamt 100 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen als stark zinsverbilligte Darlehen ein. Die thematischen Schwerpunkte der Modellprojekte reichen vom flächensparenden Bauen, integrierten Energiekonzepten, neuen Lösungen bei der Ableitung und Nutzung von Niederschlagswasser, Wohnungsangeboten zur sozialen Integration und flexiblen familienfreundlichen Wohnungstypen bis hin zu innovativen Lösungen für eine auf die Qualität des Wohnumfeldes abgestimmte Verkehrerschließung. Durch intelligente Planung und koordinierte Baudurchführung soll erreicht werden, diese Ziele sehr kostengünstig zu verwirklichen und zwar mit bis zu 25 Prozent reduzierten Baukosten gegenüber herkömmlichen Lösungen. Beckstein: „Die Förderung von ohnehin marktgängigem kann kein Ziel staatlicher Förderpolitik sein.“

Auch das Mitte der 90er Jahre angelaufene Programm „Siedlungsmodelle“ konnte sich dem dramatischen und damals nicht absehbaren Rückgang auf dem Wohnungsmarkt nicht entziehen. Die massiven Einbrüche bei den Wohnungsbaugenehmigungen - in Bayern um 57 % seit 1994 - machten eine Anpassung an geänderte Marktverhältnisse erforderlich. Weil der Markt in Passau, Kempten und Bayreuth für innovativen Städte- und Wohnungsbau gänzlich erschöpft war, wurden dort die Projekte nach Fertigstellung erster Bauabschnitte qualifiziert beendet. Die Projekte werden nun dort außerhalb des Programms mit konventioneller Bebauung weitergeführt. Für Günzburg wird zur Zeit über eine entsprechende Lösung verhandelt. Die 12 Siedlungsmodelle umfassen damit nunmehr insgesamt 4252 Wohnungen.

Dass der Anteil der ausbezahlten Darlehen nicht dem Anteil der fertig gestellten Wohnungen entspricht, überrascht nicht. In den meisten Fällen waren erhebliche Vorleistungen für Grunderwerb, Altlastenbeseitigung oder städtebauliche Planungen erforderlich, ehe der erste Spatenstich für Wohnungen erfolgen konnte. Beckstein betonte, dass die Siedlungsmodelle trotz äußerst schwieriger Rahmenbedingungen für die Bau- und Wohnungswirtschaft mit fachlich hervorragenden Ergebnissen und wirtschaftlich verantwortbaren Lösungen umgesetzt werden.

Stadt Hof:

Laufende Erweiterung von Online-Dienstleistungen

Handy verloren - unter „www.hof.de“ gefunden

Informationen zum Wirtschaftstandort Hof, einen Stadtplan, den Mietspiegel, das Stellen- und Ausbildungsangebot der Stadt, die Info-Mappe „Bau“ mit Planungsgrundlagen und eine Riesensammlung weiterer interessanter Details erhält der Internetautzer bei einem Klick auf www.hof.de, der Homepage der Stadt Hof.

Das Angebot enthält neben ausführlichen Informationen zu Hof Wissenswertes aus dem Rathaus wie z.B. eine Auflistung der Mitglieder des Stadtrats mit Bild und Kontaktinformationen, sowie die Tagesordnungspunkte der nächsten Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse. Natürlich sind auch die Telefon-Nummern und eMail-Adressen der Unternehmens- und Fachbereiche aufgelistet und es finden sich Hinweise, wer für ein aktuelles Anliegen des Bürgers von A wie Abbrüche bis Z wie Zuschüsse bei der Stadtverwaltung zuständig ist, wo sich die jeweilige Dienststelle befindet und zu welchen Zeiten sie geöffnet hat.

Verwaltungsvereinfachung

Es gibt immer mehr Lebenslagen, in denen der persönliche Besuch des Rathauses nicht mehr erforderlich ist, weil die Angelegenheit bequem von zu Hause aus über das Internet erledigt werden kann. Wie Helmut Schlöder, Leiter des Fachbereichs Datenverarbeitung, Kommunikation und Netze der Stadt Hof, hierzu informiert, kann das Wunschzeichen für das neue Auto, die Anmietung eines City- oder Geschirrmobils, eine Grünschnitt- oder Sperrmüllabfuhr und sogar eine Marktude für einen Flohmarkt zu jeder Tages- und Nachtzeit direkt in den Datenban-

ken der Stadt online reserviert werden. Schlöder dazu: „Wir versuchen, mit dem Online-Angebot nicht nur zu informieren, sondern wo immer das möglich ist, auch den Vorgang für den Bürger wie die Verwaltung zu vereinfachen, indem nicht nur die Information zur Verfügung steht, sondern z.B. auch gleich bestellt werden kann.“ Das sei für die Kollegen auch praktisch, weil manches dadurch erledigt werde, was früher zeitraubende Telefonate in Anspruch nahm.

Komfortable Recherche

Zusätzlich stehen Formulare für An-, Ab- und Ummeldung beim Wohnungswechsel, Mitteilungen an die Kfz-Zulassungsstelle, Anträge für eine Baumfallgenehmigung oder die Benutzung öffentlicher Flächen ebenso wie zur Anforderung von Personalausweis und zum Ausfüllen am PC zur Verfügung. In der Wohnungs- und Immobilienbörse werden zahlreiche Objekte angeboten und gesucht. Weitere kostenlose Angebote der Stadt sind der Veranstaltungskalender, in den Veranstaltungen aller Art selbst eingetragen werden können und das Verzeichnis Hof Firmen, in dem eine Firmendarstellung, das Logo und ein Link zur eigenen Homepage hinterlegt werden können. Als neuester Service steht seit kurzem den

Bürgern ein Online-Zugriff auf die im Fundamt abgelieferten und verwahrten Fundgegenstände zur Verfügung. Somit ist es möglich, komfortabel vom PC aus zu recherchieren, ob ein verlorener Gegenstand gefunden und abgegeben wurde.

Gleichzeitig wird aber auch der Arbeitsablauf in der Verwaltung gestrafft und die Online-Informationen werden nach Möglichkeit automatisch weiterverarbeitet. Im Rahmen des so genann-

Feuerwehrenspektion Landkreis Augsburg:

Landrat Vogele ernannt drei neue Kreisbrandmeister

Gleich drei neue Gesichter gibt es in der Führungsriege des Inspektionsbereiches Nord der Landkreis-Feuerwehrenspektion. Nach der Ernennung von Siegfried Skarke zum Kreisbrandinspektor (KBI) im Feuerwehr-Inspektionsbereich Nord und dem Rückzug von Kreisjugendwart und Kreisbrandmeister Leonhard Dollinger stand im Augsburger Landratsamt dieser Tage die offizielle Amtseinführung von drei neuen Kreisbrandmeistern an.

Zum neuen Kreisjugendwart durch Wolfgang Baumeister. Der 37-Jährige ist bei der Stadt Gersthofen beschäftigt und



Bei einer Feierstunde im Landratsamt wurden Wolfgang Baumeister, Martin Metzger, Rainer Kuchenbaur, Kreisbrandinspektor Siegfried Skarke und Kreisbrandrat Georg Anzenhofer (v.l.) von Landrat Dr. Karl Vogele zu neuen Kreisbrandmeistern im Feuerwehr-Inspektionsbereich Nord ernannt. Bild: Kleber

speziell zugeordnete Feuerwehren, wurde Rainer Kuchenbaur ernannt. Der 37-Jährige ist künftig für die rund 850 Jugendlichen in den 132 Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Augsburg zwischen Schwabmühlhausen und Nordendorf zuständig. Rainer Kuchenbaur steht beruflich in den Diensten seiner Heimatgemeinde Emersacker und bekleidet in der Holzwinkelgemeinde seit Februar vorigen Jahres zudem das Amt des stellvertretenden Kommandanten.

Junge Führungskraft

Mit seinen 29 Jahren zählt der frischgebackene Kreisbrandmeister (KBM) Martin Metzger aus Altenmünster-Eppishofen zu den jüngsten Führungskräften in den Reihen der Landkreis-Feuerwehrenspektion. Er übernimmt von Siegfried Skarke, der zum Kreisbrandinspektor ernannt wurde, den KBM-Bereich 8 mit den Feuerwehren Adelsried, Altenmünster, Baiershofen, Bonstetten, Emersacker, Eppishofen, Hegnenbach, Hennhofen, Heretsried, Lauterbrunn, Neumünster, Reutern, Unterschönenberg, Welden und Zusamzell. Im Hauptberuf ist Martin Metzger als Service-Techniker im Siemens-Konzern tätig. Seit Februar 2001 fungiert er als stellvertretender Kommandant der Feuerwehr Eppishofen.

Komplettiert wird die Riege der neuen Kreisbrandmeister

ten „eGovernments“ wird der Datenaustausch mit anderen Behörden optimiert und weitgehend elektronisch durchgeführt. Beantworte ein Hofer z.B. einen Personalausweis oder einen Reisepass, so werden die persönlichen Daten, das Bild und die Unterschrift des Bürgers im Bürgeramt eingescannt und verschlüsselt in digitaler Form an die Bundesdruckerei in Berlin gesandt. Dadurch entfällt das Versenden der Papieranträge und die manuelle Erfassung der Daten bei der Bundesdruckerei. Den Nutzen hat der Bürger, weil die Bearbeitungszeit seines Passes oder Ausweises dadurch auf die Hälfte der Zeit reduziert werden kann. Die Stadtverwaltung hat vor, den Ausbau ihres „Virtuellen Rathauses“ fortzusetzen, um den Bürgern so weit wie möglich Behördengänge und Wartezeiten zu ersparen.



Stellvertretender CSU-Kreisvorsitzender Dr. Harald Schwartz, MdB Rudolf Kraus, MdL Franz Kustner und Bezirksstadtskandidat Josef Gilch (v. l.) sind sich einig: „Nur mit einem hervorragenden CSU-Ergebnis bei den Landtags- und Bezirksstadtskandidaten kann Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden.“

CSU Amberg-Sulzbach:

Mit Optimismus und Kampfgeist ins neue Jahr

Regionalkonferenz Nord: MdB Rudolf Kraus will „gigantisches CSU-Ergebnis“ wiederholen

Sulzbach Rosenberg. „Das gigantische Ergebnis der Bundestagswahl will die CSU auch bei den Landtags- und Bezirksstadtskandidaten erreichen.“ CSU-Kreisvorsitzender Rudolf Kraus stimmte die Abgeordneten, Bürgermeister, Kreisvorstände und Ortsvorstände der Amberg-Sulzbacher CSU „mit Optimismus und Kampfgeist“ auf das politische Jahr 2003 ein.

Bei der Regionalkonferenz Nord für Sulzbach-Rosenberg, Poppenricht, Auerbach, Königstein, Illschwang, Birgland, Neukirchen, Gebenbach und Hahnbach im Kauerhofer Gasthof Wulfen betonte der ehemalige Staatssekretär, mit dem besten Ergebnis in der Geschichte der CSU habe das bayerische Volk bei der Bundestagswahl ein klares Votum abgegeben.

Für mehr Bürgernähe

„Weg mit Vorschriften, die wir nicht brauchen.“ Stellvertretender CSU-Kreisvorsitzender Dr. Harald Schwartz forderte, nun auch im Landkreis ernst zu machen mit der Entbürokratisierung. Schwartz will ein „Verfallsdatum für Verordnungen und Weisungen“ der Verwaltung und des Kreistages einführen. Das Motto des Wirtschaftsjuristen: „Weniger Vorschriften, mehr Bürgernähe“.

„Das Vertrauen in die Bundesregierung ist weg, keiner traut sich mehr Geld auszugeben“, verwies Kustner auf die stark rückläufigen privaten und geschäftlichen Investitionen. „Gerade jetzt in Zeiten der Rezession sind Investitionen in Amberg-Sulzbach dringend nötig, zum Beispiel im Straßenbau“, so Rudolf Kraus. Bei einem Wirtschaftswachstum gegen Null und fünf Millionen erwarteten Arbeitslosen 2003 bekommt die Situation auch für die Oberpfalz eine ganz neue Qualität. Bald werde die einzige „Boom-Branche“ die der Konkursverwalter sein, kommentierte Kraus die unbefriedigen-

Gästeinurm in der Jugendherberge Günzburg

Eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation brachte die Eröffnung des LEGOLANDS auch für die Jugendherberge in Günzburg. Diese hatte im vergangenen Jahr 2002 einen regelrechten Gästeinurm zu bewältigen.

Waren es in den Jahren 2000 noch 3.583 und ein Jahr darauf 3.363 Übernachtungen, so konnten die Herbergseltern im Jahre 2002 mit 6.259 Übernachtungen eine Steigerung von 74,68 % verbuchen!

Erhebliche Mehreinnahmen

Der Anstieg der Übernachtungszahlen machte sich natürlich auch bei den Einnahmen bemerkbar: Der Landkreis als Träger der Einrichtung ver-

den Zukunftsaussichten unter der Regierung Schröders.

Thema Zuwanderung

Mahnende Worte fand Bundestagsabgeordneter Kraus in Sachen Zuwanderungsgesetz. Hier übersehe die Rot-Grüne Bundesregierung, dass unregulierte Zuwanderung die Sozialsysteme auch in Amberg und Amberg-Sulzbach belastet. Von 7,6 Millionen in Deutschland lebenden Ausländern seien lediglich 2,5 Millionen einschließlich der Selbstständigen in Brot und Arbeit, der Rest hänge im „sozialen Netz“, verdeutlichte Kraus die Sachlage. „Kommt das neue Zuwanderungsgesetz, kommen auch noch mehr Ausländer und belasten unser Sozialsystem noch erheblich mehr“, so Kraus. Rudolf Kraus wollte dies nicht als Kritik an denjenigen verstanden wissen, „die sich gut einfügen und ordentliche Arbeit leisten“.

Einschnitte im Haushalt

Mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen habe auch die Stadt Sulzbach Rosenberg, so der Fraktionsvorsitzende im Stadtrat, Dr. Stefan Morgenschweis. „An die 900 Arbeitslose schlagen stark auf das Gemüt von Sulzbach“, nannte Morgenschweis Zahlen. Die Bayerische Staatsregierung habe ihre Hausaufgaben gemacht, ganz im Gegenteil zur Bundesregierung, die trotz vieler Versprechen nichts für die Region bewege. Einschnitte im Sulzbach-Rosenberger Stadthaushalt seien nötig, da die herbeigesehnte und von Schröder schon lange versprochene Gemeindehaushaltsreform nicht verabschiedet wurde. Statt dessen habe man wieder einmal zuerst eine Kommission eingesetzt, die alles Mögliche prüfe, aber nichts bewirke, merkte Morgenschweis an.

Pflegeproblematik

Doch auch lokale Politiker „schießen oft über das Ziel hinaus“, konnte Bezirksstadtskandidat Josef Gilch berichten. So argumentiere ein Politiker der Grünen, es müsse geändert werden, dass Pflegeheime nur „Verwahranstalten“ für Alte seien. Gilch stellte klar, dass die Grünen damit unzähligen Altenpflegekräften Unrecht tun, „die für wenig Geld unter oft schwierigsten Bedingungen wertvollsten Dienst am Mitmenschen verrichten“.

Manfred Pointner ein „Sechziger“

Manfred Pointner, seit Mai 1996 Landrat des Landkreises Freising, feierte am 5. Februar seinen 60. Geburtstag. Mit rund 150 Gästen beging er im Marstall des Landratsamtes diesen Ehrentag. Vize-Landrat Hans Neumaier, der die Feier organisiert hatte, unternahm dabei per Diaprojektor eine Reise in die Vergangenheit des Jubilars.

Der im 250-Seelen-Dorf Franzheim, Landkreis Erding, geborene Jurist arbeitete von 1975 bis 1985 als Regierungsrat- bzw. Oberregierungsrat am Landratsamt Freising und war Vertreter des Landrats im Amt. 1984 bis 1990 fungierte Manfred Pointner als ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos, anschließend stand er der Gemeinde sechs Jahre lang als hauptamtlicher Bürgermeister vor. Von 1985 bis 1990 war er bei der Regierung von Oberbayern tätig.

Vielfältige Aufgaben

In dieser Zeit füllte der in seiner Freizeit ehemals als Ringer, Fußballer und Faschingsprinz wirkende Jubilar auch andere kommunalpolitische Ämter aus: 1990 bis 1996 war er für die Parteifreien Wähler Mitglied des Kreistages. Damit verbunden war das Amt als Fraktionsvorsitzender der Fraktion Parteifreie Wähler/Freisinger Block. Zudem war Pointner Mitglied in verschiedenen Ausschüssen sowie im Aufsichtsrat der Krankenhaus Freising GmbH. Seit 1994 bzw. 1996 ist er unter anderem Vorsitzender der Fluglärmkommission, in der er sich für die Rechte der Bürger stark macht und Vorsitzender des Aufsichtsrats Wohnungs- und Grundstücks-GmbH Landkreis Freising. DK



Manfred Pointner.

dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Vize-Landrat Hans Neumaier beschienigte Manfred Pointner in seiner Laudatio „eine überparteiliche, gerechte Amtsführung“ und betonte, der Jubilar sei sich in all den Jahren selbst treu geblieben. Nicht das Amt habe ihn verändert, sondern er habe das Amt geprägt. DK

Lokale Agenda 21 Mittelneufnach:

Workshop bringt zahlreiche Ideen und Anregungen

Gut gestartet ist in Mittelneufnach die Arbeitsgruppe Agenda 21, die der Gemeinderat im vergangenen Jahr eingesetzt hat (wir berichteten). Bei einem Agenda-Workshop im Gemeindezentrum formulierten die rund 25 Teilnehmer jetzt zahlreiche Ideen, die nach und nach umgesetzt werden sollen, um eine nachhaltige Entwicklung der Staudengemeinde sicherzustellen und die Lebensqualität in Mittelneufnach und Reichertshofen zu steigern. Zu den drei konkreten Projekten, die von der Arbeitsgruppe eingebracht wurden, gesellten sich im Laufe des kreativen Nachmittags viele weitere Anregungen und Vorhaben, die zunächst nach Prioritäten sortiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin abgeklöpft wurden.

Unter dem Agenda-Motto „Mittelneufnach rundum“ hat sich der „harte Kern“ des örtlichen Agenda-Teams um Bürgermeister Franz Meitinger, seinen Stellvertreter Gottfried Wenger und die Gemeinderäte Dietlinde Rindle, Stefan Happacher, Rupert Bräuer, Wolfgang Seehuber und Anton Egger in den zurückliegenden Monaten mit drei Projekten bereits etwas eingehender beschäftigt.

Projekt „Wassertretanlage“

Rupert Bräuer präsentierte im Workshop das Projekt „Wassertretanlage“. Nach Kneipp'schem Vorbild soll eine solche Freizeiteinrichtung mit fließendem Wasser auch in der Staudengemeinde errichtet werden. Sie käme nicht nur der eigenen Bevölkerung zugute, sondern

zielt auch auf Urlauber und (Staudenbahn-) Ausflügler.

Auf der Wunschliste ganz oben

Über einen geplanten durchgehenden Rundweg um Mittelneufnach und Reichertshofen berichtete Wolfgang Seehuber. Ein solcher Ring stehe bei Spaziergängern, Wanderern, Joggern, Walkern und Radfahrern ganz oben auf der Wunschliste. Den Stand der Dinge in Sachen Internetauftritt der Staudengemeinde erläuterte Gottfried Wenger. Die Struktur der Homepage stehe mittlerweile fest. Jetzt gelte es zunächst, die einzelnen Seiten mit Leben zu erfüllen, Texte, Bilder und Daten einzustellen, damit „www.mittelneufnach.de“ möglichst rasch ans Netz gehen könne. Pffiffig

Neu im Landratsamt Regensburg:

Bauberatung für Vereine

Einen neuen Service für Vereine, in erster Linie für die Sport- und Schützenvereine, hat Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth im Landratsamt vorgestellt: Eine zentrale Beratungsstelle für Vereine, die mit einem Bauprojekt zu tun haben.

Zwei Gedanken waren vor allem maßgebend für diese Initiative des Landrats:

Unnötige Wege vermeiden

Ehrenamtliche Vereinsvorsitzende, die mit einem Bauvorhaben des Vereins beschäftigt sind und ohnehin ihre Freizeit für den Verein opfern, sollen im Vorfeld der Baugenehmigung nicht von Tür zu Tür laufen müssen, um all die Probleme zu lösen, die mit einem Neu- oder Umbau einhergehen.

Ob das Wasserwirtschaftsamt der vorgesehenen Abwasserbeiseitigung zustimmt, das Straßenbauamt die Zufahrt genehmigt oder die untere Naturschutzbehörde mit dem Eingriffsplan einverstanden ist: All dies soll im Landratsamt zur Entlastung der ehrenamt-

lich tätigen Vereinsmitglieder von einer zentralen Stelle erledigt werden.

Beratung frühzeitig in Anspruch nehmen

Die Vereine sollten das neue Beratungsangebot sehr frühzeitig in Anspruch nehmen. Die im Landratsamt angebotene Beratung soll nämlich auch dazu dienen, Hinweise und Tipps für eine ökonomische und ökologische Bauweise zu geben.

Die neue Beratungsstelle wird selbstverständlich keine Pläne anfertigen und somit auch nicht in Konkurrenz zu Planungsbüros treten. Entlastung für das Ehrenamt war Landrat Mirbeth die wichtigste Motivation für dieses neue Angebot. **DK**

gelungen ist die Startseite: durch das Portal des Mittelneufnacher Schlössles tritt der Besucher ein in die virtuelle Neufnachalmgemeinde, wo ihn zahlreiche Informationen über die Kommune, ihre Geschichte und ihre Vereine erwarten.

Ideensammlung

Zahlreiche weitere Anregungen erbrachte die anschließende Ideensammlung aus den Reihen der Workshop-Teilnehmer. Alle Vorschläge wurden mit Punkten bewertet, nach Prioritäten sortiert und auf insgesamt vier Projektgruppen aufgeteilt, wo sie demnächst in kleineren Gruppen weiterbearbeitet und konkretisiert werden.

Während sich die Projektgruppe Kneippanlage am Mittwoch, 19. Februar, um 20 Uhr im Gemeindezentrum abschließend mit diesem Thema befasst, wurde der geplante Rundwanderweg der Projektgruppe Themenwege zugeteilt.

Beim Treffen am 19. März soll auch über die Themen Geo-

mantie und Waldlehrpfad sowie über einen asphaltierten Inline-Skaterweg diskutiert werden.

Sport/Jugend

Eine hohe Priorität erhielt im Workshop der Themenkomplex Sport/Jugend. Angeregt wurden ein Lauffreize, eigene Sportangebote für Mädchen sowie ein Jungentreff. Diese Projektgruppe trifft sich am 16. April, um sich mit den eingebrachten Ideen näher zu beschäftigen.

Projektgruppe Information

Weiter verfolgt wird auch das Thema „Mittelneufnach im Internet“, das sich in der Projektgruppe Information wiederfindet. Hier wird auch über eine Neubürger-Information, sowie über eine noch bessere Terminkoordination der örtlichen Vereine nachgedacht.

Viele weitere Ideen und Anregungen, die sich aus dem nachmittäglichen Workshop ergaben, werden im Themenspeicher gesammelt und sukzessive abgearbeitet. Zu nennen sind hier unter anderem folgende Themen: Badeweiher, Eislaufplatz, Arzt, Dienstleistungsangebot für Senioren und kranke Mitbürger, Arbeitsplätze im Dorf, Einkaufen im Ort, Dorfstruktur, Ortsbild und vieles mehr. **z**

Bundesverdienstkreuz für Gisela Schneid und Georg Stahl

Als symbolischer Dank für ihre herausragenden Verdienste um das Gemeinwohl wurden die Kommunalpolitiker Gisela Schneid und Georg Stahl mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Die stellvertretende Landrätin des Landkreises Fürstentfeldbruck Gisela Schneid erhielt den Verdienstorden für ihr vielfältiges ehrenamtliches und kommunalpolitisches Engagement. „Der Schwerpunkt Ihrer politischen Arbeit galt immer schon dem Bereich Frauen, Jugend und Familie“ führte Staatsminister Reinhold Bocklet in seiner Laudatio aus. Als Gemeinderätin und Kulturreferentin in Gröbenzell, seit 1990 als Referentin für Frauen- und Familienangelegenheiten des Landkreises Fürstentfeldbruck sowie in ihrer Funktion als Orts- und Kreisvorsitzende der Frauenuktion konnte sie manches bewegen und wichtige Akzente setzen. Besonders hervorzuheben sei dabei ihr erfolgreiches und innovatives Engagement als Vorsitzende der Volkshochschule Gröbenzell.

Georg Stahl aus Pirk, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, hat seit 1972 die positive Entwicklung seiner Heimatgemeinde als erster Bürgermeister maßgeblich mitbestimmt. Aber auch für die gesamte Region sei er ein Glücksfall, wie Innenminister Günther Beckstein in seiner Laudatio betonte. Stahl war 28 Jahre lang Kreisrat, neun Jahre Kreisvorsitzender im Bayerischen Gemeindetag, acht Jahre erster Vorsitzender des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege. Seit 1999 ist er Vorsitzender des Bezirksverbandes; vor vier Jahren wurde der Geehrte zum zweiten stellvertretenden Landrat gewählt. Daneben bekleidet Stahl noch eine Reihe von Ehrenämtern im Bereich Schule, Sport, Kultur und Wirtschaft, die er mit souveräner Sachkenntnis und hohem persönlichen Engagement wahrnimmt. **z**

Investitionsförderung im kommunalen Bereich

In seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags hat der Erste Bürgermeister der Stadt Grafing bei München, Rudolf Heiler, nachfolgendes Schreiben an Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu gerichtet.

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, schon seit längerer Zeit befindet sich unsere Wirtschaft in einem noch nie dagewesenen tiefen Tal. Die Arbeitslosenzahlen steigen von Monat zu Monat, die Steuerzahlungen an Bund und Länder gehen zurück, die Beitragseinzahlungen an die Rentenversicherungsträger, Arbeitslosenversicherung und die zahlreichen Krankenkassen gehen zurück. Die Folge sind andererseits Beitragserhöhungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die jeweils am Monatsende weniger in der Tasche haben als vorher und überdies nichts zusätzlich zum Konsum beitragen können.“

Drastische Einbrüche

Besonders die Kommunen spüren gegenwärtig die Auswirkungen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung in einem drastischen Ausmaß. Zahlreiche Veranlagungen der Gewerbesteuer müssen meist gar auf „0“ gestellt werden, die erhebliche Einbrüche bisher und besonders in diesem Jahr erwarten lassen.

Ich erzähle Ihnen mit diesen einleitenden Feststellungen nichts Neues - besonders Sie wissen um die Probleme der miserablen Situation in Deutschland, die bekanntlich Bayern trotz der Spitzenposition im Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht alleine lösen kann.

Auf die notwendigen zügigen strukturpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung zu warten, um aus dem Tal wieder herauszukommen, wäre ebenso fatal, wie neue davon völlig unabhängige eigene bayerische Wege nicht gehen zu wollen. Die Bayerische Staatsregierung hat hierzu vor kurzem ein „Kontrastprogramm“ entwickelt und beschlossen. Richtig.

Meine bzw. unsere Sorge ist die Lage in der Bauwirtschaft. Mit Sicherheit sind die Auswirkungen durch Massenentlassungen in allen Sparten der Bauwirtschaft noch größer als bisher angenommen. Hinzu kommt der durch die Änderung des Steuerrechts, Stichwort Eigenheimzulage, ausgelöste Nachfragerückgang. Dies sehe ich gegenwärtig an der Zahl der Baugenehmigungsanträge. Architekten, Ingenieure, das Bauhaupt- und -nebenbengewerbe klagen über kräftige Auftragsrückgänge.

Aus meiner kommunalpolitischen Erfahrung und mit den

Kenntnissen der Probleme zahlreicher Kommunen in Oberbayern ausgestattet, bitte ich Sie zu überlegen, für die Städte, Märkte und Gemeinden Bayerns ein Investitions-Förderungsprogramm zu entwickeln. In den zurückliegenden Rezessionszeiträumen hatte der Freistaat meist ein gerade für Kommunen geeignetes Investitionsprogramm entwickelt, worüber jetzt überhaupt kein Wort mehr zu vernehmen ist. Leider, wie ich meine. Dabei waren es vor allem stets die Gemeinden, die ursprünglich gestoppte Investitionsvorhaben durch Wiederaufhebung von FAG-Förderungen oder beispielsweise durch die sofortige Genehmigung des sog. vorzeitigen Baubeginns zur Konjunkturbelebung gerade im Baugewerbe beigetragen hatten.

Wäre es nicht angebracht, in der jetzigen Phase zu einem Motivationsschub bei den Kommunen beizutragen? Könnten nicht gerade jetzt viele aus Geldmangel aufgeschobene Vorhaben im kommunalen Hochbau, mit einem Sonderförderprogramm ausgestattet, auf den Weg gebracht werden?

Investition für die Zukunft

Zwar sind die bayerischen Kommunen jetzt gezwungen, in ihren Verwaltungshaushalten soviel zu sparen wie irgendwie möglich - jedoch geht es bei den Bauentscheidungen immer auch um Investitionen für die Zukunft. So könnten kurzfristig längst außer Kraft gesetzte Kommunalförderbereiche für einen bestimmten Zeitraum reaktiviert werden; ich denke z.B. auch an den Förderstopp im Bereich „Freizeit und Erholung“ usw.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie meinen Vorschlag auf seine Umsetzung hin prüfen könnten und einen Vorstoß in Richtung Bayerisches Staatsministerium der Finanzen unternehmen.

Was das große Ziel der Bayerischen Staatsregierung betrifft, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2006 auf Null zurückzuführen und dem ggf. entgegenstehen könnte, so meine ich, dass solch außergewöhnliche Zeiten auch entsprechend außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. So könnte auch die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung mit Sonderzinssystemen zur Konjunkturbelebung beitragen.“ **z**

Oberbayerisches Landrätetreffen in Eichstätt:

Der Pleitegeier kreist überall

Die Haushaltssituation des Bezirks Oberbayern, aktuelle Probleme aus der Sicht der Regierung von Oberbayern, allgemeine kommunalpolitische Fragen, die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser sowie erste Erfahrungen mit der Grundsicherung standen u.a. im Blickpunkt eines Treffens der oberbayerischen Landräte in Eichstätt. Bezirksvorsitzender Dr. Max Gimpl aus Rosenheim bezeichnete die Landräte als „Transmissionsriemen“ zwischen den Staatsministerien und den Bürgern: „Wenn es irgendwo knistert“, werde dies durchaus registriert und entsprechend an die Staatsregierung weitergeleitet.

Verärgert zeigten sich die Landräte zunächst wegen diverser bürokratischer Vorschriften. Zwar mache sich das Schlagwort von der „Entbürokratisierung“ politisch gut, doch sehe die Praxis ganz anders aus. Viel Ärger und sinnlose Kosten seien die Folge.

Bezirk Oberbayern

Was die Haushaltssituation des Bezirks Oberbayern angeht, bestätigte Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth einen Beschluss des Bezirkstags, dass der Hebesatz für die Bezirksumlage 2003 nicht angehoben werde und bei 22,05 % bleibe. Der Rückgang der Umlagekraftzahlen in Höhe von -2,51 % gegenüber dem Vorjahr bei unverändertem Hebesatz führe zu Mindereinnahmen von 19,9 Mio. Euro. Ein Ausgleich des Haushalts sei nur durch Kürzungen und einen Rückgriff auf Rücklagen möglich. Im Jahr 2004 sehe die Situation mit Sicherheit anders aus. Deshalb seien im Vorfeld bereits Maßnahmen getroffen worden wie die Neuordnung der psychiatrischen Konzepte und des ambulanten Bereichs. Große finanzielle Probleme bereite die wachsende Zahl von Personen, die in Pflegeheimen unterzubringen seien oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten. Hinzu kämen die Eingliederungshilfen

sowie Kosten für die Versorgung von Behinderten.

Prekäre Situation

Zusammenfassend beschrieb Jungwirth die Situation als sehr ernst. Die Frage sei, wie man alle Aufgaben in den kommenden Jahren finanzieren soll. Die strukturelle Entwicklung sei keine vorübergehende Erscheinung. Auch die diskutierte Senkung der Standards in den Heimen stelle nicht die Lösung des Problems dar. Vielmehr gelte es, über neue und zukunftsweisende Finanzierungsmodelle zwischen Staat und kommunaler Seite nachzudenken.

Prioritätenliste

Der Präsident berichtete über Gespräche mit Behinderten- und Wohlfahrtsverbänden. Von dieser Seite sei zugesagt worden, in einer Prioritätenliste mögliche Einsparungsvorschläge aufzuzeigen. Am Katalog der Vorschläge des Bayerischen Landkreistags zur Überprüfung von Leistungsgesetzen und Standards werde ständig gearbeitet; die Vorschläge sollen im Sozialministerium eingebracht werden. Gegen eine Beschränkung nur auf Sozialstandards sprach sich Eichstätt's Landrat Dr. Xaver Bittl aus. Beispielfhaft wies er auf Überwachungsvorschriften wie z.B. Brand- und

Sicherheitsvorschriften hin, die ebenfalls einer Vereinfachung bedürften.

Regierungspräsident Werner-Hans Böhm schilderte seinerseits die Probleme, die sich durch die geänderte Beurteilungslage nach den Hochwasserereignissen der vergangenen Jahre und den jüngsten Starkregenfällen für das Bauen in Überschwemmungsgebieten ergeben haben. Die Ausweisung neuer Baugebiete sei in den Bereichen festgesetzter oder faktischer Überschwemmungsgebiete grundsätzlich nicht möglich. Es gebe viel Verständnis in der Kommunalpolitik und -verwaltung für die Erfordernisse des Hochwasserschutzes, aber auch eine Vielzahl von Einzelinterventionen von Mandatsträgern und Betroffenen.

Hochwasserschutz

Die Regierung von Oberbayern vertritt die Auffassung, dass Genehmigungen im Geltungsbereich von Bebauungsplänen und in im Zusammenhang bebauten Ortsteilen nur in Ausnahmefällen verweigert werden können, wenn z.B. durch rasche Überflutung Gefahr für Leib und Leben bestehe.

Regierungspräsident Böhm erklärte, in einem Schreiben an die Oberste Baubehörde Vor-

schläge für eine praktikable Handhabung bei der Genehmigung dieser Einzelbauvorhaben vorlegen zu wollen. Diese sollen dann mit der Wasserwirtschaft und den betroffenen Landratsämtern abgestimmt werden.

Asylbewerber

In puncto Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern schilderte Böhm das große Problem der Regierung, Unterkünfte für Asylbewerber und Aussiedler zu finden. Im Dezember sei dem Freistaat Bayern vom Bund wieder ein großes Kontingent zugewiesen worden. Während einerseits bereits stark belastete Landkreise auf eine gerechtere Verteilung drängten, täten die Gemeinden in unterrepräsentierten Kreisen nichts dafür, Asylbewerber und Aussiedler aufzunehmen, sondern schöpften in der Regel sogar alle Mittel aus, Unterbringungen zu verhindern. Deshalb habe die Regierung keine andere Möglichkeit, als ohne vorherige Rücksprache mit den betroffenen Gemeinden und Bürgermeistern angebotene Unterkünfte anzumieten. Mehr Solidarität und Akzeptanz bei den Kommunen sei für eine gerechtere Verteilung daher unerlässlich.

Als Erfolg wertete anschließend der Ständige Vertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Landkreistages, Direktor Dietrich Jung, die Tatsache, dass

Staatsregierung und Landtagsfraktionen sich nunmehr bereit erklärt haben, das Konnexitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung zu verankern. Münchens Landrat Heiner Janik warnte allerdings vor einer Überschätzung des Prinzips für die Landkreise. Für den Staat ergebe sich nämlich die Möglichkeit, kostenverursachende Aufgaben nicht den Landkreisen, sondern den unteren staatlichen Verwaltungsbehörden, also den Landratsämtern, zu übertragen. Damit gehe die Kostenlast letztlich auch auf die Landkreise über.

Krankenhäuser

Die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten, die die Landkreise mit dem Betrieb ihrer Kreiskrankenhäuser haben, beschrieb Landrat Gimpl. Landrat Norbert Kerkel beschrieb die gut funktionierende Kooperation des Miesbacher Krankenhauses mit anderen Kliniken - so z.B. mit Rosenheim in der Pädiatrie oder mit Bad Tölz im Bereich Herzkrankheiten/Urologie. Diese Zusammenarbeit mit umliegenden Häusern sei für ihn ein wichtiger Schritt zu einem effektiveren Krankenhausbetrieb. Auch Starnbergs Landrat Heinrich Frey regte eine solche Zusammenarbeit an - zu denken sei etwa an die Gründung regionaler Arbeitsgemeinschaften. Max Gimpl fasste den Gedankenaustausch in der Überlegung

zusammen, eine Arbeitsgruppe zu gründen, um mögliche Formen der Zusammenarbeit kommunaler Krankenhäuser über Landkreisgrenzen hinweg zu erörtern.

Grundsicherung

Im Hinblick auf erste Erfahrungen mit der Grundsicherung zeigten sich die Landräte überrascht, dass aus dem landwirtschaftlichen Bereich bisher sehr wenige Anträge eingegangen seien. Auffällig sei zudem, dass viele Anträge abgelehnt werden müssten. Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin wies darauf hin, dass sein Landkreis in Absprache mit dem Deutschen Landkreistag und zusammen mit weiteren Landkreisen in der Bundesrepublik Klage gegen das Grundsicherungsgesetz beim Bundesverfassungsgericht erheben wird. Die Grundsicherungsbescheide würden aus diesem Grund im Landkreis Fürstenfeldbruck nur unter Vorbehalt erteilt. Direktor Jung betonte, dass mit Stichtag Ende März 2003 wohl eine neue Umfrage notwendig sein werde, um einen aktuellen Überblick über den Stand in den einzelnen Landkreisen zu erhalten. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scheriele (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kambuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Beseitigung der Hochwasserschäden:

Zahlmeister Passau

Nun hat es Passaus OB Albert Zankl schwarz auf weiß: Trotz Schäden in Höhe von über 10 Mio. Euro in der Stadt muss die Drei-Flüsse-Stadt über 500.000 Euro für den Aufbauhilfefonds zur Beseitigung der Hochwasserschäden einzahlen. Dass die Passauer Rathauspitze schlecht auf Berlin zu sprechen ist, kann hier nicht verwundern.

Mit dem eiligt vor der Bundestagswahl verabschiedeten „Flutopfersolidaritätsgesetz“ vom 19. September 2002 wurde die Errichtung eines Aufbauhilfefonds für die Beseitigung der Hochwasserschäden beschlossen. Dieses Gesetz sieht vor, dass dieser Fonds ein Vermögen von insgesamt 7,1 Milliarden Euro umfasst, die gemeinsam vom Bund, den Ländern und den Gemeinden aufgebracht werden müssen. Bei der Aufteilung für die Länder wurde festgelegt, dass der Anteil des Freistaates Bayern 553 Mio. Euro beträgt, wobei die Gemeinden des Freistaates davon einen Anteil von 148 Mio. Euro tragen müssen. Für die Stadt Passau bedeutet dies nun, dass ein Beitrag in Höhe von ca. 527.000 Euro in den Fonds einzuzahlen ist. Die Stadt Passau als die am schwersten geschädigte Kommune Bayerns muss damit über 5 % des Gesamtschadens von rd. 10 Mio. Euro als Beitrag für die Schadensbeseitigung leisten. Gleichzeitig bedeutet dies: Der Rückzahlungsbetrag von ca. 527.000 Euro entspricht nahezu der vom Bund geleisteten Soforthilfe von 570.000 Euro.

Belogen und betrogen

Wie OB Zankl betont, ist er „selbstverständlich damit einverstanden, dass der Bund, die Länder und die Gemeinden gemeinsam den Aufbauhilfefonds finanzieren“. Empört sei er aber darüber, dass die Verteilung der Soforthilfe des Bundes im August ohne die Zugrundelegung der Schadenshöhe ungerichtet vorgenommen wurde. Nun aber, wo es um die Finanzierung gehe, müssten alle, auch diejenigen, die im August übergegangen worden sind, wieder einmal die Rechnung begleichen. Dies könne nicht im Sinne des Erfinders sein. Zankl: „Wir wurden belogen und betrogen. Auf den Deichen hat die Bundesregierung großspurig unbürokratische Hilfe versprochen, doch jetzt kassiert uns Berlin ab.“

Indessen hat der Bayerische Gemeindetag den Bund davor gewarnt, überschüssige Gelder, die eigentlich für die Bewältigung von Hochwasserschäden insbesondere in Ostdeutschland vorgesehen waren, einfach in Hans Eichels Haushalt „verschwinden zu lassen“. Der Bund müsse den notleidenden Gemeinden nicht nur für die Hochwasserschäden benötigtes Geld wieder in vollem Umfang zukommen lassen. „Eine Verwendung im allgemeinen Bundeshaushalt wäre nicht hinnehmbar.“

Konferenz Innere Sicherheit und Osterweiterung in Bamberg:

CSU für Aufhebung der Grenzkontrollen frühestens 2011

Auch nach der Osterweiterung im kommenden Jahr werden Einreisende an der Grenze zu Tschechien kontrolliert. Das versicherte der bayerische Innenminister, Dr. Günther Beckstein bei einer Konferenz der CSU in Bamberg. Deshalb seien mit dem Beitritt Tschechiens zur EU keine Risiken für die innere Sicherheit in Ostbayern verbunden. Der oberfränkische Europaabgeordnete Dr. Joachim Wuermeling erwartet sogar eine Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung durch Einbeziehung Tschechiens in die europäische Polizeikooperation. Er forderte, die Grenzen nicht vor 2011 zu öffnen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderte Hartmut Koschky, „keine Sicherheitslücken“ entstehen zu lassen.

Nach der Erweiterung nimmt die Tschechische Republik an Europol und an dem europäischen Fahndungssystem teil, erläuterte Wuermeling. Das sei für die Sicherheit in Ostbayern von großem Vorteil. Anders als heute könnten dann gesuchte Personen und gestohlene Kraftfahrzeuge bis an die Ostgrenze Polens hin identifiziert werden. Asylbewerber würden in der europaweiten Datei „Eurodac“ gespeichert. Die europäische Kooperation bei Ausbildung und Ausrüstung würde den neuen EU-Staaten den Weg zu höheren Sicherheitsstandards erleichtern.

Einreise kontrollieren

Die Redner forderten die Bundesregierung auf, einer Aufhebung der Grenzkontrollen bis auf weiteres nicht zuzustimmen. Europaabgeordneter Wuermeling nannte als frühesten Zeitpunkt das Jahr 2011. Erst ab diesem Zeitpunkt könnten auch tschechische Arbeitnehmer und Handwerker frei ihre Leistungen in der gesamten EU anbieten. Vorher müsse die Einreise kontrollierbar sein.

Am 1.5.2004 würden lediglich die Zollformalitäten und die Warenkontrollen aufgehoben. Das sei vor allem im Interesse Ostbayerns, weil diese Kontrollen die langen LKW-Staus an den Grenzen verstärken. Staatsminister Beckstein sicherte allerdings zu, dass einige Prüfungen des Zolls nun im Rahmen der Personenkontrollen durchgeführt wurden, etwa das Aufspüren von Drogen, gestohlenen Fahr-

Länder bis nach Ostbayern.

Die Redner waren sich in der Forderung einig, dass es bei der Festlegung des Zeitpunkts der Grenzöffnung „keinerlei politische Rabatte“ geben dürfe. Risiken für die innere Sicherheit in Bayern würden nicht akzeptiert. „Durch ein Europa ohne Grenzen dürfen keine unsicheren Räume entstehen“, gab Beckstein die Leitlinie aus. Deshalb dürften auch jetzt nicht falsche Hoffnungen auf eine baldige Aufhebung der Grenzkontrollen geweckt werden. Nach Ablauf der Übergangsfrist müsse auf jeden Fall die Schleierfahndung im Grenzraum einsetzen, wie das auch im deutsch-österreichischen Raum der Fall sei.

Die Teilnehmer richteten einen besonderen Dank an die Beamten des Bundesgrenzschutzes, der bayerischen Grenzpolizei, des Zolls und der ostbayerischen Polizei für den Einsatz bei dem Schutz der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern in Oberfranken. ☞

Oettingen:

Dieter Pau wiedergewählt

Unerwartet klar ist die Bürgermeisterwahl im schwäbischen Oettingen (Kreis Donau-Ries) ausgefallen. 71,5 Prozent der Wähler (73 Prozent waren zu den Urnen gegangen) entschieden sich für den seit zwölf Jahren amtierenden SPD-Mann Dieter Pau (58). Auf den Herausforderer von der CSU, Reinhold Bittner, entfielen 28,4 Prozent. Die CSU war bereits vor sechs Jahren mit dem Versuch gescheitert, Pau aus dem Amt zu kippen. Damals hatte der Bewerber aus Günzburg noch weniger Stimmen bekommen. ☞



Für ein stärkeres öffentliches Engagement der Frauen auch in der Politik setzte sich beim Neujahrsempfang der Stadt Dillingen Landtagspräsident Johann Böhm ein. Im Mittelpunkt stand dabei die Ehrung von sechs um das Gemeinwohl besonders verdienten Frauen. Im Bild (vorne, v. r.): Gabriele Ruderisch-Gronde, Margarethe Schütze, Ehrenbürgerin Marlene Wetzel-Hackspacher, Ida Schmid, Brunhilde Michl, Sr. Animata Probst. Dahinter (v. l.): Landtagspräsident Johann Böhm, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Visitator Pater Norbert Schlegel. Bild: jdt

Neujahrsempfang der Stadt Dillingen:

Frauen als herausragendes Vorbild

Landtagspräsident Böhm gratuliert Ehrenbürgerin Marlene Wetzel-Hackspacher Bürgerbriefe und Verdienstplakette verliehen

Dillingen (jdt). Mit Worten großer Anerkennung würdigte Landtagspräsident Johann Böhm beim großen Neujahrsempfang der Stadt Dillingen den beispielgebenden ehrenamtlichen Einsatz, den gerade Frauen für das Gemeinwohl leisteten. Bis zu 75 Prozent des öffentlichen Engagements in Ehrenämtern würde von Frauen ausgeübt. Im sozial-karitativen Bereich seien es sogar über 90 Prozent. Böhm war der mehrfach von starkem Beifall unterbrochene Festredner bei der Ehrung von sechs Frauen für ihre außergewöhnlichen Leistungen in herausragender öffentlicher und sozialer Verantwortung. Höhepunkt war die Auszeichnung der Unternehmerin und langjährigen Kommunalpolitikerin Marlene Wetzel-Hackspacher. Ihr wurde die Ehrenbürgerschaft der Stadt Dillingen verliehen.

Landtagspräsident Böhm erinnerte an die bewundernswerten Leistungen der Generation, die nach dem 2. Weltkrieg in harter mühevoller Arbeit einen Neuanfang gewagt und das weltweit bestaunte „Wirtschaftswunder“ geschaffen habe. Gerade die Frauen hätten damals in den schwersten Stunden Deutschlands „ihren Mann gestanden“.

Pionierin Zita Zehner

Als herausragendes Beispiel für Frauen im öffentlichen Leben und in der Politik verwies Johann Böhm auf eine „Pionierin der parlamentarischen Frauenbewegung in Bayern“, Zita Zehner, von 1946 bis 1970 bayerische Landtagsabgeordnete. 1928 sei sie der Bayerischen Volkspartei beigetreten und habe 1933 wegen ihres Widerstandes gegen die NSDAP ihre Existenz verloren. Der prominente Festredner hob hervor, dass die Frauen, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von über 50 Prozent, in der Politik noch immer unterrepräsentiert seien. Im Landtag seien es bei in der Regel 204 Abgeordneten, zwischen 1946 und 1970 nur jeweils 5 bis 11 weibliche Parlamentarier gewesen. Als negatives Beispiel für die weit verbreitete falsche Einstellung führte Böhm den uncharmanten Satz seines ersten Vorgängers nach dem Krieg, Dr. Michael Horlacher, an: „Als einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut“. Inzwischen habe sich die Zahl der Frauen im Landtag auf 50 erhöht (24,5 Prozent). Im Bundestag seien von 603 Abgeordneten 194 Frauen (32,2 Prozent).

Besondere Fähigkeiten

Böhm plädierte für einen steigenden Anteil von Frauen in der Politik. Dies habe nämlich positive Auswirkungen. Seiner Erfahrung nach bevorzugten Frauen konkrete und ganzheitliche Lösungen. Zudem ließen sie sich

auch weniger von Sach- und Ressortzwängen beeinflussen. Hinzu kämen Fähigkeiten wie Kooperation und ein zunehmend als wichtig erkanntes und positiv bewertetes Einfühlungsvermögen, aber auch Kommunikationsgeschick.

Sechs Ehrungen

An die sechs ausgezeichneten Frauen gewandt, betonte Böhm: „Es stünde besser um unseren Staat, wenn sich mehr Menschen ihre Haltung und ihr vorbildliches Engagement zum Beispiel nähmen“. Der neuen Dillinger Ehrenbürgerin Marlene Wetzel-Hackspacher gratulierte Johann Böhm auch als Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, in persönlicher und landsmannschaftlicher Verbundenheit. Glückwünsche übermittelten auch Staatsminister a. D. Franz Neubauer und der Visitator für die Sudetendeutschen, Pater Norbert Schlegel.

Filmreifes Leben

Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl nannte Marlene Wetzel-Hackspacher das Beispiel einer erfolgreichen, sozial engagierten Unternehmerin. Nach der Vertreibung aus dem Sudetenland habe sie zusammen mit ihrem inzwischen gestorbenen Ehemann Hans Hackspacher einen in ihrer Branche in Europa führenden Betrieb aufgebaut. Die in der Waffelfabrik hergestellten „Karlsbader Oblaten“ sind weltweit gefragt.

Weigl erwähnte dass die jetzige Ehrenbürgerin das Original-Waffeleisen bei der Vertreibung unter den Windeln ihres Babys im Kinderwagen nach Bayern schmuggelte. Die Amerikaner hätten aus dem auch von Schicksalsschlägen heimgesuchten Lebensweg von Marlene Wetzel-Hackspacher „längst einen Film gemacht“. Kurz vor Kriegsende hatte sie ihren ersten Ehemann, Rudolf Wetzel, bei einem Partisanenüberfall in Italien verloren.

Gewürdigt wurde daneben der langjährige Einsatz der Ehrenbürgerin als Stadträtin und Kreisrätin der CSU. Zu ihren Auszeichnungen gehören Bayerischer Verdienstorden und Bundesverdienstkreuz, der goldene Ehrenring des Landkreises Dillingen, die erstmals vergebene Ehrenurkunde für Verdienste um den Aufbau der Wirtschaft und u.a. die Lodgman-Plakette.

Sr. Animata ausgezeichnet

Mit dem „Bürgerbrief“ zeichnete OB Weigl die künstlerische Leiterin der Paramentenwerkstätten von „Regens Wagner Dillingen“, Sr. Animata Probst, aus. Auch der Papst trägt liturgische Gewänder aus ihrem Arbeitsbereich. Der „Bürgerbrief“ wurde auch verliehen an die Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Dillingen, Gabriele Ruderisch-Gronde, die Seniorenclub-Vorsitzende Ida Schmid (zugleich „Feuerwehrmutter“ in Schretzheim) und die Ortsvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Margarethe Schütze. Für ihren Einsatz für den „Eine-Welt-Laden“ bekam Brunhilde Michl die „Verdienstplakette“ der Stadt.

Dicht umlagert waren die geehrten Frauen und Landtagsprä-

Planungsverband Mittelfranken:

Ungeordnete Entwicklung vermeiden!

Der Planungsausschuss des Planungsverbandes Industrieregion Mittelfranken sprach sich in seiner jüngsten Sitzung einstimmig gegen ein weiteres Sandabbau-Vorhaben der Firma Pollak im Rednitztal westlich der Mülldeponie Schwabach aus. Er schloss sich damit der strikt ablehnenden Haltung der Städte Nürnberg und Schwabach sowie des Marktes Wendelstein an.

Nach Auffassung der Ausschussmitglieder ist das Vorhaben vor allem aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes und wegen der unzureichenden Erschließung - der Abtransport des Sandes soll durch Wohngebiete erfolgen - mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung nicht zu vereinbaren. Der Ausschuss fordert deshalb, das Genehmigungsverfahren erst gar nicht einzuleiten, zumindest aber in einem Raumordnungsverfahren zu überprüfen.

Weiterer Tagesordnungspunkt war die Fortschreibung des Regionalplans in den Kapiteln Windenergie und Wasserwirtschaft. Im Bereich Windenergie

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Unsere Gesellschaft infantilisiert in einem erschreckenden Tempo und manche so genannten Politiker machen mit.“ Mein Chef, der Bürgermeister, erklärte mal wieder, dass der Ursprung des Begriffs Politiker aus dem Griechischen kommt und den bezeichnet, der sich um das Wohl der Polis - der Stadt - kümmert.

Zwar stimmt es, dass sowohl in Athen als auch in Rom die Gewählten oder Kandidaten sich auch immer um die Unterhaltung des Volkes kümmerten und nicht nur um die „harten Themen“. Aber politisches Handeln vollständig auf das Gaudium zu reduzieren blieb sicher unserer Zeit vorbehalten.

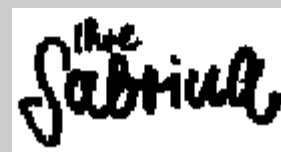
Eine, die nichts von politischer Kärnerarbeit, aber viel von fluffiger Inszenierung hält, ist Fanny Bacher. So liest sich auch ihr neuester Stadtratsantrag: Der Steuerzahler soll einen



Medienrummel begleitete Casting-Show hinaus möglich erscheinen lässt. Das läppische Trällern in einer Abendshow wird begleitet von Zeitungskampagnen, wahrscheinlich werden clevere Teens bestochen, vor dem Haus die ausgeflippten Fans zu spielen, sofern die Veranstalter es nicht tatsächlich schon geschafft haben, einfältigen Naturen einzureden, die „Entdeckungen“ hätten das Zeug zu „Stars“. Jedenfalls ein toller „Seller“, wie sich auch darin zeigt, dass der Titelsong zur Sendung - ein mit pseudo-amerikanischem Pathos von dünnen Stimmchen gepiepter Pop-Hymnus - die Nr. 1 in den Charts ist, während echt geile Songs von „Ingrid“ oder „Tatu“ sich hinten anstellen müssen.

Die Sendung ist das, was man zu Durbridge oder Stahlnetz-Zeiten einen „Straßenfeger“ genannt hätte und so dämlich wie „Big brother“. Aber auch aus den Container-Boys und -Girls sollte ja politisches Kapital geschlagen werden. Und Fanny will nun bei uns im beschaulichen Städtchen versuchen, Eitelkeiten einerseits und Voyeurismus andererseits für ihre Zwecke zu nutzen. Der Bürgermeister will jedenfalls noch verhindern, dass ihr Antrag unter dem Kopfbogen der ihn tragenden Fraktion eingebracht wird, damit wir uns nicht total lächerlich machen.

Aber wer weiß, vielleicht ist der Bürgermeister nur ein wenig hinterran in einer Zeit der Spaßkanzler und Spaßparteien, der Inszenierungen und Kanzler, die zentrale außenpolitische Botschaften auf Marktplätzen herausbrüllen. Bedenklich, was heute auf dem Kalenderblatt steht. Es ist ein Satz des französischen Literaten und Politikers André Malraux: „In der Politik ist es manchmal wie bei der Grammatik. Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt.“



Fanny sucht den Medienrummel

Spaß-Wettbewerb in der Stadthalle ausrichten: „Unsere Stadt sucht den Superstar!“ Obwohl es in die Zeit passen würde, ist es kein Antrag für das „Faschingsplenum“ mit dem närrischen Rosenmontagsdatum „03.03.03“, sondern soll Fanny Profil geben. Die Dampfplauderin ist nämlich von den ernsthaft an der Bewahrung der Volkskultur interessierten Mitgliedern des Trachtenerhaltungsvereins als Vorsitzende abgesägt worden. Jetzt möchte sie unter anderem mit diesem Antrag ihr Entrée im Musikverein vorbereiten, dessen hochverdienter und angesehener Vorsitzender stramm auf die 80 zugeht.

Ich weiß nicht, wie viele Musikvereiner schon mal die ideengebende schräge Fernsehshow gesehen haben, bei der nach geheimnisvollen Marketingkriterien Menschen eingerechnet wird, sie könnten in einer Weise singen, die eine Karriere über eine von hysterischem

CSU Mittelfranken für weniger Bürokratie

Regelungsdichte abbauen - Freiräume stärken

„Wenn Deutschland beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht in Europa ist, gleichzeitig aber bei der Regulierungsdichte an der Spitze steht“, besteht nach Ansicht mittelfränkischer CSU-Politiker dringender Handlungsbedarf. „Die Unüberschaubarkeit von Regulierung und Reglementierung hemmen die Eigeninitiative der Bürger und alle Bereiche der Wirtschaft“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann.

Für den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag könne nur eine rasche und tiefgreifende Entbürokratisierung die gehemmten Potentiale der Ökonomie wieder entfesseln und neue Freiräume für Kreativität und Innovation schaffen.

Normen ersatzlos aufheben

Im Rahmen einer breit angelegten Initiative sammelt die CSU Mittelfranken unter Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger ab sofort Auswüchse überflüssiger staatlicher Einflussnahme und Regelungsdichte. Geschlossen wollen sich die CSU-Politiker dafür einsetzen, dass zum Beispiel Normen ersatzlos aufgehoben werden, wenn dafür kein zwingendes Bedürfnis (mehr) nachweisbar ist. Auch müssten Genehmigungsverfahren vereinfacht und bürokratische Auflagen ebenso auf den Prüfstand gestellt werden, wie Verwaltungsvorgänge.

„Dienstleistungsorientierte Behörden“ müssten die Möglichkeiten des eGovernment zügig ausbauen, um Behördengänge zu vermeiden. Ferner müsse mit mehr Transparenz und Offenheit für rasche Entscheidungen gesorgt und damit zur Rechts- und Planungssicherheit zum Beispiel bei betrieblichen und privaten Industrieregion erhöhte Bedeutung zukommen. DK

vorteile auf nationalen und internationalen Märkten entstehen auch durch neue Gestaltungsspielräume und mehr Flexibilität“, so Joachim Herrmann. Deshalb gehöre zum Bürokratieabbau auch die zeitliche Befristung von Gesetzen und Vorschriften, der Vorrang von Generalklauseln vor Detailregelungen, der Ausbau von Ermessensspielräumen und die Reduzierung von Dokumentationspflichten und Statistiken.

Befragungsaktion

Parallel und ergänzend zu der von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzten Entbürokratisierungskommission unter Leitung von Professor Hentzler will die mittelfränkische CSU die Befragungsaktion auf alle Bürgerinnen und Bürger ausweiten und ruft dazu auf, ganz konkret Vorschläge, Statistiken oder besonders bürokratische Hürden zu benennen, die sie für überflüssig oder zumindest reduzierbar halten. Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann will „jeden konkreten Vorschlag aufgreifen und eine sofortige Überprüfung bei den zuständigen Entscheidungsträgern bzw. in den Parlamenten einleiten“. Grundsätzlich müssten sich alle staatlichen Ebenen und deren Organe aus den Bereichen des Rechts- und Wirtschaftslebens zurückziehen, wo dies verantwortbar ist. pmw

Standort Erlangen:

Erfolgsprinzip „Offen aus Tradition“

Was zeichnet eine Stadt aus - Innovation oder Inspiration? In Erlangen treffen sich beide Komponenten und schaffen eine Atmosphäre ohne Hektik, aber auch ohne Stillstand, wie die aktuellen Broschüren „Erlangen - Der Standort“ und „Der Medizinstandort der Zukunft“, herausgegeben vom Wirtschaftsreferat der Stadt, ausweisen.

So entwickelte sich Erlangen über die Jahrhunderte hinweg zur barocken Planstadt, toleranten Hugenottenstadt, Universitäts- und Wissensstadt, Umwelt- und Festivalstadt, Hightech- und Medizinstadt, kurzum: zu einer modernen, lebenswerten Stadt mit über 100.000 Einwohnern. Dabei ist sie fest verankert in der Region Nürnberg, die unter den „Top Ten“ der führenden deutschen Wirtschaftsräume platziert ist. Laut Oberbürgermeister Dr.

Siegfried Balleis verfügt Erlangen im Standortwettbewerb über zwei einzigartige Merkmale: Zum einen sei dies der enge Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft, begründet in der Tradition als Universitätsstadt und bedeutender Siemens-Standort. Zum anderen finde sich in Erlangen eine unvergleichlich hohe Vielzahl und Vielfalt von Unternehmen, Institutionen und qualifizierten Mitarbeitern im Bereich Medizintechnik und Gesundheit. Hinzu komme, dass die Kommune nicht nur

den Wissensaustausch moderiert, sondern verlässliche Rahmenbedingungen für ein gründerfreundliches Klima schafft. Als Partner des Mittelstandes berate und unterstütze die Erlanger Wirtschaftsförderung bei Planungs- und Genehmigungsangelegenheiten, informiere über Förderprogramme und biete Gewerbeflächen an. Dieses Angebot richte sich ganz ausdrücklich nicht nur an die Medizin- und Hightechbranche, sondern, im Sinne einer gewerblichen Diversifizierung, ebenso an Entscheider aus Handel und Handwerk.

Hohe Lebensqualität

Doch auch in puncto „weiche Standortfaktoren“ hat die Stadt schon früh einen besonderen Weitblick bewiesen. Die Lebensqualität ist in Erlangen ausgezeichnet: hohe Kaufkraft, optimale Gesundheitsversorgung, eine seit Jahrzehnten erfolgreiche Profilierung als Umweltstadt, einzigartige kulturelle Angebote, dazu kurze Wege zwischen Wohnen, Ar-

beiten und Leben - eine Kombination, wie sie besser nicht sein könnte. Allein über eine Ausweisung von Gewerbeflächen und günstige Hebesätze kann sich eine Kommune im heutigen Wettbewerb nicht mehr gegenüber anderen Standorten hervorheben. Sie muss vielmehr daran mitwirken, ein ganzheitlich attraktives Lebensumfeld für die Ansiedlung zu bieten - nicht nur gegenüber den Unternehmern, sondern auch für zukünftige Mitarbeiter und deren Familien.

Bündnis für Familien

Als konkretes Beispiel für dieses Engagement sei das „Bündnis für Familien“ erwähnt. Es sieht unter anderem vor, in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft das Angebot an hochwertiger Kinderbetreuung zu erweitern oder auch flexible Teilzeit- und Heimarbeitsmodelle zu entwickeln. So können hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kindern weiter in ihrem Unternehmen tätig bleiben und Beruf und Familie bestmöglich vereinbaren. Gerade wurde am Fraunhofer-Institut in Tennenlohe ein solches Betreuungskonzept mit Vorbildfunktion umgesetzt: Mit Unterstützung der Stadt und getragen von der Arbeiter-

Kinderkrippe eingerichtet, die Mitarbeiter aller Unternehmen im „Innovationspark“ Tennenlohe nutzen können.

Wirtschaftsförderung

Dass die Wirtschaftsförderung in Erlangen auf dem richtigen Weg ist, belegen die zahlreichen Auszeichnungen, die dorthin vergeben werden. Sie würdigen sowohl das überdurchschnittlich hohe Innovationspotenzial der Erlanger Unternehmen als auch das wirtschaftsfreundliche Engagement der Kommune. So ist Erlangen die einzige deutsche Stadt, in der gleich zwei Unternehmen ansässig sind, die 2002 jeweils einen der fünf Deutschen Gründerpreise von der Initiative „StartUp“ erhielten. Die Stadtverwaltung selbst wurde durch die Bayerische Staatsregierung als erste Großstadt 1998 für ihre zügigen Baugenehmigungsverfahren, das sehr aktive City-Management sowie für Maßnahmen, die den Technologietransfer unterstützen, mit dem Bayerischen Qualitätspreis ausgezeichnet. Und von einem der wichtigsten Wirtschaftsblätter der Bundesrepublik, dem Handelsblatt, wurde Erlangen gar als „Innovationshauptstadt Deutschlands“ bezeichnet. Kein Wunder, dass sich dann eben auch ein Global Player

wie Siemens entscheidet, 100 Millionen Euro für ein neues Werk am Standort Erlangen zu investieren. Eine weitere Messgröße für erfolgreiche Standortpolitik ist die konstant niedrigere Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Bund und zu ähnlichen Großstädten.

Zielsetzungen

Was die Zielsetzungen der Stadt anbelangt, hat OB Balleis konkrete Vorstellungen: „Unsere Stärken im Medizinsektor sollen weiter ausgebaut werden und in die „Bundeshauptstadt der medizinischen Forschung, Produktion und Dienstleistung“ münden, so unser Nahziel bis 2010, das intensiv von den Erlanger Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Unternehmern mitgetragen wird.

Langfristig haben wir uns weitere ehrgeizige Ziele gesetzt: Als „E-City“ werden wir alle Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik ausschöpfen, um den Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung zu vereinfachen.“ In einem weiteren Schritt will Erlangen als „Wissensstadt“ entscheidend dazu beitragen, auf dem Weg in die Informationsgesellschaft neuartige Formen zur Erschließung und Verarbeitung von Wissen zu finden. **DK**

Vorschau auf GZ 5

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 5, die am 27. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- ◀ Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- ◀ Kommunalfahrzeuge
- ◀ Garten- und Landschaftsbau
- ◀ Handwerk